3. Heft / 15. Februar 1912

# EDUARD BERNSTEIN · BEDEUTUNG UND AUFGABEN DES SIEGES

GEWALTIG ist die Kundgebung der Ausbreitung sozialistischer Ideen und der Zunahme sozialdemokratischen Einflusses im deutschen Volk, die der Ausfall der Wahl vom 12. Januar 1912 bedeutet. Auf 944 000 in runder Zahl beläuft sich gegenüber der Wahl von 1907 der Zuwachs der gültigen Stimmen, die überhaupt im Reich abgegeben wurden, auf 991 000 dagegen der Zuwachs der für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen. Das ganze Plus von Stimmen und noch 47 000 darüber hinaus sind der Partei der Arbeiter zugeflossen. Dies hat um so mehr zu bedeuten als von den neuen Wählern seit 1907 gemäß der Berufsgliederung Deutschlands nur etwa 60 % als Arbeiter in Industrie, Bergbau, Handel und Verkehr gerechnet werden können. Da leider nicht alle Arbeiter sozialdemokratisch wählen, müssen zu den Angehörigen anderer Gesellschaftsklassen, die schon bisher gleich bei der Hauptwahl den Kandidaten der Sozialdemokratie ihre Stimme gaben, noch über 300 000 diesmal hinzugekommen sein.

Eine solche Stimmenvermehrung konnte auf den Erwerb von Reichstagsmandaten nicht wirkungslos bleiben. In der Tat fielen denn auch der Partei gleich im ersten Wahlgang 64 Mandate zu: die höchste bisher in Hauptwahlen erreichte Zahl. Bei der denkwürdigen Wahl von 1903, die die bürgerlichen Parteien viel weniger vorbereitet traf als die diesmalige, waren es erst 59 Mandate gewesen. Damals wurden zu den sofort eroberten nur noch 22 in der Stichwahl zuerobert, diesmal aber sind bei den Stichwahlen zu den 64 noch 46 Mandate hinzugekommen. 29 Mann stärker als 1903, mit 110 Vertretern ist die sozialdemokratische Fraktion in den Reichstag eingezogen: nunmehr die stärkste seiner Fraktionen.

Ein glänzendes Wahlergebnis. Welchen Faktoren haben wir es zuzuschreiben? In erster Linie ganz ohne Zweifel der unaufhaltsam fortschreitenden Industrialisierung Deutschlands und der damit verbundenen Zunahme der Arbeiterklasse als ökonomischer Faktor, dem kräftigen Ausbau der Organisation und der vielen sonstigen propagandistischen Schöpfungen der Partei, der größern Ausbreitung und reichern Ausrüstung unserer Presse und der Verfügung über ein mächtig gewachsenes Heer von rastlos und selbstlos Wahlarbeit verrichtenden Genossen. Wer an der Hand der allgemeinen Zählungen und der Statistiken der Arbeiterversicherung die Entwickelung der Berufsgliederung des Deutschen Reiches verfolgt und die in den Protokollen der Parteitage von Mannheim /1906/ und Jena /1911/ gegebenen Daten über den Stand der Organisationen und der Presse der Partei mit einander vergleicht, dem wird es ohne weiteres klar werden, daß der größte Teil des Zuwachses der sozial-

demokratischen Stimmen als eine von Strömungen und Kombinationen des Tages unabhängige Willensäußerung betrachtet werden darf. Die einzige hier in Betracht kommende Bedingung subjektiver Natur ist, daß die Arbeiter nach wie vor die Sozialdemokratie als ihre Partei erkennen und anerkennen. Solange sie zutrifft, kann der stetige progressive Zuwachs der sozialdemokratischen Stimmen als eine objektive oder geschichtliche Notwendigkeit betrachtet werden. Da die Sozialdemokratie auch in den Schichten der Kleingewerbetreibenden, der Kleinbauern, Landarbeiter, unteren Beamten usw. viele Anhänger besitzt, so bleibt eine im Grunde nicht große Zahl von Wählern zurück, für die die Behauptung zutrifft, daß sie durch bestimmte Tagesströmungen, von denen für diesmal die Erbitterung über die Steuerwirtschaft der konservativ-klerikalen Koalition in erster Linie zu nennen ist, zur Stimmabgabe für die Sozialdemokratie veranlaßt wurden. Zu dieser Folgerung nötigt auch der Umstand, daß jene seelischen Rückwirkungen von Vorgängen und Erscheinungen des Tages ja auch von anderen Parteien weidlich (von der fortschrittlichen Volkspartei obendrein mit recht ansehnlichem Erfolg) ausgenutzt worden sind. Wenn die rechts stehenden Gegner der sozialdemokratischen Partei sich der Vorstellung hingeben, daß eine Reichstagsauflösung mit obligater *nationaler* Parole ihr Glück sehr verbessern könne, so würde die Verwirklichung ihres Plans ihnen eine böse Enttäuschung bringen. Die beiden Male, wo solches ins Werk gesetzt wurde, 1887 und 1907, sahen alles mögliche, nur nicht einen Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen, und einen Rückgang der sozialdemokratischen Mandate nur, weil es durch Ausschlachten jener Parolen gelang bis dahin indifferente Wähler in größeren Massen zur Stimmabgabe für die angeblich nationalen Parteien zu bewegen. Aber die Wahlbeteiligung ist mittlerweile allgemein eine so hohe geworden, daß auch diese Zuflucht immer geringere Aussichten darbietet.

Kommen daher für die Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen die *Zufallswähler*, wie man die Armee der Unentschlossenen nennen kann, immer weniger in Betracht, so spielen sie dagegen bei der Verteilung der Reichstagsmandate noch eine sehr bedeutende Rolle. In verschiedenen Wahlkreisen haben geradezu winzige Unterschiede in der Stimmenzahl über die Vergebung der Mandate entschieden, in einer nennenswerten Anzahl waren es weniger als 1000 Stimmen, die den Entscheid gaben; nur in einer Minderheit der Wahlkreise vergaben Mehrheiten von über 2500 das Mandat. Wenngleich nun die Sozialdemokratie für ihre ganze Agitation mit Recht die Gewinnung von überzeugten Anhängern als die vornehmste Aufgabe betrachtet, so kann nur gänzliches Verkennen der Aufgaben der Sozialdemokratie und der Voraussetzungen erfolgreicher Propaganda die Gewinnung von Mandaten für eine nebensächliche Angelegenheit ansehen. Nie würde eine Partei, die ihre Praxis von solchem Doktrinarismus abhängig machte, das politische Vertrauen der großen Mehrheit der Arbeiterklasse gewinnen. Wem man die Vertretung seiner Interessen anvertrauen soll, bei dem fragt man nach mehr als Redlichkeit der Absichten und Erkenntnis der Übel und Hilfsmittel. Er muß sich auch als Kenner und Beherrscher des Spiels der Kräfte bewähren, die für die wirkungsvolle Wahrnehmung jener Interessen in Betracht kommen. Ein schlechter Kenner aber, der den Wert und die Bedeutung parlamentarischer Positionen im politischen Leben der Gegenwart unterschätzt. Die deutsche Sozialdemokratie in ihrer großen Mehrheit hat das nie getan. Sie ist über die Schlagworte jener

Gattung, wie sie in ihrer Frühzeit von einer bestimmten Seite ausgegeben wurden, sehr bald zur Tagesordnung übergegangen und hat darin ihre großen Theoretiker Marx und Engels auf ihrer Seite gehabt. So scharf diese Denker den Parlamentarismus kritisierten, haben sie es doch stets für richtig gehalten, daß die Arbeiterpartei sich eine möglichst starke Position im Parlament zu sichern suchte.

Der Kampf um Mandate heißt in hohem Grad Kampf um die Unentschlossenen, die in der Mehrheit der Wahlkreise den Sieg bestimmen. Können nun auch die Stimmen dieser Wähler nicht als vollwertige Parteistimmen betrachtet werden, so sind doch auch sie eine Art Vertrauensmandate. Der bis dahin indifferente Wähler stimmt, zum Gang an die Wahlurne bewogen, soweit er überhaupt Urteil hat und nicht dem Druck von Vorgesetzten usw. folgt, für die Partei, die ihm das größte Vertrauen einflößt. Allerdings spielt oft zugleich einfache Gravitation eine gewisse Rolle. Aber das eine wie das andere darf die Partei, die dadurch gewinnt, sich mit Fug und Recht auf ihre Kreditseite schreiben. Wahlen sind Prüfsteine für die Anziehungskraft der Parteien, und wenn man sich sagen muß, daß der Riesenaufwand an Kraft, Geld und Zeit, den die Wahlen heute in Anspruch nehmen, eigentlich doch nur um einer kleinen Minderheit der Wähler willen aufs Spiel gesetzt wird, so hat man sich über dieses Mißverhältnis mit der Erkenntnis zu trösten, daß gerade das Einschrumpfen der Zahl derer, um die gekämpft wird, ein Anzeiger für den Fortschritt des politischen Geistes ist. Unter dem Gesichtspunkt der politischen Erziehung der Nation muß danach gestrebt werden, daß das Schwanken des Zeigers an der Wahlurne dem Zittern der Nadel einer Präzisionswage immer ähnlicher wird.

ZUR Rechtfertigung geschenkten Vertrauens gehört die Kunst mit dem anvertrauten Pfund gut zu wirtschaften. Das Pfund ist in diesem Fall die Verfügung über 110 Vertreter in einem Reichstag von 397 Abgeordneten. Von vornherein sagt dieses Zahlenverhältnis noch nicht, daß die Sozialdemokratie im neuen Reichstag mehr Einfluß ausüben werde, als die 43 bis 53 Sozialdemokraten im vorigen Reichstag oder die 81 im Reichstag von 1903. 110 Personen können sich stärker bemerkbar machen als 43 oder 81, aber gegenüber 287 sind sie eine Minderheit, so gut wie jene gegen 354 oder 316. Für den Einfluß einer Partei im Parlament sind, solange sie nicht schlechthin die Mehrheit hat, mehr Umstände als das bloße Zahlenverhältnis der Vertreterschaft maßgebend. Im *Tag* vom 27. Januar dieses Jahres behauptete ein österreichischer Mitarbeiter, Herr O. von Romstedt, die österreichische Sozialdemokratie habe im alten Kurienparlament mit einem Dutzend Vertreter stärkern Einfluß ausgeübt als mit den nahezu 7 Dutzend im jetzigen Parlament des allgemeinen Wahlrechts. Die Sache ist etwas anders, auch hinkt der Vergleich schon deshalb, weil die allgemeinen Verhältnisse im Parlament sich gründlich geändert haben. Aber möglich ist eine solche Umkehrung im Verhältnis von Zahl und Einfluß schon, und ganz sicher ist, daß der Einfluß unserer Genossen im österreichischen Parlament nicht im Verhältnis ihrer Stimmenzahl zugenommen hat. Aber lassen wir Österreich, wo der Nationalitätenhader alles verschiebt, und nehmen wir ein Land, wo kein solcher Konflikt eine Rolle spielt: Die französische Deputiertenkammer zählte in der Periode von 1898 bis 1902 38 sozialistische Abgeordnete, in der Periode von 1902 bis

1906 37 geeinte und 12 unabhängige, zusammen also 49 Sozialisten. Bei den Wahlen von 1906 wurden es 54 geeinte und 20 unabhängige Sozialisten, und seit 1910 zählt die Kammer 76 geeinte Sozialisten, neben denen gleichfalls noch eine Anzahl Unabhängiger sitzt. Ein ununterbrochener Aufstieg in dem Verhältnis der sozialistischen zu den nichtsozialistischen Mitgliedern der Kammer. Und doch ist es bekannt, und es wird von keinem französischen Parteigenossen bestritten, daß der Einfluß der sozialdemokratischen Kammerfraktion auf die Politik Frankreichs in der 1898 und 1902 gewählten Kammer ein sehr viel größerer war als in den beiden seitdem gewählten Kammern. Ähnliche Beispiele ließen sich noch aus anderen Ländern anführen.

Selbstverständlich wäre nun nichts abgeschmackter als aus diesen Tatsachen etwa Regeln ableiten zu wollen, wonach der politische Einfluß einer sozialdemokratischen Fraktion von ihrer Größe unabhängig sei oder gar sich im umgekehrten Verhältnis zu ihr entwickle. Sie beweisen weiter nichts als daß die zahlenmäßige Größe allein nicht entscheidet. Welche besondere Ursache hauptsächlich dazu beigetragen hat, daß die sozialdemokratische Fraktion in der französischen Kammer nicht mehr den Einfluß hat, den sie bis gegen 1906 ausübte, ist offenes Geheimnis: es war der Austritt aus dem radikal-republikanischen Block. So große Unterschiede nun zwischen den Parteiverhältnissen Frankreichs und denen Deutschlands bestehen, so ist es doch nicht überflüssig an die Entwickelung der Dinge in Frankreich zu erinnern, wo es sich heute darum handelt die Situation und Möglichkeiten der sozialdemokratischen Fraktion im neuen Reichstag abzuschätzen. Wir können das zudem ganz unbefangen tun, da es sich auf deutscher Seite jedenfalls noch um keinen Regierungsblock handelt.

Nur darin bietet die heutige politische Situation Deutschlands mit der Frankreichs eine Analogie, daß sich bei den jetzt abgeschlossenen Wahlen zum Reichstag und durch sie eine Gegenüberstellung der Parteien in zwei Gruppen angebahnt hat, die sich der rationellen Zweiteilung der Parlamentsgruppen in der französischen Republik gemäß der Stellung zu den großen wirtschaftlichen und politisch-sozialen Kulturfragen der Gegenwart annähert. Zweiteilungen hat es im Deutschen Reich auch bei früheren Wahlen und in früheren Reichstagen schon gegeben. Aber sie waren nicht durch die großen geschichtlichen Tendenzen der Parteien bestimmt sondern durch Nebenfragen und Sonderinteressen, so daß in ihren Zielen durchaus heterogene Gruppen sich im selben Lager, verwandte Gruppen sich in entgegengesetzten Lagern fanden. An diesem konstitutionellen Fehler krankte auch die Bülowsche Paarung, die sonst einen Schritt zum Parlamentarismus dargestellt hätte. Weil sie eine irrationelle Linie zwischen den Parteien zog, konnte sie nur ein ephemeres Dasein führen. Die Trennungslinie, die diesmal die liberalen Fraktionen und die Sozialdemokratie auf die eine Seite und Zentrum, Konservative samt den ihnen verbundenen kleineren Gruppen von Wirtschaftsreaktionären auf die andere Seite brachte, läßt auf beiden Seiten noch viele irrationelle Beziehungen stehen. Aber prinzipiell ist die Scheidung, die sie anzeigt, rationell und daher fähig zu dauernden Gebilden zu führen. Gewiß gibt es im nationalliberalen Lager Leute, die faktisch Konservative sind, und im Zentrumslager Leute, in deren Empfinden noch demokratische Überlieferungen fortleben. Aber die Klärung im Innern der einzelnen Lager und Gruppen ist eine Sache für sich. Was die große Scheidungslinie bedingt, das ist die Stellung der Parteien zur autoritären Staats- und Gesell-

schaftsauffassung, zum Konfessionalismus in Staat und Schule, zu den agrarisch-feudalen, mittelständlerischen und sonstigen ständischen Tendenzen, zum Klassenwahlrecht, zum bureaukratischen Regierungssystem und zum Koalitionsrecht der Arbeiter. Diese Gegenüberstellung der Parteien ist nicht auf eine Parole von oben erfolgt, sie ist auch nicht planmäßig ins Werk gesetzt worden sondern ist unter der Einwirkung der Vorgänge bei der Finanzaufbesserung und der Gründung des *Hansabunds* schrittweise geworden. Sie hat dem Wahlkampf ihren Stempel aufgedrückt, und unter ihrem Zeichen tritt der neue Reichstag zusammen. Wird er diese Signatur behalten?

Von vielen Seiten wird dahin gearbeitet es zu verhindern und eine aus Nationalliberalen, Zentrum und Konservativen zusammengesetzte Arbeitsmajorität zustande zu bringen. Für sie erwärmt sich namentlich die Regierung. Es war Herrn von Bethmann Hollweg sicherlich nicht unangenehm, daß seine so gern über die Stränge schlagenden Konservativen bei der Wahl eine Lektion erhielten, aber wie diese schließlich ausgefallen ist, war auch in seinen Augen zu viel des Guten. Daher seine Versuche zur Sammlungspolitik bei den Stichwahlen, wo sie fehlschlugen, um nun im Hause und hinter den Kulissen ihre Fortsetzung zu finden. Bleiben sie in der Hauptsache erfolglos, weigert sich das Gros der Nationalliberalen mit Konservativen und Klerikalen gemeinsame Sache zu machen, so wird eine Verständigung der Parteien der Linken im Reichstag im Kampf gegen die Parteien der Rechten unvermeidlich, wie gleichzeitig die Widerstandskraft der Nationalliberalen gegenüber den Werbungen der Rechten vom Zustandekommen jener Verständigung und ihrer Lebensfähigkeit abhängt. Das bringen die Gesetze der parlamentarischen Dynamik mit sich. Je nachdem hat es also die Sozialdemokratie in ihrer Hand durch die Sammelpolitik der Regierung einen Strich zu ziehen.

Die allgemeine Stimmung in der Partei geht ohne Zweifel dahin, daß dies auch geschieht. Es ist keine sehr einfache Sache und erfordert das Zurückdrängen vieler berechtigter Antipathieen. Aber der stark entwickelte politische Sinn der deutschen Sozialdemokratie hat schon wiederholt über solche Empfindungen den Sieg davongetragen, sofern nur Sicherheit gegeben war, daß kein fundamentales Prinzip der Partei preisgegeben oder verleugnet werden würde. Diese Bedingung muß auch hier anerkannt werden. Ohne sie wäre die Verständigung unmöglich und unwirksam, weil Streit im eigenen Lager alsdann die Partei lähmen würde. Sie steht aber dem, was durch die Verständigung im Reichstag erwirkt werden soll, ebensowenig im Weg wie sie den verschiedenen Verständigungen, die im Wahlkampf erfolgten, im Weg gestanden hat. Verständigung heißt Einvernehmen für bestimmte Zwecke unter Wahrung der vollen Selbständigkeit der sich ins Einvernehmen Setzenden. Es werden bei ihr weder Opfer der Überzeugung gebracht noch verlangt. Um es konkret zu veranschaulichen: Die Sozialdemokratie wird sich nicht vorschreiben lassen auf die Einbringung irgendeines ihrer grundsätzlichen Anträge zu verzichten. Aber sie wird gerade darum auch nicht die Bedingung stellen, daß andere diese Anträge in Bausch und Bogen unterschreiben. Sie wird sich nicht verbieten lassen bei den ihr geeignet erscheinenden Gelegenheiten ihre grundsätzliche Stellung zum Militarismus usw. zum Ausdruck zu bringen. Aber sie wird den anderen nicht verwehren ihrerseits das gleiche zu tun. Es läßt sich freilich eine politische Abmachung denken, die weiter greift. Aber sie ist in diesem Fall weder möglich noch nötig. Denn die

Verständigung bezieht sich auf Dinge, die die politischen Grundsätze der Sozialdemokratie unangetastet lassen.

Der *Vorwärts* und andere Parteiorgane haben einen Teil der in Betracht kommenden Fragen schon hervorgehoben: Kampf für Erweiterung der Rechte des Reichstags, insbesondere auch des Rechtes der Interpellation, Reform der Geschäftsordnung des Reichstags, Beseitigung der Ungleichheit der Wahlkreise, Sicherstellung des Koalitionsrechts, Kampf gegen jede Erhöhung oder Vermehrung der Verbrauchs- und Verkehrssteuern, Abtragung der Agrarzölle. Das sind natürlich nur Andeutungen, die wohl die Tendenz dessen, worum gekämpft werden soll, erkennen lassen, aber noch kein Programm darstellen. So würde selbstverständlich eine Abtragung der Agrarzölle nur mit einer Ermäßigung der Industriezölle Hand in Hand gehen können, vor allem der Eisenzölle, für deren Erhaltung auf der jetzigen Höhe kein stichhaltiger Grund erbracht werden kann. Was ferner die Beseitigung der Ungleichheit der Wahlkreise betrifft, so muß man sich darüber verständigen, ob man Vermehrung der Abgeordneten oder Erhöhung der Ziffer für die Einwohnerschaft der Wahlkreise fordern soll. Denn das erstere erfordert andere Raumverhältnisse im Reichstagsgebäude. Auch ist in Betracht zu ziehen, ob eine Vermehrung der Zahl der Abgeordneten der Erledigung der Arbeiten des Reichstags von Vorteil sein würde. Indes, das sind Einzelheiten, die ihre Bedeutung haben, aber für die Hauptfrage nicht entscheidend sind.

Zunächst handelt es sich für die Parteien der Linken um Bildung einer schlagfertigen Abwehrphalanx. Man braucht nur an die projektierte Strafrechtsreform zu denken, um zu begreifen, wie auch die Arbeiterbewegung am Zustandekommen einer solchen Phalanx interessiert ist. Im weitern Verlauf würde die Durchführung der Zweiteilung des Reichstags für die ganze Entwickelung des Parlamentarismus in Deutschland vorteilhaft sein, ja, ist sie sogar unentbehrlich, denn ohne große Parteikoalitionen ist ein echt parlamentarisches Regierungssystem nicht herzustellen. Ich weiß nicht, ob es noch viele Sozialdemokraten in Deutschland gibt, die das für eine unwesentliche Sache halten. Wenn es solche bis vorigen Sommer gegeben hat, so sollten die Ereignisse des Sommers und Herbstes 1911, die sich auf den Marokkohandel bezogen, sie eines andern belehrt haben. Und zwar nicht bloß wegen der Verfehlungen der deutschen Diplomatie. Niemand kann diese schärfer beurteilen als ich. Aber ich bin international genug auch anderen Ländern ihr Teil zukommen zu lassen. Mitschuldig war die Deutschenfurcht Sir Edward Greys, mitschuldig der ungeheure Einfluß der französischen Finanz auf die auswärtige Politik Frankreichs. Es ist manches über diesen letztern Punkt ans Licht gekommen, aber vieles sieht man, ohne die Fäden aufdecken zu können, die da gesponnen waren. In Korrespondenzen unserer Parteipresse aus Frankreich ist wiederholt betont worden, daß der Einfluß der hohen Finanz auf die Politik der herrschenden radikalen Partei Frankreichs seit Jahr und Tag in steter Zunahme begriffen ist. War dem immer so? Meines Wissens gab es eine Zeit, wo der Einfluß der hohen Finanz auf die Republik sehr gesunken war. Man hat es bei uns mit Jubel begrüßt, als die französische Sozialdemokratie gemäß dem Beschluß des Amsterdamer Kongresses die Verbindung mit dem republikanischen Block löste, und für die Konsolidierung der damals so zerrütteten sozialistischen Bewegung Frankreichs mag der Schritt vielleicht gut gewesen sein. Aber was die allgemeine Entwickelung der politischen Zustände

Frankreichs betrifft, so hat der Austritt, soweit ich die Dinge beurteilen kann, den heilsamen Einfluß der Sozialdemokratie auf die republikanische Mehrheit sehr vermindert und dadurch die korrumpierende Macht der Finanz sehr gesteigert.

Es ist ein Irrtum, daß politische Isolierung den Einfluß der Partei der Arbeiter auf die Ereignisse notwendig stärkt. Und doch muß es das Bestreben unserer Partei sein den Gang der Entwickelung auf allen Gebieten in ihrem Sinn zu lenken. Die Vorgänge bei der Wahl des Reichstagspräsidiums schienen anfangs dagegen zu sprechen, daß eine Trennung von Links und Rechts, wie sie oben geschildert wurde, im Reichstag zustande kommt. Zum Glück half der Zwang der Situation der Einsicht nach, die auf beiden Seiten stark vertreten war, so daß man mit dem Ergebnis vorläufig recht zufrieden sein kann. Noch stehen der Verwirklichung der Idee natürlich allerhand große Schwierigkeiten im Weg. Aber sie sind nicht unüberwindlich.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

# LUDWIG QUESSEL · DIE SOZIALDEMOKRATIE IN DER NEUEN PARTEIKONSTELLATION DES REICHSTAGS

VIELLEICHT zu keiner andern Zeit kommt dem kritisch urteilenden Politiker die Erkenntnis, daß die harten Notwendigkeiten des parteipolitischen Kampfes sich weit stärker erweisen als die noch so begründeten Ansichten über das politisch Notwendige, so klar zum Bewußtsein wie während eines Wahlkampfs. In der Regel wird der Kampf um so hitziger, je näher die Parteien einander stehen, und das schärfste Geschütz wird fast immer gegen die Partei aufgefahren, die der eigenen, trotz aller prinzipiellen Gegensätze, doch noch am nächsten steht. Der scharfe Kampf, der gerade zwischen den benachbarten politischen Gruppen geführt wird, wird dadurch erklärlich, daß in jedem Wahlkreis neben einer rechtsstehenden eine linksgerichtete Wählerschaft vorhanden ist. Zunächst muß natürlich jede Partei bestrebt sein die Wählerschaft, die für sie in Frage kommt, möglichst vollzählig für sich zu gewinnen. Nun ist es aber einleuchtend, daß die gefährlichsten Konkurrenten für eine linksstehende Partei bei Gewinnung der linksgerichteten Wählerschaft nicht die rechts- sondern die linksstehenden Parteien sind. Diese niederzuringen wird im Wahlkampf auch dann zur ersten parteipolitischen Pflicht, wenn im übrigen die allgemeine politische Situation ein Zusammenhalten der Parteien notwendig macht. An dieser harten Notwendigkeit prallen alle noch so treffenden Ratschläge der Personen, die an der Agitation selbst nicht beteiligt sind, wirkungslos ab. Ihre Ermahnungen die polemischen Auseinandersetzungen mehr der allgemeinen politischen Situation anzupassen verhallen im Tumult des Wahlkampfs ungehört, weil der Selbsterhaltungstrieb jede Partei zwingt die Mitbewerber auszuschließen, die ihr innerhalb derjenigen Wählergruppen Konkurrenz machen, aus denen sie ihre Anhänger zu rekrutieren trachtet.

Dieser Zustand bleibt so lange eine harte Notwendigkeit, als nicht durch Vereinbarungen, wie sie jetzt in Bayern zustande gekommen sind, der Wettbewerb der linken Parteien um die linksgerichtete Wählerschaft ausgeschlossen wird. Da aber ein solches Verfahren angesichts der unleugbar vorhandenen Klassen-

gegensätze zwischen den Parteien nur eine Ausnahme von der politischen Regel sein kann, so wird sich für absehbare Zeit auch der politische Kampf gerade zwischen den benachbarten Parteien immer in aufgeregten Formen abspielen. Das darf freilich aber nur für den eigentlichen Wahlkampf gelten. Wie es im Wesen der Wahlagitation liegt das Trennende zwischen den Parteien zu betonen, so entspricht es der Natur der parlamentarischen Arbeit die Aufmerksamkeit auf das die benachbarten Parteien Verbindende zu lenken. Der Politiker, der in den Tagen des Wahlkampfs nur Agitator sein will und kann, um seine Partei unter allen Umständen zum Siege zu führen, und als solcher nur das betonen darf, was die sozialen Gruppen, die er vertritt, von den anderen politisch trennt, muß am Tag nach der Wahl anfangen das Verbindende zwischen den Parteien aufzuspüren, um von seinen Programmversprechungen so viel wie möglich verwirklichen zu können. Wenigstens gilt das von Politikern, denen es mit der Verwirklichung ihrer Zusagen ernst ist, die also wirken und nicht bloß reden wollen. Insbesondere wird ein sozialdemokratischer Politiker das Wort nicht der schöpferischen Tat vorziehen dürfen. Schöpferisch tätig kann aber eine Partei, die selbst über keine Mehrheit verfügt, nur sein, wenn sie Anlehnung bei benachbarten Parteien sucht, deren Programmversprechungen mit den ihren bis zu einem gewissen Grad übereinstimmen.

Sofern wir nun von diesem Gesichtspunkt aus die Parteikonstellation im neuen Reichstag prüfen, ergibt sich, daß, wollen wir unsere sozialpolitischen Versprechungen einlösen, eine Anlehnung in sozialpolitischen Dingen an das Zentrum keine Unmöglichkeit wäre. Das Zentrum verlangt in seinem Programm Erweiterung des Koalitonsrechts und Fortsetzung des gesetzlichen Arbeiterschutzes. Sozialdemokratie und Zentrum wären im neuen Reichstag auch stark genug, um den widerstrebenden Parteien ihren Willen aufzuzwingen. Nichtsdestoweniger wird wohl kaum ein sozialdemokratischer Politiker sich der Hoffnung hingeben auch nur einen winzigen Teil unseres sozialpolitischen Programms mit Hilfe des Zentrums zu verwirklichen. Die Haltung des Zentrums im letzten Reichstag, namentlich bei der Reichsversicherungsordnung, hat jedermann hinreichend gezeigt, daß diese Partei auch anders kann als ihr Programm vorschreibt, ohne deshalb Gefahr zu laufen auseinanderzufallen. Andrerseits wird der Abfall breiter Massen proletarischer Wähler bei den letzten Wahlen kaum anfeuernd auf den sozialpolitischen Willen der Zentrumsleitung wirken, da diese ihren Stützpunkt immer ausschließlicher bei den jeder Sozialpolitik abgeneigten Schichten der Bevölkerung sucht. Noch weniger als in sozialpolitischen Dingen ist aber auf das Zentrum in anderen Dingen Verlaß. Vor allem in Steuerfragen. Es ist auch nicht daran zu denken, daß man das Zentrum für eine gerechtere Einteilung der Reichstagswahlkreise oder gar für das Proportionalsystem gewinnen könnte, da von allen Parteien das Zentrum an der Erhaltung des gegenwärtigen unleidlichen Zustands am meisten interessiert ist.

Aus diesen Erwägungen folgt, daß die Sozialdemokratie nur dann hoffen kann einen Teil ihrer Zusagen einzulösen, wenn es ihr gelingt eine Arbeitsgemeinschaft mit dem Liberalismus herbeizuführen. Als die gefährlichste Klippe einer solchen Arbeitsgemeinschaft ist bisher das Rüstungswesen bezeichnet worden. Nun ist aber leicht einzusehen, daß in dieser Beziehung die Dinge im neuen Reichstag sehr günstig liegen. Für die neuen Wehrvorlagen ist eine so große bürgerliche Mehrheit vorhanden, daß die prinzipielle Gegnerschaft der Sozial-

demokratie praktisch nicht ins Gewicht fällt. Auch für eine Nachlaßbesteuerung oder für eine Reichsvermögenssteuer, mit denen die neuen Wehrvorlagen gedeckt werden müßten, findet sich im neuen Reichstag eine geschlossene Mehrheit. Man kann sogar nach der Rede, die Freiherr von Zedlitz am 31. Januar im preußischen Abgeordnetenhaus gehalten hat, annehmen, daß selbst die Reichspartei für eine Deckung der neuen Wehrvorlagen durch direkte Besitzsteuern eintreten wird. In dieser Beziehung haben die Neuwahlen eine totale Verschiebung des Gesamtbildes herbeigeführt. Wie die Dinge im neuen Reichstag liegen, braucht man also nicht zu fürchten, daß eine liberal-sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft an den neuen Wehrvorlagen scheitern könnte. Andrerseits steht es fest, daß die Reform des Reichstagswahlrechts, die Herstellung eines konstitutionellen Regimes, die Verringerung des Steuerdrucks und die Vorbereitung guter Handelsverträge sich nur mit einer aktionsfähigen linken Mehrheit erreichen läßt.

Alle politische Kunst und alle parlamentarische Weisheit gipfelt deshalb darin die tatsächlich vorhandene Linksmajorität, die über 200 Stimmen verfügt, aktionsfähig zu machen. Daß dies keine leichte Sache ist, steht allerdings fest. Ohne den rechten Flügel der Nationalliberalen ist eine linke Mehrheit nicht zu bilden. Es ist nun eine unbestrittene Tatsache, daß hinter dem rechten Flügel der Nationalliberalen die Mehrheit der deutschen Großindustriellen steht. Man weiß auch zur Genüge, daß deren Wunsch dahin geht das Koalitionsrecht zu verschlechtern und die soziale Gesetzgebung zum Stillstand zu bringen. Trotzdem scheint mir aber die liberal-sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft nicht unmöglich zu sein, weil man hoffen kann, daß die linksstehenden Nationalliberalen ihren nach rechts neigenden Parteigenossen bis zu einem gewissen Grad das Gegengewicht halten werden. Hinzu kommt, daß sich selbst bei der Reichspartei eine leichte Orientierung nach links bemerkbar macht. Die schwere Niederlage, die gerade die freikonservative Fraktion erlitten hat (sie büßte von 25 Sitzen 11 ein), scheint auf die Parteileitung nicht ohne Eindruck geblieben zu sein. Alles das spricht dafür, daß die Großindustriellen, die den rechten Flügel der nationalliberalen Partei bilden, sich nicht so leicht entschließen werden in das Lager der Reichspartei überzutreten, die in ihrer geringen Stärke nur noch wenig Verlockendes für sie hat. Viel wird man freilich von einer Arbeitsgemeinschaft der Linken, die auch den rechten Flügel der Nationalliberalen umfaßt, nicht erwarten dürfen. Immerhin ist sie die einzige Möglichkeit für die Sozialdemokraten wenigstens einen kleinen Teil ihrer Versprechungen zu verwirklichen. Die 4¼ Millionen Wähler, die am 12. Januar für die Sozialdemokratie votierten, wollen nicht nur Worte hören sondern auch Taten sehen. Und die 7½ Millionen Wähler, die gegen den schwarzblauen Block stimmten, erwarten von der linken Mehrheit, daß sie die Nation von dem konservativ-klerikalen Joch so oder so befreit.

Von welcher Seite man daher auch die politische Lage betrachtet, so bleibt eine liberal-sozialdemokratische Kooperation das einzige Mittel, um der Freiheit und dem Fortschritt in Deutschland eine Gasse zu bahnen. Daß ein solches Zusammenarbeiten die Sozialdemokratie vor ungemein schwierige taktische Aufgaben stellt, soll nicht bestritten werden. Doch darf das kein Grund sein sich einer Aufgabe zu entziehen, die im Interesse des politischen Fortschritts gelöst werden muß.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

# AUGUST ERDMANN · DAS ZENTRUM NACH DEN WAHLEN

NICHT erst seit den letzten Wahlen ist dem Zentrum die Gefahr, die ihm von der Sozialdemokratie droht, zum Bewußtsein gekommen. Schon 1877 wies der damalige Kaplan Hitze in seinem Buch über die soziale Frage auf das stetige Wachstum der Sozialdemokratie in Deutschland hin. Die Partei habe 12 Abgeordnete, ihre Stimmenzahl bei der letzten Reichstagswahl betrage 485 000, in 108 Wahlkreisen habe sie Kandidaten aufgestellt, ihre Presse habe 100 000 Abonnenten, und ihre Kasse eine Einnahme von 53 000 Mark. *Videant consules!* ruft Hitze bei dieser Gelegenheit aus. Das Sozialistengesetz befreite zunächst das Zentrum aus seinen Sorgen. Im übrigen muß bemerkt werden, daß in den siebziger und achtziger Jahren das Zentrum in der Sozialdemokratie nicht den schlimmsten Feind sah. Als solchen galt den Ultramontanen der Liberalismus, der mit seiner kapitalistischen Wirtschaftspolitik und seiner kulturkämpferischen Gesinnung dem klerikalen Gefolge als der Geist alles Bösen erscheinen mußte. In der Sozialdemokratie sah man nur die folgerichtige Weiterentwickelung des Liberalismus. Deshalb war dieser als Ursache vor allen Dingen zu bekämpfen, die Sozialdemokratie als Wirkung werde dann von selber verschwinden. Manche Seiten der Sozialdemokratie: ihre Gegnerschaft zum Kapitalismus und Liberalismus, ihre Opposition gegen das Bismarcksche Regiment, ihre Ablehnung aller Ausnahmegesetze, also auch der Kulturkämpferei, fanden willige Anerkennung im klerikalen Lager und führten auch vielfach zu einer Annäherung.

Das änderte sich mit dem Jahr 1890, als das Sozialistengesetz fiel, die Sozialdemokratie bei der Reichstagswahl ihre Stimmenzahl verdoppelte und als die an Wählern reichste Partei in den Reichstag einzog. Und nachdem nun auch die sozialistische Arbeiterbewegung ihre internationalen Bestrebungen wieder aufgenommen hatte, da war kein Zweifel mehr, daß nun doch die Sozialdemokratie der schlimmste Feind sei. Der Papst und seine Bischöfe machten in Enzykliken und Hirtenbriefen wieder den *Umsturz* mobil, in Deutschland, wo die Abwehr am dringlichsten erschien, entstand der *Volksverein für das katholische Deutschland*, der bestimmt war der *roten Flut* einen Damm entgegenzusetzen; das Zentrum schuf seine christlichen Gewerkschaften, erweiterte und festigte sein Arbeitervereinswesen, um sein proletarisches Gefolge von der sozialdemokratischen Verführung fernzuhalten. Kein Zweifel, daß alle diese Bemühungen gewirkt, daß sie das Vordringen der Sozialdemokratie in das klerikale Gebiet erschwert haben; es wäre ja auch merkwürdig, wenn dieser reichliche Aufwand an Mitteln und Kräften, an Eifer und Geschick, wie er namentlich von München-Gladbach, dem Mittelpunkt der klerikalen Agitation, aus geleitet worden ist, so ganz ohne Erfolg für das Zentrum geblieben wäre. Aber der volle Erfolg: Fernhaltung der Sozialdemokratie aus den ultramontanen Gefilden, Überwindung der Sozialdemokratie durch eine von christlicher und nationaler Gesinnung erfüllte Arbeiterbewegung, ist ausgeblieben. Die Sozialdemokratie ist, wenn auch langsamer als anderswo, so doch von Wahl zu Wahl mit größerm Gefolge in die Zentrumsgebiete eingezogen, und der gewaltige Schritt nach vorwärts, den sie 1912 dem Zentrum gegenüber getan hat, wird dieses wohl belehrt haben, daß auch in ultramontanen Gefilden auf die Dauer kein Kraut gegen den Sozialismus gewachsen ist.

Als 1890 die Sozialdemokratie mit ihrer Stimmenzahl die Ultramontanen überflügelte, wandte das Zentrum in der Folge alles auf, um den Vorrang wieder zu erhalten. Es ist ihm nicht gelungen. Und wenn auch seine Stimmenzahl namentlich 1903 und 1907 bedeutend gestiegen ist, so will das nicht viel heißen, weil das Zentrum eine große Anzahl ganz sicherer Wahlkreise (mit verhältnismäßig geringer Wahlbeteiligung) hat, in denen es immer noch reichliche Reserven an die Wahlurne bringen konnte. An Anstrengungen zur Vermehrung seiner Stimmenzahl hat es das Zentrum auch 1912 nicht fehlen lassen. Es hat mehr an Agitation geleistet als bei einer Wahl vorher. Aber der Erfolg ist ausgeblieben. Seine Stimmenzahl von 2 160 000 im Jahr 1907 ist auf 2 013 000 gefallen. Der Ausfall von rund 150 000 Stimmen mag sich zum guten Teil dadurch wieder ausgleichen, daß das Zentrum in einer Anzahl Wahlkreise diesmal keine Kandidaten aufgestellt hatte, um gesinnungsverwandten Parteien die Möglichkeit zu geben in die Stichwahl zu gelangen oder gleich im ersten Wahlgang zu siegen. Aber demgegenüber muß hervorgehoben werden, daß das Zentrum von der Zunahme der Wahlberechtigten um rund 1 Million gar nichts profitiert hat, und daß, während seine Stimmenzahl in den Industriegegenden immerhin noch um manches Tausend gewachsen ist, es in kleineren Orten und namentlich auch auf dem Land massenhaft Wähler eingebüßt hat, die nachweislich zum guten Teil der Sozialdemokratie zugefallen sind. Im Verhältnis zur Gesamtzahl der Wähler hat das Zentrum einen ganz bedeutenden Rückgang erlitten.

Noch mehr fällt die Einbuße des Zentrums an Mandaten in die Augen. Seit 1893 hatte das Zentrum im Reichstag nie unter 100 Mandaten; den höchsten Stand erreichte es 1907 mit 105 Abgeordneten. Die Wahl von 1912 führte es auf den Stand von 1878, auf 93 Mandate, zurück. Stolz hat Herr Herold am 30. Januar im preußischen Abgeordnetenhaus verkündet: »Das Zentrum hat sich in diesem schweren Wahlkampf gut behauptet; es steht wiederum da als der unüberwindliche Turm. 81 Mandate sind im ersten Wahlgang errungen worden, und keine andere Partei kann sich der Zentrumspartei in dieser Beziehung an die Seite stellen.« Niemand ist auch so töricht von einer plötzlichen und endgültigen Vernichtung des Zentrums zu träumen; der Partei ist auf lange Zeit hinaus von der ländlichen Bevölkerung noch ein reichlicher Besitz fester Mandate gesichert, und diesen Besitz dem Zentrum streitig zu machen ist bei der jüngsten Reichstagswahl wohl keinem Vernünftigen eingefallen. Es ist ein sehr bedenklicher Trost sich der Erhaltung eines Besitzes zu rühmen, den man gegen niemand zu verteidigen hatte. Wer aber nach dem Verlust von Köln und Düsseldorf, von Würzburg und Freiburg gar noch das Lied vom *unüberwindlichen Zentrumsturm* anzustimmen vermag, der bekundet denn doch einen durch nichts begründeten Optimismus. Da ist Herr Julius Bachem, der politische Leiter der *Kölnischen Volksseitung*, schon etwas besonnener. Er schreibt im *Tag*, daß das Zentrum nicht ohne Verluste davongekommen sei. Das Minus von 11 Mandaten sei nicht wenig, und unter den Verlusten nennt er als besonders empfindlich: Freiburg, Würzburg und Köln. Herr Bachem wäre, wie er hervorhebt, der letzte, der leugnen möchte, daß der Verlust von Köln doppelt zähle. Das ist immer noch sehr zurückhaltend. Denn Köln zählt für das Zentrum viel mehr als doppelt, erst recht aber für Herrn Bachem, der als Führer der *Kölner Richtung* von den feindlichen Brüdern im eigenen Lager für den Verlust des deutschen Roms verantwortlich gemacht wird.

Die Verluste, die das Zentrum an Stimmen wie besonders an Mandaten erlitten hat, wiegen um so schwerer als die Partei die äußersten Anstrengungen gemacht hatte seine Stellung zu behaupten und die Herrschaft des konservativ-ultramontanen Blocks zu sichern. Lange Zeit vorher wurde der Feldzugsplan entworfen. Den Konservativen und ihrem Anhang verwandter Gruppen war unbedingte Waffenbrüderschaft zugesagt worden, und der Rechten zuliebe verzichtete das Zentrum in zahlreichen Kreisen auf eigene Kandidaturen; den Nationalliberalen suchte man zu beweisen, daß das Zentrum keineswegs industriefeindlich, und daß es gern bereit sei im Westen den Nationalliberalen (bei entsprechender Gegenleistung natürlich) zur Niederringung der Sozialdemokratie Hilfe zu leisten; der Regierung gegenüber betonte das Zentrum seine nationale Gesinnung, stellte die christliche Weltanschauung als den alleinigen Schutz vor Revolution und Umsturz hin. Kurz, was getan werden konnte, um sich nach links und rechts, nach unten und oben Helfer und Freunde zu sichern, das hat das Zentrum bei der Wahl von 1912 getan. Und seine Agitation war lebhafter als je. Leute wie den alten Herrn Spahn, der es sonst bei einer Wahlrede bewenden ließ, sah man die Dörfer und Nester auch der sichersten Wahlkreise abstreifen. Und wenn die Sozialdemokratie nicht bis auf den letzten Mann zur Strecke gebracht worden ist: am guten Willen des Zentrums und seiner Gladbacher Leibgarde hat es sicher nicht gelegen. Feierlichst war die Sozialdemokratie vom gesamten Zentrum als der schlimmste, als der einzige Feind alles dessen, was christlich, was national, was staatserhaltend denkt, erklärt worden. Und demgemäß hatten die über- und nachgeordneten Stellen der Partei, hatten die weltlichen und geistlichen Agitatoren ihre Maßnahmen getroffen. Was sich in 20 Jahren an der Materialsammelstelle in München-Gladbach, was sich in den Registraturen der Zentrumsblätter und in den Agitationsmappen der ultramontanen Feld-, Wald- und Wiesenredner an Entstellungen und Beschuldigungen aufgespeichert hatte, das ist mit ganzer Fülle in den Wochen vor der Wahl noch einmal auf das Volk der Wähler niedergelassen worden. Mehr an Eifer kann schlechterdings nicht geleistet werden.

Mit besonderer Wucht hatte sich das Zentrum auf den industriellen Westen gelegt. Während in Süddeutschland Liberale und Sozialdemokraten einander zur Seite standen, machte sich das Zentrum im Westen die größeren Klassengegensätze zunutze und freundete sich mit den Nationalliberalen an. So kam hier für die 4 großen Wahlkreise des eigentlichen Industriegebiets ein Stichwahlabkommen zustande, wonach die Ultramontanen den Nationalliberalen in Duisburg und Bochum, die Nationalliberalen dem Zentrum in Essen und Dortmund Stichwahlhilfe leisteten. Das Abkommen hatte Erfolg in Duisburg und Bochum, wo das Zentrum sein Gefolge fast vollzählig den Nationalliberalen zuzuführen wußte, ebenso in Essen, wo der größte Teil der Nationalliberalen sich auf die Seite des Zentrums schlug. In Dortmund war der Vorsprung unserer Partei zu groß, und die Neigung der Liberalen samt und sonders ins schwarze Lager einzuschwenken zu gering, als daß das Mandat der Sozialdemokratie hätte entrissen werden können. Auch Düsseldorf, wo die Nationalliberalen sich in der Stichwahl für das Zentrum erklärten, ist uns, wenn auch mit knapper Mehrheit, erhalten geblieben. Die Ereignisse in Köln sind ein Kapitel für sich. Sie sind nur an der Hand der Vorgänge im kommunalpolitischen Leben zu verstehen. Das Zentrum, das seit einem Jahrzehnt etwa die Liberalen aus ihrer Mehrheitsstellung im Rathaus verdrängt hat, übt hier eine

wahre Gewaltherrschaft in der Besetzung der Gemeindeämter. Wer nicht aufs Zentrum schwört, findet als Bewerber keine Gnade vor den mächtigen Zentrumsherren, als deren einflußreichster Vertreter der bisherige Reichstagsabgeordnete Trimborn gilt. Aus den liberalen Versammlungen klang es deutlich wie ein Schrei nach Rache für die Verdrängung aus der Rathausmehrheit, für die klerikale Gönner- und Streberwirtschaft. Da die Sozialdemokratie diesmal an Stimmen dem Zentrum voraus war, so hätte sie auch ohne diese Umstände höchstwahrscheinlich in der Stichwahl den Sieg errungen; aber daß dieser Sieg mit so großer Mehrheit erfochten wurde, das hat seinen Grund in jenen kommunalpolitischen Verhältnissen.

Der Kölner Nationalliberalismus wird seit dem 22. Januar, da das deutsche Rom mit seiner Hilfe in die Hände der Sozialdemokratie fiel, von der Zentrumspresse mit der *Umsturzpartei* in einen Topf geworfen, und wer, wie das *Berliner Tageblatt,* von vornherein entschieden gegen rechts Front genommen und jedem Liberalen die Niederringung des Zentrums als Pflicht auferlegt hat, der muß sich von der Zentrumspresse den schmückenden Beinamen des *Anarcholiberalismus* gefallen lassen. Insbesondere ziehen die Klerikalen mit Denunziationen gegen die Beamten los, die so verwegen waren bei der Stichwahl in der Sozialdemokratie das kleinere Übel gegenüber dem Zentrum zu sehen. Im Wahlkampf wurde die Regierung beschworen die Beamten zur Betätigung *nationaler Gesinnung* bei den Wahlen anzuhalten; die Zentrumspresse grub den Bismarckschen Erlaß vom Jahr 1882 aus und leitete daraus fälschlicherweise die Pflicht der Beamten her im Regierungssinn, das heißt vor allen Dingen zugunsten des Blocks des Zentrums und der Rechten, zu stimmen. Das selbe Zentrum, das in der Kulturkampfzeit und noch lange nachher nicht genügend scharfe Worte finden konnte, wenn Regierung oder Behörden in die Wahlfreiheit der Beamten eingriffen, hat sich diesmal mit nicht zu überbietendem Eifer bemüht den verwerflichsten Terrorismus gegen die Beamten zu entfachen. Und wo es sich zeigte, daß Beamte nicht willig nach der Zentrumspfeife tanzten, da folgten die häßlichsten Angebereien. Schon bei der Düsseldorfer Ersatzwahl im Oktober vorigen Jahres denunzierte die ultramontane Presse einige Regierungsbeamte, die sich bei der Stichwahl der Stimme enthalten hatten. Es genügt dem Zentrum nicht, daß Beamte nicht für die Sozialdemokratie stimmen, sie sollen und müssen für das Zentrum stimmen, weil die Wahlenthaltung nach klerikaler Auffassung schon eine Begünstigung der Sozialdemokratie ist, deren sich kein Beamter schuldig machen darf. Und bei den Januarwahlen haben sich die Denunziationen gehäuft. Um nur einen Fall zu nennen, hat die Zentrumspresse den Staatsanwalt Rosenberg, der in dem rheinischen Wählkreis Mörs-Rees für die Liberalen kandidierte, dem Justizminister zur geeigneten Behandlung empfohlen, weil der Mann sich mit den sozialdemokratischen Stichwahlbedingungen einverstanden erklärte. Wer sich gegen Ausnahmegesetze usw. ausspricht, der sei, wofern er Beamter ist, seiner Behörde zur Maßregelung ausgeliefert. Das ist das selbe Zentrum, das vor 5 Jahren noch sich mit der Sozialdemokratie in einen intimen Stichwahlhandel eingelassen und die von der Gegenseite gestellten Bedingungen anerkannt hat.

Man müßte weiter ausholen als es in diesem Artikel möglich ist, wenn man für den politischen Niedergang des Zentrums die besonderen Gründe darlegen wollte. Die Partei widersetzt sich gegenwärtig allem, was es an Freiheiten und Rechten, an Fortschritt und Kultur zu erhalten und weiter zu erkämpfen

gilt. An dieser Rückwärtsentwickelung ist kaum etwas zu ändern, und diese Erkenntnis drängt sich, wenn auch vorerst noch nicht mit der nötigen Wucht und in dem nötigen Umfang, auch dem bürgerlichen Liberalismus immer mehr auf. Das Zentrum wird nicht mit einem Schlag vernichtet, weder im Reich, wie sich im Januar, noch in Bayern, wie sich im Februar gezeigt hat. Immerhin hat das Zentrum hier wie dort einen gewaltigen Stoß erlitten. Der Zentrumsturm steht noch, aber nicht mehr im alten Glanz, nicht mehr im alten Ruhm der Unbezwinglichkeit. Er zeigt Risse, und mancher Stein ist aus dem festen Gefüge herausgekollert. Und damit hat auch das Vertrauen manches Zentrumsmannes nachgelassen, dessen Parteitreue im wesentlichen eine Sache des Glaubens an die Unüberwindlichkeit dieser Partei war.

Das Wahljahr 1912 hat nicht alle Erwartungen erfüllt: im Reichstag sieht es mit der antiklerikalen Mehrheit noch sehr bedenklich aus, und im bayrischen Landtag behält das Zentrum seine herrschende Stellung. Aber die Vorgänge des Januar und Februar haben doch die Besiegbarkeit der Reaktion im Reich wie in den Einzelländern ergeben. Der erste Ansturm genügte nicht. Nun gut, bereiten wir den zweiten und, wenn auch der nicht hinreichen sollte, den dritten vor. Dazu ist nötig, daß sich auf antiklerikaler Seite die Front gegen rechts festigt und erweitert, daß man, bei den Liberalen wie bei den Sozialdemokraten, manches noch lernt, aber auch manches vergißt, und schließlich auf praktisch politischem Gebiet den Nachweis bringt, daß man beiderseits ernstlich gewillt ist die großen und dringlichen Kulturaufgaben der Zeit mit Entschiedenheit ihrer Erfüllung entgegenzuführen. Die Liberalen haben die Zeit von Mitte der neunziger Jahre bis 1907, wo das Zentrum von rechts und von links seine Gaben einheimsen konnte, als unerträglich empfunden; sie haben über die Kulturwidrigkeit der konservativ-ultramontanen Mehrheit geklagt, und sie haben die Sammelpolitik gegen die Sozialdemokratie abgelehnt. Es wird sich zeigen, ob sie fähig sind die dann noch verbleibende Möglichkeit zur Niederringung der Reaktion: das Zusammenarbeiten der Linken, zu erfassen und diejenigen in ihren Reihen, die es nach rechts ziehen sollte, zu besserer Erkenntnis zu bringen.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

# ROBERT SCHMIDT · DIE SOZIALPOLITIK IM NEUEN REICHSTAG

FREUDIG haben wir das günstige Ergebnis der Reichstagswahlen begrüßt, und mit Genugtuung empfinden wir das Zurückdrängen des Einflusses der reaktionären Parteien. Nur dürfen wir unsere Hoffnungen auf die gesetzgeberische Tätigkeit nicht zu hoch spannen, denn es sind sehr erhebliche Widerstände, die sich der sozialdemokratischen Fraktion entgegenstellen; es wird mehr als je darauf ankommen mit unserem Besitzstand geschickt den Einfluß auszunutzen, den eine Partei von 110 Abgeordneten ganz von selbst im Parlament erhält.

Manche Hoffnungen und Wünsche werden in Parteikreisen laut, aber wir werden sehr bald erkennen, daß gar manche Materie der Gesetzgebung sich im alten Gleis bewegen wird. Das trifft ganz besonders auch für die soziale Gesetzgebung zu. In sozialpolitischen Fragen ist der Reichstag in den letzten Jahren nicht gerade müßig gewesen. Indes, es fehlte seinen Arbeiten jeder große Zug,

es blieb bei ihm alles in behutsamem Tasten und Fühlen stecken; vor allem aber belastete er durch die Aufhebung früher eingeräumter Arbeiterrechte die soziale Gesetzgebung mit dem Makel der Arbeiterentrechtung. Deutschland, das ursprünglich die Initiative zur Sozialversicherung ergriffen hatte, hat inzwischen seine Führerschaft auf dem Gebiet eingebüßt, es ist vom Ausland allmählich eingeholt worden. Und auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes ist es heute bereits von anderen Ländern überflügelt. Beispielsweise fehlt es uns noch immer an einem Maximalarbeitstag für erwachsene Arbeiter aller Berufe, den die Schweiz, Frankreich, Österreich, England bereits eingeführt haben, während wir uns bisher mit dem Zehnstundentag für Arbeiterinnen und Jugendliche begnügen mußten, und nur für Arbeiter in solchen Berufen, die besondere Gefahren für Leben und Gesundheit bringen, Ausnahmen gemacht wurden. Bei uns gibt es sogar einige Bundesratsverordnungen, die Arbeitszeiten von 12 bis 16 Stunden zulassen. Man braucht nur diese soziale Fürsorge in der Begrenzung der Arbeitszeit zu nennen, um einen Begriff davon zu bekommen, welche Arbeitsmethoden in diesen Berufen üblich waren, und wie wenig der Bundesrat es wagte den Mißständen energisch gegenüberzutreten: denn eine Arbeitszeit von 12 bis 16 Stunden deutet auf Zustände hin, die beschämend für unsere Industrie sind. Einige *Giftbuden* mußten zwar mit der Arbeitszeit bis auf 8 und 6 Stunden heruntergehen, aber das sind nur Ausnahmen für die mörderische Betriebsarbeit in der Bleifabrikation.

Können wir nun, nachdem das Übergewicht des konservativ-ultramontanen Blocks im Reichstag geschwächt ist, auf einen beträchtlichen Fortschritt auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes hoffen? Schwerlich. Denn gerade auf diesem Gebiet ist der Liberalismus aller Schattierungen nicht gesonnen der Sozialdemokratie Hilfe zu leisten. Im Gegenteil, der rechte Flügel der Nationalliberalen wird, wenn die bisherigen Erfahrungen maßgebend sind, alle Maßnahmen auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes bekämpfen, um im Sinn des *Zentralverbandes deutscher Industrieller* den Herrenstandpunkt des Unternehmers zu stärken. Unter den anderen Liberalen haben wir keine Sozialpolitiker, Naumann und Potthoff, die auf diese Bezeichnung Anspruch erheben konnten, sind diesmal nicht in den Reichstag gewählt worden.. Die Stärkung der Linken wird mehr in politischen Fragen zum Ausdruck kommen; in der Sozialpolitik wird man gut tun keinen Umschwung zu erwarten.

Fraglich wäre nur die Stellung des Zentrums, das aber gegen Ende der letzten Session mehr als je zuvor ins Lager der Scharfmacher hineinschwenkte. Diese Schwenkung vollzog sich unter der Zustimmung der christlichen Gewerkschaftsführer, die gehofft hatten dem Zentrum dauernd einen größern Arbeiteranhang zu erhalten als ihn die christlichen Gewerkschaften tatsächlich darbieten. Sie fühlten, daß sie den freien Gewerkschaften nicht folgen können, sehen ihre Organisationen in enge Grenzen gehalten und stoßen fortgesetzt auf Differenzen mit den freien Gewerkschaften. Dazu kommt, daß die Herren im eigenen Lager fortgesetzt Angriffe zu erdulden haben, da ihr interkonfessioneller Standpunkt unter den Strenggläubigen verpönt ist, noch mehr aber, weil auch ihre sozialpolitische Aufklärung der Arbeiterschaft den Scharfmachern immer unangenehmer wird. Natürlich gibt man das nicht offen zu, das sind nur die im geheimen genährten Abneigungen: das Aushängeschild ist jener interkonfessionelle Standpunkt, und das hat auf gläubige Katholiken eine andere Wirkung als ein offenes Eintreten für das Scharfmachertum, das im Zentrum so gut

wie in den anderen bürgerlichen Parteien seine Vertreter hat. Die Gewerkschaftsführer Giesberts, Becker und Schiffer sind in diesem Kampf allmählich mürbe geworden und rückten nach und nach nach rechts ab. Besonders hat Herr Becker mit unausgesetzten Angriffen gegen den angeblichen Terrorismus der Sozialdemokraten und der freien Gewerkschaften diese Schwenkung maskiert. Die Herren sitzen damit um so fester in der Gunst der maßgebenden Zentrumsführer, während die sozialpolitischen Interessen der Arbeiter dabei vollkommen in den Hintergrund kommen. Bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung hatten die Zentrumsführer ihre helle Freude, wie die christlichen Arbeitervertreter den Kampf gegen das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter führten. Allerdings unter dem Vorwand den sozialdemokratischen Terrorismus zu bekämpfen, aber mit dem Endergebnis, daß den Arbeitern im allgemeinen ein Einfluß versagt wurde. Das gleiche Spiel wiederholte sich bei allen sozialpolitischen Debatten, die Kampfesfront richtete sich gegen die freien Gewerkschaften, gegen die man nach Polizei und Staatsanwaltschaft ruft, weil sie die Entwickelung der christlichen Gewerkschaften hemmen. An dieser Stellung hat der Wahlkampf nichts gebessert, im Gegenteil, das Zentrum fühlt, die Sozialdemokratie bedrohe am schwersten seinen Besitz.

Der Sozialpolitik dürften somit keine besonders günstigen Aussichten erblühen. Große Vorlagen sind kaum zu erwarten. Das Arbeitskammergesetz kehrt nicht wieder, in der Gewerbeordnung ist eine Fortführung des Arbeiterschutzes von der Regierung schon im vorigen Jahr abgelehnt worden, und diese wird nicht zu befürchten haben, daß die bürgerlichen Parteien sie zur Änderung dieses Standpunkts nötigen. Von der Tagespresse werden zwar einige Vorlagen angekündigt, aber vorsichtig wird hinzugefügt, es sei unbestimmt, wann sie an den Reichstag gelangen werden. Genannt werden ein Reichstheatergesetz, das aber noch sehr im Hintergrund steht; eine Novelle zum Patentgesetz, in der hoffentlich die Rechte der Techniker und Werkmeister besser gewahrt werden als gegenwärtig; eine Neuregelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe: mit welchen Änderungen, ist unbestimmt; eine Unfallfürsorge für diejenigen, die bei Rettung von Personen aus Lebensgefahr zu Schaden kommen. Alle diese Vorlagen würden die Erfüllung wiederholt gegebener Versprechungen der Regierung sein; ob und wie das geschieht, bleibt abzuwarten.

Zu entschiedenem Widerspruch fordert die Haltung des Reichsamts des Innern dem Beirat für Arbeiterstatistik gegenüber heraus, der seit langem auf neue Aufträge wartet. Soll seine Tätigkeit einschlafen? An Aufgaben fehlt es ihm nicht. Namentlich sollten die Erhebungen über die Arbeitsverhältnisse in besonders gesundheitsschädlichen Industrieen fortgeführt werden. Der Initiative des Bundesrats und der Verwaltungsbehörden sind seit langem wichtige Aufgaben zur Erledigung überwiesen. Der Erlaß von Verordnungen auf Grund des § 120 f der Gewerbeordnung für die Arbeiter derjenigen Berufe, die den sogenannten *sanitären Maximalarbeitstag* fordern, ist ganz ins Stocken geraten. Erhebungen liegen über die Verhältnisse in Wäschereien und Plättereien, in der Fleischerei, im Fuhrwerksbetrieb und in der Binnenschiffahrt vor, ohne daß bisher der Bundesrat auf die Anregungen des Beirats für Arbeiterstatistik eingegangen ist. Die Handlungsgehilfen warten seit Jahren nach Abschluß der Erhebungen des Beirats auf eine Regelung der Arbeitszeit der Kontorangestellten. Abgesehen von der Neuordnung der Organisation in der Arbeiterversicherung und dem Versicherungsgesetz für Angestellte, liegt es dem Bundes-

rat ob die Befugnisse zu benutzen, die das Heimarbeitsgesetz ihm anvertraut hat. Kein Gesetz hat dem Bundesrat so umfangreiche Vollmachten in der Ausführung sozialer Fürsorge übergeben wie gerade das Hausarbeitsgesetz. Die Bedeutung des Gesetzes kann durch seine Verordnungen gehoben oder durch seine Untätigkeit herabgedrückt werden. Ein Mangel an gesetzgeberischen Fragen und Verwaltungsmaßnahmen ist also nicht vorhanden.

Die sozialdemokratische Fraktion wird es nicht an Anregungen auf diesen und anderen Gebieten der Sozialpolitik fehlen lassen, aber das Ruhebedürfnis der bürgerlichen Parteien ist hier so stark ausgeprägt, daß das Tempo der Sozialpolitik im neuen Reichstag wohl nicht lebhafter werden wird. Dagegen können wir erwarten, daß der Wahlkampf auch den Gewerkschaften neuen Aufschwung geben wird. Im Kampf um die wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiterklasse wird die gewerkschaftliche Organisation nach wie vor von ausschlaggebender Bedeutung sein. Hier muß also die Arbeiterschaft mit den wirtschaftlichen Kampfesmitteln das zu erreichen suchen, was die Gesetzgebung ihr versagt.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

# BRUNO BORCHARDT · DIE SOZIALDEMOKRATIE IM PROVINZIALLANDTAG

IN der nächsten Tagung des Provinziallandtags für die preußische Provinz Brandenburg, die am 25. Februar in Berlin beginnt, werden zum erstenmal sozialdemokratische Vertreter teilnehmen. Die Mitglieder des Provinziallandtags gehen nicht aus allgemeinen Wahlen irgend welcher Art hervor, sondern die Kreise und Städte der Provinz entsenden Abgeordnete dahin, die in den Landkreisen von den Kreistagen, in den Stadtkreisen von den Magistraten und Stadtverordneten in einer gemeinsamen Wahlversammlung gewählt werden. In den Magistraten preußischer Städte sind Sozialdemokraten gar nicht vertreten, und in den Stadtverordnetenversammlungen sind sie durch das Dreiklassenwahlrecht zu einer Minderheit verurteilt, die über den 3. Teil der Mandate nur in ganz seltenen Ausnahmefällen hinausgehen kann. Daher ist es nicht verwunderlich, daß bisher noch niemals ein Sozialdemokrat in einen preußischen Provinziallandtag entsandt wurde: In Süddeutschland, wo Sozialdemokraten auch in den Gemeinderat, dessen Stellung etwa dem des Magistrats in preußischen Städten entspricht, schon längst eingedrungen sind, und wo der Bürgerausschuß (gleich den preußischen Stadtverordneten die Vertretung der Bürger) aus allgemeinen Wahlen ohne Klasseneinteilung hervorgeht, sind in den Bezirksparlamenten, die etwa den preußischen Provinziallandtagen entsprechen, schon seit einer Reihe von Jahren auch Parteigenossen tätig.

Das außerordentliche Wachstum der Bevölkerung Groß Berlins hat den Berliner Vorortgemeinden jetzt eine stärkere Vertretung im Provinziallandtag verschafft, die Zahl der Vertreter ist für Charlottenburg von 5 auf 8, für Neukölln von 3 auf 6, für Schöneberg von 3 auf 5 gestiegen. Berlin selbst hat keine Vertretung im Provinziallandtag, es ist auch von Beitragslasten zu den Bedürfnissen der Provinz befreit. Die Wahlen zum Provinziallandtag wurden im Dezember vorigen respektive Anfang Januar dieses Jahres vorgenommen, also in einer Zeit, in der allgemein unter dem Einfluß der politischen Notwen-

digkeiten bei der bevorstehenden Reichstagswahl die Großblockidee auch in liberalen Kreisen mehr und mehr Wurzel schlug. So ist es verständlich, daß trotz mancher Gegenströmungen bei den liberalen Stadtverordnetenmehrheiten in Charlottenburg, Schöneberg und Neukölln der Gedanke siegte der Sozialdemokratie eine ihrer Vertretung im Stadtparlament entsprechende Vertretung im Provinzallandtag zuzubilligen, und so wurde in Charlottenburg der Verfasser dieses Aufsatzes, in Schöneberg der erfahrene Parlamentarier Genosse Molkenbuhr, der dort auch das Ehrenamt des Stadtverordnetenvorsteherstellvertreters bekleidet, und in Neukölln Genosse Groger, Sekretär des Kreises Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg, zu Mitgliedern des Provinziallandtags gewählt, der somit bei seiner diesjährigen Tagung gleich eine kleine sozialdemokratische Fraktion haben wird.

Die Verhandlungen der Provinziallandtage sind natürlich nicht von so weit tragender Bedeutung wie etwa die des Reichstags und des preußischen Landtags, sie erregen daher das öffentliche Interesse auch nicht entfernt in gleichem Maß. Sie haben bisher auch nicht das gleiche Interesse zu erregen vermocht wie etwa die Verhandlungen in den Vertretungen der einzelnen Kommunen, vielleicht weil man in weiten Kreisen der Meinung ist, daß die dort behandelten Gegenstände nicht so unmittelbar mit den Interessen der einzelnen Bürger verknüpft sind wie die in den Gemeinden zu lösenden Aufgaben. Aber die Materien, an denen unsere Genossen im Provinziallandtag mitzuwirken berufen sind, sind doch von sehr erheblichem Umfang (ich erinnere nur an die Sorge für die Verkehrswege in der Provinz, an die Fürsorge für Geisteskranke, Idiote, Epileptische, Taubstumme und Blinde sowie an das Landarmen- und Korrigendenwesen), und es ist von sehr großer Bedeutung, daß bei der Lösung dieser Aufgaben sich ein sozialer Geist in starker Weise bemerkbar macht. Natürlich sind wir nicht so kindlich naiv, daß wir das Eindringen eines sozialen Geistes in diese Körperschaft lediglich von dem Eintreten und dem Wirken dreier Genossen erwarten. Auch bisher war der Provinziallandtag nicht aus so weltfremden Elementen zusammengesetzt, daß er von der großen sozialistischen Kulturbewegung unserer Zeit völlig unberührt hätte bleiben können. Wie die Ideen unserer großen Philosophen zu Bestandteilen unserer allgemeinen Bildung geworden sind, dem Denken unserer Zeit Richtung geben und in den einzelnen, auch wenn sie in die Werke der Philosophen nie einen Blick getan haben, ihnen selbst unbewußt kräftig wirksam sind, genau so wandelt sich unter dem Einfluß der Arbeiterbewegung allmählich das gesamte öffentliche Bewußtsein, und gar mancher, der, vom *Rotkoller* erfaßt, in jedem Sozialdemokraten einen verruchten Umstürzler erblickt, ist, ohne es zu ahnen, von den durch die Arbeiterschaft und ihre Bewegung propagierten Ideen in erheblichem Grad beeinflußt. Wir wollen nur ein Beispiel aus dem Provinziallandtag anführen. Der Verwaltung der Provinz untersteht auch die Landesversicherungsanstalt Brandenburg. Bei der Besprechung des Verwaltungsberichts dieser Anstalt am 1. März 1911 stellte die hiermit betraute Kommission den Antrag:

»Der Provinziallandtag wolle beschließen: Der von der Reichstagskommission zu § 1341 des Entwurfs der Reichsversicherungsordnung beschlossene Zusatz, durch welchen die Aufwendungen für das Heilverfahren auf das Maximum von 7% der Beitragseinnahmen beschränkt werden sollen, wird gemißbilligt. Das Reichsamt des Innern soll auf die Nachteile und Gefahren dieses Zusatzes hingewiesen und um seine Bekämpfung ersucht werden.«

Dieser Antrag war in der Kommission einstimmig angenommen worden, und

auch das Plenum nahm ihn nach kurzer Begründung an. Man wird sich erinnern, wie energisch dieser Zusatz im Reichstag von sozialdemokratischer Seite bekämpft wurde; und nicht ganz vergeblich. Die sozialdemokratischen Redner haben auf den Beschluß des Provinziallandtags nicht hingewiesen, vermutlich, weil er ihnen nicht bekannt war. Es hätte im Reichstag wohl Eindruck gemacht, wenn man die Stellungnahme dieser Körperschaft, in der doch die politisch konservativ gesinnten ländlichen Elemente die unbedingte Mehrheit haben, mitgeteilt hätte.

Ein Schmerzenskind für die Provinzialverwaltung bilden die Chausseen, und die Verhandlungen über die Kosten ihrer Unterhaltung und die Beihilfen, die an Kreise und Gemeinden zu ihrem Bau zu zahlen sind, nehmen einen sehr breiten Raum bei den Etatsberatungen ein. Namentlich die großstädtischen Vertreter oder die Vertreter der Berliner Vorortgemeinden wehren sich gegen eine Ausdehnung dieser Ausgaben, von denen ihre Gemeinden, wie sie meinen, nichts haben, durch die aber die Möglichkeit einer Erhöhung der Provinzialsteuern in unmittelbare Nähe gerückt wird. In dem letzten Etat, dem für das Jahr 1911-1912, betrugen die Unterstützungen für den Gemeindewegebau 200 000 Mark, zu Prämien für Chausseeneubauten und Chausseeübernahmen an Kreise und Gemeinden waren 700 000 Mark ausgeworfen, und die Unterhaltung der Provinzialchausseen verlangte mehr als 1 Million Mark. Die Provinzialsteuern wurden mit 12½ % Zuschlag zur Staatssteuer erhoben und betrugen 7 600 000 Mark. Eine Erhöhung dieser Steuern wird ohne Not natürlich niemand gern leisten; denn das Zahlen von Steuern gehört nun einmal nicht zu den Dingen, die der normale Staatsbürger gern tut. Wenn aber von Vertretern der Vorortgemeinden jede Zumutung einer Erhöhung dieses Steuersatzes mit dem Hinweis darauf bekämpft wird, ihre Gemeinden, die den größten Teil dieser Steuersummen aufbringen, etwa 65 %, also fast zwei Drittel, haben von den Chausseeanlagen und -verbesserungen gar nichts, sie seien daran nicht interessiert, so muß einer solchen Argumentation doch energisch widersprochen werden. Ein so kleinlicher Gesichtspunkt darf bei der Beurteilung derartiger allgemeiner Verkehrsanlagen nicht maßgebend sein. Zunächst ist der Etat der Provinz doch als ein einheitlicher aufzufassen, bei dem man nicht sagen kann: für diese bestimmte Ausgabe wird jene bestimmte Einnahme verwendet, sondern die gesamten Einnahmen sind für die gesamten Ausgaben zu verwenden; an einer einzelnen bestimmten Verkehrsanlage mag eine einzelne bestimmte Stadt kein unmittelbares Interesse haben (das kann ganz ebenso auch von anderen Landesmeliorationen und bestimmten Anstalten gelten); aber alle diese Dinge gehören in den Kreis der von der Provinz notwendigerweise zu erfüllenden Aufgaben, und bemißt man die Einnahmen zu knapp, so muß die sachgemäße Lösung und Erfüllung dieser Aufgaben eben leiden. Dann aber kann man doch gerade in unserm Zeitalter des Verkehrs am allerwenigsten behaupten, ein guter Ausbau auch der ländlichen Verkehrswege sei von keinem Nutzen für die Städte. In der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung habe ich von bürgerlichen Vertretern bisher nur über die Höhe der Provinzialsteuern klagen hören, von denen die Stadt rein gar nichts hätte. Gewiß ist diese Steuerlast nicht gering, sie betrug im letzten Etatsjahr 1 442 698,50 Mark, also fast 1½ Millionen. Aber die Vorteile, die die Stadt von den allerverschiedensten Provinzialeinrichtungen hat, sind doch deswegen nicht als nicht vorhanden zu betrachten, weil sie nur mittelbar sind

und sich deshalb nicht unmittelbar rechnerisch festlegen lassen. Speziell die Verkehrswege kommen den Einwohnern der Städte genau ebenso zugute wie den Einwohnern des flachen Landes, und zwar allen Schichten der städtischen Einwohner, sowohl den Millionären, die in Automobilen das Land zum Vergnügen und zum Sport durchreisen, wie dem Mittelstand und den Arbeitern, deren Lebensmittelzufuhr und -absatz nach dem Lande durch bessere Verkehrsstraßen auch besser geregelt und erleichtert wird. Der Gegensatz zwischen agrarischer und städtischer oder industrieller Wirtschaftspolitik, der bei der Reichspolitik in der Agitation der Parteien eine so große Rolle spielt, verschwindet bei dem unmittelbaren Verkehr zwischen Stadt und Land.

Man kann es ja begreifen, daß speziell die Oberbürgermeister von Berliner Vorortstädten im Provinziallandtag vor einer Steuererhöhung einen gewaltigen Respekt haben, weil ihnen das Gespenst der Erhöhung der Kommunalsteuern in ihren Gemeinden über 100 % vorschwebt. Die liberalen Mehrheiten in den Stadtverordnetenversammlungen ihrer Kommunen sträuben sich mit aller Kraft gegen den Gedanken mit dem Steuerzuschlag über 100 % hinauszugehen. Als vor Jahresfrist der Regierungspräsident von Potsdam eine dahingehende Anregung gab, und die Magistrate darauf eingehen wollten, scheiterte das an dem Widerstand der Stadtverordneten. In diesem Jahr ist die Frage noch mehr als bisher brennend geworden, und die Magistrate haben beschlossen angesichts der Finanzlage der Städte diese Steuererhöhung von neuem vorzuschlagen. Wird sie von den Stadtverordneten nicht bewilligt, so wird eine Reihe der wichtigsten Aufgaben der Städte schweren Schaden leiden. In der Provinz wird man auf dies Bemühen der Vorortstädte nicht Rücksicht nehmen können; weit eher wäre es angebracht, wenn es angängig wäre, den kleinen Provinzstädten entgegenzukommen, die zur Erfüllung der notwendigsten Aufgaben gezwungen sind den Steuerzuschlag auf 200, 250 und selbst nahe an 300 % zu bemessen. Auch unsere Genossen im Provinziallandtag werden wohl nicht aus dem engherzigen Gesichtspunkt der Steuerersparung für die Berliner Vororte der Erfüllung wichtiger Kulturaufgaben sich widersetzen. Und um wichtige Kulturaufgaben handelt es sich fast durchweg in der Provinz. Sicherlich werden unsere Genossen sich nach allen Kräften bemühen, an einer großzügigen Lösung aller dieser Aufgaben mitzuarbeiten, und sie werden ohne Zweifel durch den Einfluß, den das unmittelbare persönliche Mitarbeiten gewährt, dazu beitragen den Provinziallandtag noch tiefer und schneller mit sozialem Geist zu erfüllen.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

# AUGUST FOREL · ALKOHOLPROHIBITION UND SOZIALISMUS

HEPNER hat in seinem Aufsatz über die amerikanische Prohibition[1]) meines Erachtens Richtiges und Unrichtiges derart mit einander vermischt, daß ich mich zu einer Erwiderung veranlaßt sehe. Zu beanstanden hätte ich zunächst, daß Hepner seine Beispiele Zeitungsausschnitten entnimmt, eine, besonders in Amerika, wenig zuverlässige Quelle.[2]) Dann bezieht er sich vornehmlich auf die Vorgänge in

[1]) Siehe Hepner *Die amerikanische Prohibition und die abstinenten Sozialisten* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 37 ff.

[2]) Die Richtigstellung der Zahlen und der Tatsachen verdanke ich dem *Schweizerischen Abstinenzsekretariat* (Professor Hercod, Lausanne).

Bangor im Staat Maine: Nun ist aber gerade Bangor die Stadt, in der das Prohibitionsgesetz offen und mit Wissen und Wollen der Behörden angegriffen und verletzt wurde. Es geht sogar so weit, daß das Einvernehmen zwischen Polizei und Gesetzesumgehern heute kurz *Bangorsystem* genannt wird: ein schlagender Beweis dafür, daß man die Zustände dieser Stadt nicht so verallgemeinern darf.

Als gänzlich falsch muß ich die Statistiken, die Hepner gibt, bezeichnen. In Wirklichkeit haben die anständigen Behörden seit 4 Jahren energische Anstrengungen gemacht, um die Zahl der geheimen Schankstellen zu reduzieren. Daß dies auch erreicht wurde, weiß man, weil die Zentralregierung selbst den geheimen Schankstellen in den Prohibitionsstaaten die Patente erteilt, kraft deren jenen von ihrer Seite aus Straffreiheit zugesichert, und es ihnen überlassen wird sich mit den Behörden ihres Staates auseinanderzusetzen. So gab es zum Beispiel im Prohibitionsstaat Kansas auf je 10 000 Einwohner in den Jahren 1907 20, 1909 15 und 1910 5 auf diese Weise von der Zentralregierung bewilligte Patente, die indes nicht nur für geheime Schankstellen sondern auch für Drogerieen und Apotheken, denen der Verkauf alkoholischer Getränke gestattet ist, ausgestellt waren. Ganz hinfällig ist in meinen Augen die Verhaftungsstatistik, die Hepner bringt. Da der Begriff *Trunkenbold* in Amerika von einem Staat zum andern wechselt, ist es tatsächlich unmöglich derartige statistische Vergleiche anzustellen. In einem Brief an das *Schweizerische Abstinenssekretariat* hat auch das bundesstatistische Amt der Vereinigten Staaten gegen derartige Vergleiche Protest erhoben. Es hat dabei hinzugefügt, daß man eben im allgemeinen in den Prohibitionsstaaten bei Verhaftungen wegen Trunkenheit mit größerer Strenge verfährt. Nach einer offiziellen Gefängnisstatistik gab es im Jahr 1904 auf je 1 Million Einwohner in den gesamten Vereinigten Staaten 1006, in den nordatlantischen Staaten einschließlich Maines 1216, im Staat New York 1267, im Staat Maine 700 Gefangene. Somit steht Maine unbedingt recht günstig. Richtig ist, daß der Alkoholkonsum in den Vereinigten Staaten, nach einer vorübergehenden Abnahme im Jahr 1908, wieder steigt. Aber Hepner macht nicht darauf aufmerksam, daß auf die Prohibitionsstaaten nur ein ganz kleiner Teil des Alkoholkonsums entfällt. Eine Bundeskommission, die beauftragt war die Höhe der Alkoholsendungen in den Prohibitionsstaaten festzustellen, mußte anerkennen, daß dort dieser Konsum pro Kopf der Bevölkerung nur etwa ein Zwanzigstel von dem in den anderen Staaten beträgt. Was Hepner ganz vergißt, ist, daß die von ihm erwähnte Abstimmung in Maine vom September 1911 nur infolge der ungeheuren Anstrengungen des Alkoholkapitals zustande kam. Er vergißt, daß dies Kapital in den Vereinigten Staaten eine ganz mächtige Organisation besitzt, die über den politischen Parteien steht, sie korrumpiert, in der Wahlkampagne zur Abschaffung der Prohibition eine verzweifelte Tätigkeit entfaltete, das Geld mit vollen Händen ausstreute, die Stimmen und Zeitungen kaufte usw. Er vergißt, daß dieses gleiche Kapital in Texas bei einem ähnlichen Vorgang die Stimmen der Neger *en gros* kaufte. Hepner muß doch ehrlich gestehen, daß die Alkoholkapitalisten gegen die Prohibition nicht solche Anstrengungen machen würden, wenn die Prohibition den Alkoholkonsum steigerte statt ihn zu vermindern. Dies sind zunächst nackte Tatsachen, und das ist der Schluß, den der einfache Verstand daraus ziehen muß.

Andrerseits aber muß ich Hepner darin recht geben, daß Muckerei, religiöser

Formalismus und Geldkorruption in den Vereinigten Staaten eine ganz kolossale Rolle spielen. Es scheint mir sogar, daß Hepner in seiner Abneigung gegen die Muckerei die Höhe der kapitalistischen Korruption unterschätzt. Diese Korruption, diese Käuflichkeit, grenzt fast an die Rußlands, wenn auch in anderer Art. Ist es aber gerecht diese von der Herrschaft des Geldes herrührende Korruption der Prohibition in die Schuhe zu schieben? Nicht die Prohibition ist an der Heuchelei, an der Übertretung der Gesetze und an der Korruption schuld, sondern umgekehrt das Korruptionssystem, die Käuflichkeit, die Mißachtung der Gesetze und die schnöde Gewinnsucht des Alkoholkapitals vereiteln zu einem großen Teil den Erfolg der Prohibition. Ich bemerkte schon, daß es die Zentralregierung ist, die in den Prohibitionsstaaten Alkoholpatente erteilt, sich also absolut nicht um die Gesetze der einzelnen Staaten kümmert. Aus den gleichen Gründen, und weil der Import im ganzen Bundesbereich frei ist, können die Einzelstaaten, trotz aller Prohibition, die Einfuhr alkoholischer Getränke nicht verbieten. Daher ist der Begriff der *amerikanischen Prohibition* allerdings ein außerordentlich beschränkter und begrenzter. Es ist leider wahr, was Hepner schreibt, daß besonders die *Klubs* das Gesetz durch Privatverkauf in ihren Lokalen umgehen. Aus allen diesen Gründen entspricht das Wort *Prohibition* für die amerikanischen Prohibitionsstaaten seinem wahren Sinn nur ganz ungenügend, und die Abstinenten haben schon längst erkannt, daß Wandel in der ganzen Sache geschaffen werden müsse, daß das Gemeindebestimmungsrecht viel besser zum Ziel führt als die Staatsprohibition, und daß die Staaten das Recht zum Verbot des Imports haben müßten.

Was nun die religiöse Heuchelei und Muckerei angeht, so ist sie mir, dem Freidenker, gewiß nicht lieber als Hepner. Von heute auf morgen wird sie sich indes nicht beseitigen lassen. Hepner hat unrecht, wenn er die Begriffe *Prohibition* und *Muckerei* derart zusammenwirft; das läuft, ohne seinen Willen, darauf hinaus, daß man die Begriffe *Freidenkertum* und *Sozialismus* mit den Interessen des Alkoholkapitals in Zusammenhang bringt. Das wünscht doch Hepner sicherlich nicht, aber das ist eine Folge seiner Ausführungen. Statt die europäische Abstinenzbewegung als Gegensatz zur amerikanischen hinzustellen, sollte er jene Begriffe auseinanderhalten, dann käme er zu einem total andern Schluß. Man kann etwa sagen: Im Interesse des Sozialismus und einer künftigen, glücklichern Gesellschaftsordnung liegt der Kampf gegen die kapitalistische Korruption und Anarchie, wie sie in den Vereinigten Staaten blüht, liegt ebenso aber auch der Kampf gegen die Geistesknechtschaft der Muckerei und Heuchelei wie der Kampf um die Beseitigung des verrohenden, degenerierenden, verdummenden Alkoholkonsums. Verschieden sind die Waffen, die in jedem einzelnen dieser Kämpfe anwendbar wären. Den ökonomisch-politischen Kampf hat die Sozialdemokratie zu führen, die in den Vereinigten Staaten erst aufzublühen beginnt; worauf ich hier nicht näher eingehen will. Im Kampf gegen den gesellschaftlich-religiösen Glaubenszwang muß zugleich eine aufklärende Wissenschaft das freie Denken ausbreiten. In diesem Kampf muß auch eine für das Diesseits gültige Moral aufgebaut werden. Eine Moral, die schon das Kind und den Menschen überhaupt von seinen sozialen Pflichten überzeugt sein läßt, die zugleich möglichst viel Trost und erhebende Gefühle bietet, auch ohne ein Paradies nach dem Tode zu versprechen. Hier sind Aufbau und Aufklärung furchtbar nötig, speziell in den muckerischen Vereinigten Staaten, die immerhin den großen Vorzug haben keine Staatskirche zu besitzen. Bei uns

in Europa haben wir unbedingt vor allem den Zwang der Staatskirchen zu beseitigen, aber wir haben ebenfalls die gleiche Aufklärungsarbeit und den gleichen sozialethischen Aufbau nötig. Im Kampf gegen den Alkoholgenuß muß eine wahre Prohibition jenes sozialen Volksgiftes, wie aller Volksgifte überhaupt (Äther, Indischer Hanf, Opium, Morphium, Kokain, Phosphorzündhölzchenfabrikation usw.), unser Endziel sein. Das will nicht heißen, daß wir von heute auf morgen unzweckmäßige Prohibitionsgesetze erzwingen sollen. Diese sollen vielmehr das Endergebnis langjähriger Aufklärungsarbeit der Abstinenzorganisationen werden, wie wir sie jetzt in Schweden, Island, Norwegen usw. sehen. Es leuchtet ein, daß diese Frage mit dem religiösen Glauben oder Unglauben gar nichts zu tun hat, daß sie vielmehr rein sozialhygienischen Charakter trägt.

Wenn die amerikanischen Prohibitionisten darin gesündigt haben, so ist das noch kein Grund das Kind mit dem Bade auszuschütten. Deshalb täte Hepner im Interesse des Sozialismus viel besser nicht das Prohibitionsgesetz des Staates Maine zu verurteilen sondern selbst in den Vereinigten Staaten eine freidenkerische, rein sozialhygienische Abstinenzbewegung zu organisieren, um die ganze Frage auf richtigen Boden zu stellen. In Europa hatten wir sozialhygienische Abstinenten vor 25 Jahren die gleichen Dinge zu überwinden. Alle damaligen Abstinenzvereine waren kirchlich. Wir mußten erst die wissenschaftlich-soziale Abstinenzbewegung gründen. Man lachte uns anfangs aus; heute aber bilden wir eine Macht, mit der man bereits zu rechnen beginnt, und mit der man immer weiter wird rechnen müssen. Wenn Hepner das gleiche in Amerika unternimmt, wird er freilich sofort das ganze amerikanische Alkoholkapital sich zu Feinden machen, und in begreiflicher Begriffsverwirrung wird man ihn anfangs mit den *Muckern* zusammenwerfen (das passierte auch Bunge und mir zuerst, heute jedoch nicht mehr). Er kann sich aber trösten. Eine gute und mutige Tat trägt schließlich doch ihre Früchte. Man soll sich eben in solchen Fällen nur wehren und mit ebenso großer Energie seine freidenkerischen Ansichten wie seine Alkoholfeindschaft auf seiner Fahne tragen. Dabei stets durch das persönliche Beispiel der Nüchternheit und des ehrlichen Lebenswandels die Verleumder und Mucker zuschanden machen, die jeden in ihrem Sinn Ungläubigen für einen Schurken erklären möchten.

Zur Beseitigung der schlimmsten sozialen Krebsübel wird man wohl ohne Zwangsmaßregeln nicht auskommen. Auch Hepner dürfte kaum für Freigabe der Opiumrauchstuben und für freien Verkauf des indischen Hanfs, des Morphiums und des Kokains eintreten. Sozialismus ist nicht individualistische Anarchie. Gesetze für das soziale Recht und das soziale Wohl wird man stets brauchen, solange der Mensch Mensch bleiben wird.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

# HENRY VAN DE VELDE · DIE ENTSTEHUNG DES MODERNEN KUNSTGEWERBES

MEHRMALS wurde ich in letzter Zeit gefragt, was wohl die Ursache des Erfolgs gewesen sein konnte, den die Renaissance des Kunstgewerbes auf dem Kontinent erzielte, und der das Bild unserer Städte und Wohnungen so vollständig veränderte. Wie konnte es geschehen, daß diese Bewegung so rasch und leicht sich das Publikum des Kontinents, und insbesondere das deutsche, eroberte, während

doch die Renaissance des Kunstgewerbes in England, die Ruskin und William Morris vor etwa 50 Jahren angeregt hatten, sich nur sehr langsam und auf Kosten von Kräften einführen ließ, die nicht nur das ganze Leben dieser beiden genialen Männer forderten sondern auch das von anderen, wie Walter Crane, Voysey, Cobden-Sanderson usw.? Der Grund ist meines Erachtens darin zu suchen, daß unsere jetzige Menschheit mehr aus Verstandes- und Vernunftmenschen besteht als aus Gefühlsmenschen. Der Grund liegt darin, daß die moralische Krisis, die Ruskin und Morris heraufbeschwören wollten, an das Herz ihrer Zeitgenossen rühren sollte, während seit den ersten Anfängen der Renaissance des Kunstgewerbes auf dem Kontinent wir an die Vernunft des Menschen appellierten.

Ruskin und Morris bemühten sich die Häßlichkeit aus dem Herzen der Menschen zu vertreiben, wir dagegen predigten, daß man sie aus ihrem Hirn vertreiben müsse. Und wenn jene auf so viel Schwierigkeiten stießen ihr Ideal durchzusetzen, so lag der Grund darin, daß sie der Menschheit eine Gefühlsmoral aufdrängen wollten, wo es doch weit leichter ist ihr eine Vernunftmoral beizubringen; ebenso wie man ihr eine Schönheit, die sie mit Verstandesmitteln zu erfassen, zu verfolgen und zu beweisen vermag, leichter nahebringen kann als eine Schönheit, die sie nur mit dem Gefühl begreifen und erreichen könnte. Die Moral, wie sie Ruskin predigte, fußte auf einem religiösen Gedanken: Häßlichkeit beleidigt Gott und Menschen, und das Volk, das in Schönheit leben will, muß ohne Laster und gläubig sein. Die Moral, die W. Morris predigte, gründete sich auf einen Gedanken von Großherzigkeit und Menschlichkeit, der die Verwirklichung der vielseitigen Sehnsucht nach Schönheit von besser geordneten sozialen Verhältnissen abhängig machte. Für ihn war jede Rückkehr der Schönheit ausgeschlossen, solange nicht jeder Arbeiter, jeder Mann aus dem Volk das Bewußtsein seiner Menschenwürde, der Würde seiner Arbeit, der Würde des arbeitenden Menschen wiedererlangt hätte.

Die Häßlichkeit beleidigt den Menschen, nach Morris, aber sie ist die Folge der Verderbtheit seines Herzens. Ich hingegen predigte, sobald auf dem Kontinent ein Schein von Bewegung zur Bekämpfung der Häßlichkeitsüberflutung zu verspüren war, daß sie kein Attribut der Gottlosigkeit und des Teufels sei, und daß auf das Herz des Menschen bauen auf Sand bauen hieße; daß aber die Häßlichkeit eine dauernde Kränkung des Menschen sei, eine Verhöhnung seiner Vernunft. So stellte ich der Formel religiöser Überspanntheit Ruskins und der aus Güte und Illusionen bestehenden Formel Morris' die wissenschaftliche Formel gegenüber, die meine Überzeugung bekundete: daß die Schönheit der Dinge darin beruhe, daß sich ihre Form mit dem von ihnen erwarteten Gebrauch vollkommen deckt. Es ist bekannt, daß die Deklamationen Ruskins und sein gefühlvolles und religiöses Vorgehen hauptsächlich solche mit sich fortzogen, die nichts gegen die Häßlichkeit vermochten: diese Gemeinde von amorphen Geschöpfen, deren Herzen bei dem geringsten begeisterten Aufruf eines Mannes von Eingebung, von Enthusiasmus, ja nur von Auflehnung gegen eine Ungerechtigkeit schmelzen. Diese amorphe Masse geht weder vor- noch rückwärts; sie schwankt von rechts nach links, fühlt sich von Eingebung und Enthusiasmus hingerissen und schreit ohne Maß gegen Ungerechtigkeit, vorausgesetzt, daß sie ihr mit Eklat aufgedeckt wird, aber sie handelt niemals; sie bildet die Gemeinde, die vom nihilistischen Prediger zum Theosophen überspringt. Aus ihr bestanden auch die Anhänger Ruskins: die

Menge, die die Arme flehend zum Himmel hob, daß er sie von der Herrschaft der Häßlichkeit erlösen möge.

Um die Häßlichkeit zu bekämpfen, empfahlen meine großen Vorgänger nicht die Wege, die über unsern Verstand zu immer vernünftigeren und logischeren Lösungen führen konnten, sie empfahlen nicht jeden Gedanken, jedes Formenproblem immer wieder von neuem aufzunehmen und vor keiner Konsequenz, vor keinem Endresultat zurückzuschrecken. Um die Häßlichkeit zu bekämpfen, empfahlen Ruskin und Morris die Betrachtung und die Nachahmung der schönsten Dinge der Vergangenheit. Und damit begrenzten sie die Nutzanwendung ihrer Wirkung, die nur von den jungen Leuten der englischen Gesellschaft, die in Oxford erzogen worden waren, verstanden und genossen werden konnte; von solchen, die auf den Genuß und das Verständnis dessen vorbereitet waren, was die Umgebung und das Leben der englischen Universitäten ihnen an Auserlesenem und Überliefertem bot. Ruskin und Morris waren beide Fanatiker des Mittelalters. Der eine fand dort den Resonanzboden seiner eigenen Empfindungen, die in der Schönheit eine eigene Religion erblickten und ohne Religion keine Schönheit anerkannten. Der andere fand in dieser Zeit den schlagenden Beweis für das, was er als Bedingung *sine qua non* für die Rückkehr von Schönheit und Glück unter uns, für die Unabhängigkeit und Würde des Kunsthandwerkers aufgestellt hatte. So haben uns weder Morris noch Ruskin die Bahn gewiesen, an deren Ende wir die Schönheit finden sollten, die das Gepräge unserer Zeit tragen würde, und die sich in dem den Bedürfnissen von heute, den verschiedenartigen Bedürfnissen der heutigen Zeit angepaßten Äußern offenbaren sollte.

An dem Tag, an dem wir ausgingen die Art und den Sinn der modernen Schönheit zu entdecken, waren unsere Hände leer, und unser Hirn eher mit gefährlichen Begriffen angefüllt. Wenn ich heute an die Formeln denke, die ich in jener Zeit durch die Lektüre des *Kranzes von Olivenzweigen*, der *Sieben Leuchter der Baukunst* und der *Steine von Venedig* in mir angesammelt hatte, so habe ich allen Grund zu erschrecken, und ich möchte darauf bestehen, daß man Ruskins Bücher von jungen Leuten fernhält, die von der Idee der Rückkehr der Schönheit besessen sind, diese Bücher, in denen der Autor gutgläubig lehrt, daß die wahre Architektur erst mit den ornamentalen Beigaben beginnt, die für den erwarteten Gebrauch, für das, was man hatte errichten wollen, überflüssig sind; wo gesagt wird, daß alle gute Architektur notwendigerweise religiös sein müsse und nicht das »Machwerk eines skeptischen, verderbten Volkes«. Tausend solcher Aussprüche gaben mir zu denken, daß die Richtung, in die Ruskin uns zu treiben suchte, nicht entschlossen allem den Rücken kehrte, was für uns die Häßlichkeit ausmacht, und vor allem dem Überflüssigen, das uns so häßlich erscheint, weil es eben überflüssig ist. Auch Morris bot uns kaum mehr Sicherheit. Er hatte niemals versucht uns etwas anderes zu predigen als das: Euer Geschmack muß so sicher werden wie der meinige, wendet euch so zuversichtlich wie ich zu den Quellen und wertvollsten Dokumenten des Mittelalters und der Kunst des Orients, wiederholt die gleichen Gegenstände und benutzt die gleiche prachtvolle Ornamentik! Gut, das ist ein Mittel nicht irre zu gehen, aber es ist keines, um vorwärts zu kommen. Aber jetzt drängte uns das Leben vorwärts und richtete alle seine Anforderungen erhaben vor uns auf.

Gerade um die Zeit, als W. Morris starb, ging ich daran einen eigenen Herd zu gründen, und der Gedanke daran erfaßte mich in seiner ganzen Fülle an Ernst und Verantwortlichkeit. Ich war so geartet und so vorbereitet, daß es mir wichtiger als irgendetwas sonst erschien die Frau, die mit mir gehen wollte, vor Häßlichkeit zu schützen, vor jedweder Häßlichkeit, und ein Heim zu errichten, wo die Kinder, wenn uns welche geboren werden sollten, vor Häßlichkeit bewahrt blieben, vor jeder ihrer Berührungen, selbst bevor sie noch ihrer bewußt würden. Diese Tatsache bestimmte meinen Beruf in einem Alter, das gewöhnlich etwas Sichergestelltes aus uns macht, einen Kaufmann, Industriellen, Arzt, Advokaten oder Künstler, diese Tatsache machte aus mir mit einem Schlag das, was ich bisher nicht war: einen Architekten, einen Entwerfer von Möbeln, Beleuchtungskörpern, einen Zeichner von Tapeten, Stoffen, Teppichen und Glasfenstern. Ich mußte in kurzer Zeit und ohne technische Vorbereitung alles verwirklichen, alles, woraus ein Haus besteht. So war es die Befriedigung meiner persönlichen Bedürfnisse, die mir den Stift in die Hand gab und mich vor das Reißbrett, die Reißschiene und den Winkel setzte. Es schien mir, als gäbe es nur diesen einen Weg, besonders da ich aus zwingenden Gründen mich nicht zu dem Weg der Einrichtung à la Morris entschließen konnte, die sich nur darin von der auf dem gewöhnlichen Weg wohlgestellter Leute erworbenen unterschieden hätte, daß sie anstatt von renommierten Antiquitätenhändlern Brüssels, Münchens oder Berlins zu stammen aus den Werkstätten von *Merton Abbey* neu, aber mit dem täuschenden Aussehen alter Sachen hergekommen wäre. Ich konnte mich auch nicht dazu entschließen mich in die Hände Gustave Serruriers, meines Vorgängers auf dem Kontinent, zu geben, der seit einigen Jahren Möbel entwarf und herstellte, die mit allen Überlieferungen bekannter Formen brachen. Es wäre zu weitläufig, wollte ich hier auf die Rolle Serruriers weiter eingehen. Ich habe es an passender Stelle in meinen Schriften getan und berichtet, daß Serrurier der erste Künstler war, der auf dem Kontinent die Absicht zeigte mit den Formen von Möbeln zu brechen, die sich seit dem *Premier empire* von Verirrung zu Verirrung weiter schleppten. Serrurier hat niemals Ästhetik getrieben, niemals Programme aufgestellt, er bezog in keinem Punkt seine Anregung von Morris, kannte keine Formel Ruskins. Aber durch ihn lernten wir in Brüssel, vor allen übrigen auf dem Kontinent, die fröhlichen, leichten, lebendigen und gewagten Erzeugnisse kennen, die von England wie ein wohltuendes kindliches Lachen ausgingen, und die durch Morris' Nachfolger hergestellt wurden. Es waren die Tapeten, die Cretonnes von Voysey und Walter Crane, die Seiden und Samte, die Keramik und die kleinen naiven, ehrlichen Möbel von Liberty; alle diese Dinge, die uns um 1892 entzückten, so ehrlich und klar war ihre Einfachheit, so wohltuend und frisch ihre Farben, so einleuchtend und versöhnlich die Echtheit und der Sinn ihrer Formen.

Der Kreis der jungen belgischen Künstler wurde von jenen Dingen buchstäblich berauscht; jeder von ihnen pilgerte nach London und kehrte mit Tapetenrollen, Cretonnemustern oder Gegenständen aus Kupfer zurück, die er dort entdeckt hatte, so wie man aus Rom oder Athen einige Steine, das Bruchstück einer Vase heimbrachte, um die Kameraden mit der gleichen Andacht teilnehmen zu lassen. Emile Verhaeren, der von jeher der Fahnenträger der Künstlergeneration gewesen ist, zu der ich gehöre, ließ sich zeitweise in London nieder, und wir scharten uns dort um ihn und machten Entdeckungen auf

dem Gebiet der Architektur und des Kunstgewerbes, die für uns mit zu den wichtigsten Ereignissen des Jahrhunderts zählten. Wir gingen, wie es immer bei solchen Entdeckungen der Fall ist, von dem, was jetzt entstanden, zu dem, was erst da war. Wir gingen den umgekehrten Weg, von Liberty zu Morris, von den großen Kaufhäusern der Regent Street zu dem bescheidenen Laden in der Oxfort Street, von Morris zu Ruskin. Erkannten wir nicht, auch in der englischen Malerei erst Whistler, den perfekten Dandy, und dann Turner, den trunkenen Stürmer? Serrurier wies uns den Weg, und dafür zeigten wir uns undankbar; jetzt, da wir die Quelle kannten, empfanden wir nur noch Gleichgültigkeit für den, der uns zu ihr geführt hatte.

Das lag daran, daß unsere Gruppe doch mit einer andern Geistesqualität ausgestattet war als der kluge Fabrikant und Architekt aus Lüttich. Wir waren an der Quelle eines Geistes aufgewachsen, der ebenso in den *Serres chaudes* Maeterlincks und durch die Werke Mallarmés, Verlaines, Laforgues, Villiers de l'Ile Adams, Rimbauds und Corbières gebildet worden war wie er sich mit Altruismus und Großherzigkeit an der Quelle der Werke russischer Romanschriftsteller und radikalster Soziologen, mit denen wir mit Vorliebe verkehrten, getränkt hatte. Auf einer Seite das *L'art pour l'art* und die Gefahren eines Kultus, der jeden Inhalt der Form opferte, auf der andern die unwiderstehliche Anziehungskraft sich dem allgemeinen Wohl, der Verwirklichung der *Cité future*, der *Humanité nouvelle* zu opfern. Wenig junge Leute haben es nötiger gehabt als wir sich an etwas zu halten, was eine Struktur in all das Gefahrvolle, Raffinierte, Unzusammenhängende in unseren ästhetischen und sozialen Begriffen gebracht hätte. Es scheint aber, daß die meisten unter uns sie gefunden haben. Wie wertvoll wäre es, wenn jeder von dieser Generation junger Belgier, der Verhaeren, Maeterlinck, van Lerberghe, Max Elskamp, Théo van Rysselberghe, bekennen wollte, was eigentlich dieses Etwas gewesen ist, das die Richtung und Art seines Strebens und seiner Werke bestimmte. Was mich betrifft, so war ich schon am Beichten. Ich sagte schon, daß die Verantwortung eine Heimstätte zu errichten das aus mir machte, was ich bis dahin nicht war, und die moralische Krisis hervorrief, die meine Anfänge in der Architektur und im Kunstgewerbe kennzeichnete. Ohne einen andern Führer als mich selbst und ohne eine andere Stütze als die vollkommene Ahnungslosigkeit auf dem Gebiet der Dinge, die ich schaffen, für mich schaffen sollte und obendrein voll unwiderstehlichen Dranges diese Dinge der Art und den Bedürfnissen der Jetztzeit anzupassen: woran sollte ich erkennen, ob ein Gegenstand, der für das Leben, für ein Heim unentbehrlich ist, schön sei oder nicht? Woran, wenn nicht an der Augenscheinlichkeit, mit der er uns seinen Zweck bekundet, und an der Art, wie er auffordert von ihm Gebrauch zu machen? So formulierte ich, zuerst für mich selbst, diese Eigenschaft, die das moralische Prinzip der Werke der Architektur und des Kunstgewerbes ausmacht. Diese Werke sind moralisch, wenn sie sind, wie sie sein sollen, so daß wir den Zweck ihres Daseins erkennen, ihres Daseins in unserer Mitte, und die Dienste, die sie uns leisten sollen. Sie sind unmoralisch, wenn wir ihre Bedeutung mißverstehen können, wenn sie sich uns unter einer rhetorischen Maske von Ornamenten zeigen, unter deren naturalistischer oder symbolischer Bedeutung sie ihre eigene Bedeutung verbergen. Sie sind unmoralisch, wenn sie uns über die Art und Qualität des Stoffes, aus dem sie gebildet sind, zu täuschen suchen.

In der Zeit, als ich zum erstenmal dies Prinzip von der Moral in den Werken der Architektur und des Kunstgewerbes verkündete und von den Grundlagen, auf denen wir suchen wollten die moderne Schönheit aufzubauen, eine Grundlage aus Vernunft und Folgerung, war man recht weit davon entfernt den Gegenständen die Eigenschaft moralisch oder unmoralisch zu sein zuzuerkennen; man war weit davon entfernt die Schönheit in der Richtung einer naturgemäßen und rationellen Konzeption zu suchen. Im Gegenteil: Hörte man nicht sagen, daß ein Tisch, ein Schrank oder ein Haus so schön sei, daß man kaum vermuten sollte, daß es ein Tisch, ein Schrank oder ein Haus ist? In den *Prinzipiellen Erklärungen*, die vor etwa 10 Jahren veröffentlicht wurden, beschrieb ich einige Dinge aus dem Gebiet der Architektur und des Kunstgewerbes, die ohne Widerspruch die Bewunderung des Publikums genossen (die übrigens insofern zu entschuldigen war als die meisten dieser Dinge, deren Sinnlosigkeit ich aufdeckte, sich in Museen befanden, wo sie als Beispiel für den Handwerker und auch für das Publikum dienen sollten). Heutzutage empört sich unser Verstand gegen alles, was einem Gegenstand an Groteskem, Lügenhaftem anhaftet, und eben weil ich überzeugt war, daß unser Gehirn weniger verderbt sei als unsere Augen, daß diese ohne Gegenwehr ertrügen, was unser Gehirn nicht ertragen könnte, sobald es aufgefordert würde sich Rechenschaft abzulegen, eben darum wurde ich veranlaßt verzweifelt die Vernunft anzurufen. Wie wäre auch sonst ein Publikum zu packen, das nach Ruskin, »zu skeptisch und verderbt« ist, um nicht deutlich für alle Zeiten, sei es durch schlechte Kunst sei es durch Mangel an Kunst, »sein Laster und seine Schwächen« zu kennzeichnen, das zu selbstsüchtig ist, setzen wir hinzu, um auf irgendeinen materiellen Vorteil zu verzichten, auf eine Möglichkeit andere zu übertreffen, zu unterdrücken und Leiden zu schaffen, was die großherzigen Gefühle eines Morris' empörte? Man mußte es am Hirn und nicht am Herzen packen, dieses Publikum, das wir hinnehmen wollen wie es ist, ohne übertriebene Liebe und ohne Verachtung, das wir aber von der Häßlichkeit erlösen wollen, wie die Ärzte das Menschengeschlecht von Krankheiten befreien wollen. Es kann sein, daß um uns alles verkehrt steht, aber wir denken wenigstens gerade und mit mehr Folgerichtigkeit denn je. Und sogar um etwas sehr Verwerfliches zu erreichen, muß man gerade denken, mit Logik und Konsequenz. Man muß für das Gelingen einer Schwindelei, und um der Strafe für ein Verbrechen zu entgehen, ebenso richtig denken wie um eine gute Tat auszuführen oder eine Handlung auf dem gesellschaftlich üblichen Weg. Es ist nicht unsere Schuld, wenn unsere Zeit diese Gabe eher dazu benutzt, um etwas Schlechtes, Selbstsüchtiges zu erreichen als um Gutes zu tun.

Handeln wir also einstweilen als Arzt, als Wissenschaftler, suchen wir die Formel, die, wenn sie auch nicht die Alleinherrschaft der Schönheit auf Erden verspricht, so doch die Überflutung mit Häßlichkeit aufhält. Ruskin und Morris haben daran gearbeitet den Keim des Häßlichen zu finden, sie haben ihn aufgedeckt und isoliert. Sie haben beide versucht ihn mit retrospektiver Schönheit zu behandeln und zu bekämpfen. Das Mittel hat sich jedoch als unwirksam und unzulänglich erwiesen; die Schönheit kann als alleiniges Gegenmittel die Häßlichkeit nicht zerstören. Häßlichkeit kann weiter bestehen, auch wo Schönheit vorhanden ist. Aber im Gegensatz zu diesem Ergebnis erkannten wir, daß die Häßlichkeit der Wirkung der Vernunft und des Verstandes nicht widerstehen kann. Das ist die Wahrheit, die wir fanden.

Das wirksame und vorbeugende Verfahren wäre also das der rationellen Konzeption. Es kann sein, daß Herr de la Palisse, dessen Schicksal es war nur alltägliche Wahrheiten zu äußern, durch meinen Mund diesen Grundsatz hier ausspricht; aber auf dem Gebiet der Architektur und des Kunstgewerbes war er früher keineswegs gebräuchlich. Wenn ein Kunsthandwerker ein Bett machen wollte, zog er dann wohl seinen Verstand zu Rate, um zu erkennen, aus welchen unentbehrlichen Bestandteilen sich ein Bett zusammensetzt? Nein, er dachte an die Formen von Wiegen, von Schlitten, und seine Phantasie setzte einen Amor auf das Bettende, damit er uns in das Paradies Mohammeds führen solle. Wenn er einen Beleuchtungskörper machen wollte, ging er wohl auf andere Art vor als sich damit zu beschäftigen, auf welche Weise er mittels Metall und Glas einen Blumenkorb, eine aus Steinen funkelnde Krone am schönsten herstellen könne, und wie er durch diese Vortäuschung das verbergen könnte, worum er seine Vernunft hätte befragen sollen, nämlich wie er am besten die Röhren zu den Gashähnen, die Leitungsdrähte zu den elektrischen Birnen führen könnte? Dieser Gedankengang wäre eben sachlich gewesen. Die Häßlichkeit hält nicht unserer Vernunft stand, die sich weniger um die Schönheit als um die vollkommene Zweckmäßigkeit, um die Logik der Wahl des Materials, um das Zusammenwirken der verschiedenen Organe bemüht, aus denen der Gegenstand, den wir zu schaffen suchen, zusammengesetzt sein soll. Also heißt es zunächst mit dem Verstand operieren und mit dem ganzen ornamentalen Kram von Blumengehängen und Girlanden, Urnen und Obelisken, Masken und Fabeltieren aufräumen.

Mag sein, daß der Gegenstand, der so erzeugt wird, nackt und nüchtern wirkt, naiv und dürftig. Aber ist nicht jeder Stoff und jede Konstruktion im Besitz einer Eigenschaft, die nicht weniger wesentlich ist als ihr praktischer Wert und Sinn? Dies besteht in ihrer Fähigkeit auf unsere Sinne erregend zu wirken. Ohne die Vermittelung des Künstlers, ohne das Wunder der Kunst und einer ausgesprochen ästhetischen Empfindsamkeit bleibt diese Fähigkeit unwirksam und ohne Folgen. An sich ist kein Material schön. Auch keine Konstruktion ist an sich schön, und doch läßt sich die eine beleben, läßt die andere ihren Sinn in dem Maß verklären, daß beide Empfindungen in uns hervorrufen können, die sich vom leisesten Reiz bis zu völliger Trunkenheit steigern. Durch das Wechselspiel von Licht und Schatten geschieht es, durch die Beziehung der Größenverhältnisse, durch Betonung einzelner dynamischer Momente, durch die Tatsache, daß die Linie das Auge um die Gegenstände, um die Gebäude herumführt, die Linie, die den Stoff bearbeitet, aushöhlt, erweitert und zusammendrängt: Durch alle diese Vorgänge geschieht die Belebung des ursprünglich toten Stoffes, der ursprünglich abstrakten Konstruktionen.

Haben wir nicht das erhabene Beispiel eines Monuments, naiv und dürftig, nüchtern und nackt aus dem Gehirn entsprungen, das aber das Genie einer Rasse, den Göttern verwandt, mit so magisch kunstvoller Behandlung durchtränkte und belebte, die ihr ihre Sensibilität, weit mehr als ihre Vorstellungsgabe, eingab, daß es uns noch heute, wo es Ruine ist, wie eine lebenspochende Schöpfung erscheint? Der griechische Tempel erhebt sich, wie Ruskin es ausdrückt, »unfehlbar« vor uns, »strahlend, in Klarheit gelöst und seiner Herrschaft bewußt«.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

# WILHELM HAUSENSTEIN · COURBET

## Der Fall Courbet

ICH schlug dieser Tage die Notizen nach, die ich mir von einem ausgezeichneten Kolleg über die Geschichte der Malerei des 19. Jahrhunderts aus meiner Studienzeit aufbewahrt habe. Der Dozent war einer der geschmackssichersten deutschen Kunstgelehrten. Dennoch brachte er über Courbet Epigramme fertig wie diese:

»Höchst äußerlicher Maler; Künstler ohne Stil; falscher Realismus des Theatermalers; ein Mensch, der sich inszenierte; ein dummer Kerl; einer, der von seinen Vorbildern das Äußerlich-Technische übernimmt, ohne den Geist der Altmeister mitzuübernehmen; ein Nurtechniker wie Trübner . . . . .«

Ich schlug weiter die von Coulin zusammengetragenen Äußerungen anderer Kunsthistoriker über Courbet nach. Einige Beispiele:

Paul Mantz: Courbets Bettler sind »des loques inhabitées«; »der innere Mensch tangierte ihn kaum«; er war nicht einmal ein guter Landschafter, denn »wie sollte der, dem die Leiden und Sehnsüchte des menschlichen Herzens ein Buch mit sieben Siegeln waren, den geheimnisvollen Gesang der großen Wälder begreifen?«
Camille Lemonnier: »Il n'est pas descendu dans les profondeurs de la vie.«
Coulin selber: »Wenn die Kunstäußerung nichts ist als materialisiertes Gefühl, können Courbets Tendenzbilder nicht im ganzen Sinne ästhetisch glaubhaft werden. Sie vermögen nicht durch ihre eigenen künstlerischen Werte, denen der Stoff nur als Gefäß dient, das Leben zu heben und zu erweitern; darum scheiden wir Courbet aus der Reihe sozialistischer Künstler aus, unter denen es viele Maler von geringerem Talent als den *peintre animal* gibt, keinen aber von so geringer Selbsterkenntnis und darum von so wenig wirksamem, ehrlichem Gefühl.«[1])

Genug dieser Urteile, die Richtiges grotesk verzerren und damit zum Mißverständnis prägen. Wenden wir uns lieber einem andern Kritiker zu, der dem Fall Courbet mit tieferen Einsichten begegnet. Ich meine Meier-Graefe, dessen geniale Monographie *Corot und Courbet* dieser Tage in neuer Auflage erschien. Sie veranlaßte mich die angeführten Äußerungen nachzublättern. Aber auch Meier-Graefe selber, dessen Urteil turmhoch über den anderen Urteilen steht, läßt mir Probleme. Wie stellt er sich zu Courbet? Er hält nichts von Courbets Sozialismus. Um so leidenschaftlicher genießt er die Größe des reinen Malers, und er dichtet auf ihn einen wundervollen Dithyrambus, der den Maler Courbet mit den ganz Großen in eine Reihe stellt. Überschätzt er den Maler? Überschätzen ist überhaupt keine Kategorie, wo es sich um eine echte Künstlerschaft des Malers und des Kritikers handelt. Man muß es anders ausdrücken. Meier-Graefe gibt sich mit einer so beneidenswerten Energie in das abstrakt-unpersönlich nacherlebte Schaffen dieser Kunstdynamik hinein, daß die Essenz Courbets und die seines Interpreten ineinander übergehen und sich gemeinsam zu einer absoluten Vollendung läutern. Was bleibt uns noch zu tun? Etwas sehr Bescheidenes: Courbet durch ein schwächeres Temperamentsmedium anzusehen. Eine Aufgabe ohne Ehrgeiz. Aber vielleicht doch eine Aufgabe. Es ist vielleicht gut, wenn es Leute gibt, die ein Phänomen wie Courbet minder bedingungslos durchleben. Gut nämlich da, wo sich einer die Aufgabe stellt das anzudeuten, was, nach Abzug aller hochgesteigerten subjektiven Empfängnisgefühle, als objektiver Bestand etwa übrig bleiben mag. Es ist die Methode, die den Richtpunkt ihres Verantwortlichkeitsbewußtseins in den Interessen der Massen suchen muß: eine Methode, die neben den Ansprüchen der durchgebildeten Genießerpersönlichkeit ihre Rechte hat und das Verständnis für diese An-

[1]) Siehe Coulin *Die sozialistische Weltanschauung in der französischen Malerei* / Leipzig 1909 /, pag. 172 ff

sprüche überhaupt erst vorbereitet. In jenem einen Punkt freilich ist mir Meier-Graefes Temperament nicht positiv genug: Da, wo es sich um Courbets Sozialismus handelt. Mir und vielen anderen ist Courbet ein ζῶον πολιτικόν, und nicht allen erscheint der Sozialismus für das Werk Courbets belanglos. Das ist der andere Grund, weshalb ich über Courbet einige Worte sagen möchte. Und abgesehen von diesen Gründen: Jeder erhebt den ganz naiven Anspruch die Reflexe mitzuteilen, die er aus irgend einem Verhältnis zu den wichtigen Dingen der Welt erlebt. Das ist im Grunde vielleicht skandalös. Aber es ist einmal die Art unserer Zeit; und am Ende überhaupt die Art des *homo sapiens*.

## Das Leben

ERSUCHEN wir einen einfachen Aufbau. Das Leben ist der Baugrund. Das Leben als Leben des Individuums und als Leben in der Gesellschaft.

Courbet kam am 10. Juni 1819 in Ornans, einem Städtchen der Franche-Comté, zur Welt. Die Courbets waren eine angesehene Kleinstadtfamilie und erfreuten sich eines hübschen Grundbesitzes, der bei dem burgundischen Dorf Flagey gelegen war. Animalisches Heimatsgefühl wie das der Herde, die ihren Weg zum Stall selber findet, trieb den Maler immer wieder in die Landschaft und Gesellschaft dieser Orte zurück. Beide, Landschaft und Gesellschaft, haben etwas Sinistres, verschlossene Horizonte, ein unerhört spezifisches Stigma, etwas Erdhaftes. Aus Staub bist du geboren; zu Staub sollst du werden. Es ist nicht nur Courbets Interpretation, die das Wesen der Dinge so macht; es scheint die Natur der Dinge selber zu sein: die Rasse, das Idiom dieser ganzen Sphäre natürlicher und menschlicher Existenz. Man ist immer an das Tier erinnert: so hellseherisch scharf und so dumpf zugleich wie Courbet und seine Rasse muß das Tier die Dinge anschauen.

Der Vater hatte eine geizige und etwas eitle Bauernnatur. Die Mutter, in deren Aszendenz sich literarisches Großstadtblut fand, war sehr zart, sehr fromm und äußerst charitativ. Im Hause Courbet war man musikalisch. Mancher dieser Züge scheint sich im Wesen Courbets und seiner Kunst geschwächt und gesteigert fortzusetzen. Nicht am wenigsten das Musikalische. Das *Begräbnis zu Ornans* war mir immer (auch bevor ich von den musikalischen Neigungen der Courbets, von dem burgundischen Singen des Malers etwas gehört hatte) mit musikalischen Assoziationen verbunden: das nahe, vorgeschobene Gedränge der Kleinstädter und die sonderbar bedeutungsvolle Verengung des Gesichtsfeldes durch die Kalkfelsen von Ornans ergänzten sich mir durch die Vorstellung einer jener kurzatmig geblasenen, harten, in lauter kurzen Tonparallelen verlaufenden und unmelodisch wiedergegebenen Trauermusiken, die man bei kleinstädtischen Beerdigungen von Blechkapellen zu hören pflegt. Zuweilen aber verwandelt sich in Courbets Kunst das Unliebliche, Anmutlose zu einer merkwürdig melodischen Lyrik: so in gewissen Frauenaktkompositionen, etwa dem *Réveil* von 1864. Die Musik ist da zwar nicht Delacroix oder Tizian; sie ist ohne Orchestration. Sie hat fast etwas von den dünnen Klängen des Klassizismus, wie man sie etwa bei Ary Scheffer empfinden mag. Das Musikalische geht gerade in dem genannten Bild im Sinn Scheffers bis zum Banalen und bleibt reichlich hinter Proudhon zurück.

Aber wir wollen nicht vorgreifen. Noch ist Courbet nicht Maler. Er drückt die Bänke eines Provinzgymnasiums und ist von einer einzigartigen Faulheit des Schulintellekts. Er verläßt das Gymnasium von Besançon mit den Kenntnissen eines Volksschülers der 3. Klasse. Dann geht er auf die Kunstakademie dieser Stadt. Man kennt den schäbigen Betrieb auf solchen Provinzkunstschulen. Courbet legt eine offizielle Faulheit auf, treibt sich in der Umgegend herum, skizziert, raucht Pfeife auf Pfeife, trinkt Liter auf Liter von anerkennenswertem Burgunder, schwimmt wie ein Athlet und jagt wie ein Junker.

Der Vater will den wilden Hünen zu einem Advokaten machen. Courbet läßt sich darauf ein, um einmal nach Paris zu kommen. Aber er besucht kein Kolleg. Er bleibt Maler. Und er versöhnt den Vater, indem er ihm verspricht sehr berühmt zu werden. Er besucht das Atelier des Historienmalers Charles Steuben, eines Kulissenreißers im Stile Delaroches. Ernsthafte Anregungen gewährt nur der Louvre und mancher Ausflug in den Wald von Fontainebleau, der eben damals, 1841, beginnt ein Malerparadies zu werden.

Gesellige Stunden verbringt Courbet in den vierziger und fünfziger Jahren im Kreise Murgers, Baudelaires, Banvilles, Champfleurys, der als erster für Courbet Lanzen bricht. Der Ton dieses Kreises ist etwa der, den Murger selber in der *Bohème* schildert: Grisetten, Wein, Lyrik, auch Politik, und alles mit dem Bewußtsein, daß man, *la bohème*, ein Teil der sozialen Frage sei, und daß der Dichter wie der Maler und der Philosoph keineswegs mit dem König sondern mit dem *laboureur* zu gehen habe. Die Stimmung dieser Umwelt kommt in Dingen wie dem wunderbaren Baudelaireporträt von 1854 zum Ausdruck. Es ist etwas vom *misérable* und zugleich eine erschütternde, fürchterlich intensive Inbrunst in dem Bild des Baudelaire mit der goldgelben Kravatte und dem blauen Hemd, dem spanisch harten Schlaglichtakzent auf der angestrengten Stirn und mit dem sträflingsmäßig kurzgeschorenen Haar. Das Bild ist eine wahre *fleur du mal*. Es ist eine Stimmung wie auf den Elendsbildern der Lenains: ein proletaroider Ton von einer unheimlichen Verschlossenheit.

Und noch mit einem andern Mann hat Courbet Umgang. Das ist Proudhon. Er malt und radiert ihn mehrere Male. Am stärksten ist das Bild von 1867, das aus der Erinnerung gemalt ist. Es ist (man kann es nicht anders sagen) ganz eigentümlich *parterre*. Der Mann mit dem dogmatischen Professorenschädel, dem blauen Fuhrmannskittel und der harten, verbolzten Hose, der da auf seiner Haustreppe hockt und durch die Brille schaut, hat etwas von einer Seele, die trotz allem Verlangen nach Aufschwung ganz unten lebt, etwas entsetzlich Banausisches, Kulturfeindliches. Es ist ein Bild ohne befreienden Horizont; ein Bild von unglaublich runder, unglaublich begrenzter Form, fast distanzlos im Verhältnis zum Beschauer und darum in den Konturen unvermittelt, ohne jede Schwingung, ohne Fluidum, niederträchtig räsonnabel; wenn man es vergleichsweise sagen will: das denkbar schärfste Gegenteil der Form Correggios. Es ist fabelhaft präzis konstruiert, mit erbitterter Kompositionsmathematik gestellt, subaltern-rationell und dennoch, wenigstens bei gewissen Stimmungen des Beschauers, von einer schrecklichen Mystik: wie oft die Dinge, die man ganz nahe und ganz genau sieht.

Dieser Proudhon versteht nach eigenem Geständnis »nichts von der Kunst, hat nichts von ästhetischer Intuition, nichts von dem sentiment prime-sautier du goût, qui fait juger d'emblée, si une chose est belle ou non.« Dieser Proudhon

schreibt (fast darf man sagen: auf das Geheiß Courbets) ein Buch über die Kunst und ihre soziale Bestimmung. Courbet schreibt ihm Briefe über die ästhetische Erziehung des Menschengeschlechts, und es ist möglich, daß sie nicht besser sind als Proudhons Buch, das an die Dinge der Kunst nur eine kleinbürgerliche Mißgunst, nicht einen großzügigen Haß hinanträgt. Der Ausgangspunkt des Buches Proudhons ist ein Bild Courbets von 1867 (das heißt das Stoffliche daran, denn die an Goya oder Daumier gemahnende Formgroteske bleibt Proudhon gänzlich unzugänglich): die *Rückkehr der Pfarrer von der Konferenz.* Hier torkeln bezechte Pfaffen nach Hause. So recht ein Bild, um von Proudhon mißhandelt zu werden. Hier sieht man, du miserable Welt, »die radikale Unfähigkeit der Kirchendisziplin im Priester die strenge Tugend noch aufrechtzuerhalten, die man von ihm verlangt«. Noch schlimmer treibt es Proudhon mit der *Baigneuse* Courbets, dem an den Positivismus des Rubens gemahnenden Rückenakt einer Badenden. Die Kaiserin Eugenie hatte viel mehr Empfindung als Proudhon. Sie sagte, indem sie sich an ein von Rosa Bonheur gemaltes Arbeitspferd erinnerte: »C'est bien une percheronne?« Das Wort der erlauchten Indignation wäre vollkommen erschöpfend gewesen, wenn es nicht das Wort der Indignation gewesen wäre. Proudhon aber holt zu folgender Expektoration Atem:

»Wäre ich dabei gewesen, so hätte ich mir die Freiheit genommen den Hut zu lüpfen und Ihrer Majestät zu erwidern: Nein, Madame, diese Dicke da ist eine simple Bourgeoise, wie wir so viele haben; ihr Mann war unter dem Julikönigtum liberal, in der zweiten Republik reaktionär, und gegenwärtig ist er einer der loyalsten Untertanen des Kaisers . . . Jawohl, da ist sie: die typische Bourgeoise, vielschotig und fleischig [cossue et charnue], von Fett und Luxus deformiert, die Bourgeoise, in der die kissenhafte Massigkeit alles Ideale erstickt, die Bourgeoise, deren Beruf es ist eines Tages an ihrer Schlaffheit zu verenden.«

Es bleibt Proudhons Geheimnis, wie er aus diesem Bild, das mit einer strotzenden, bedingungslos bejahenden Lust an der feisten Form gemalt ist, solche feierliche Sozialpolitik herauslesen konnte. Gleichwohl ist das Soziale in dem Bild. Aber nicht in der Form eines Protestes gegen das gute Essen sondern in der Form einer plebejischen Zustimmung zum animalischen Genuß. Von dieser Art sind die Umsetzungen demokratischer Zeitvitalität in die Dinge der Kunst. Proudhon hätte es bei Rubens (dem Plebejer Rubens, der dem Werk des Humanisten Rubens die Materie liefert) und bei Rembrandts Akten und auch bei Jordaens oder den niederländischen Bauernmalern lernen können.

Immerhin ist Proudhon für Courbet nicht ganz belanglos. Auch Proudhon bedeutet für Courbets Lebenskraft eine Vermittelung des Kontakts mit den entscheidenden Kulturproblemen der Zeit; und ist das Vermittelungsinstrument noch so problematisch. Ähnliches mag vom Verhältnis Courbets zu dem Fourieristen Jean Journet gelten, der in Sektiererart mit Victor Considérant um den Bart des Propheten gerauft hat. Courbet porträtiert ihn und macht auch eine Lithographie, die den Apostel zeigt, wie er auszieht, um der Welt die Harmonie zu erobern. Ich habe im Pariser Cabinet des Estampes ein Exemplar dieser Lithographie mit einem langen, im echtesten Agitationstil der Utopisten gehaltenen Gedicht gesehen.

Derartige Beziehungen machen den Maler und den Menschen unbeliebt. Napoléon läßt ihn zur Zeit des Staatsstreichs überwachen. Die Salons refüsieren ihn fast unausgesetzt. Das alles trägt dazu bei, daß Courbet ins Ausland geht. 1858 kommt er nach Frankfurt, wo er Viktor Müller zu großem Dank ver-

pflichtet. Man denke an den feinen weiblichen Halbakt Viktor Müllers im Städelschen Institut. 1859 erscheint Courbet in Belgien. 1869 zeigt er sich in München und verblüfft die eingesessene Kunstsippe durch eine mehr als bajuvarische Trinkfestigkeit und durch die robuste Leiblichkeit, mit der er sich im Winter an den Starnberger See stellt, um Freiluft zu malen. Der Erfolg ist in Deutschland außerordentlich. Die Münchener Courbetausstellung von 1869 wird das entscheidende Erlebnis für eine ganze Generation deutscher Künstler: so für Thoma und Leibl. Wie wunderbar der Courbetschüler Thoma gemalt hat, das zeigen ältere Sachen von ihm in der Hamburger Kunsthalle und im Karlsruher Thomamuseum. Das ist vielleicht sein Bestes. Es gehört zu den Ehrentiteln deutscher Kunst, daß sie Courbet früher aufnahm als die Heimat selber.

Schon in den fünfziger Jahren faßt Courbet am liebsten in Trouville Posten. In Trouville sind seine meisten Marinen entstanden, deren er einmal in einem Monat bei 2stündigem Arbeitstag über 30 gemalt hat. Dann kommt die Commune. Sie bricht mit ihrem Gefolge von Prozessen den Künstler und den Menschen. Er stirbt im Exil am 31. Dezember 1877 zu Tour de Peilz am Genfer See. Eine phänomenale Wassersucht hilft dem trinkbaren Mann, der in der naivsten Draufgängerart seinen Körper verwüstet hat, hinüber.

## Der Politiker

ICH gebe im Folgenden einige Dokumente zur Geschichte des Politikers Courbet.

Das Jahr 1848 erlebt er ohne auffallende äußere Teilnahme. Es wird nur vermeldet, er sei der Nationalgarde beigetreten: und zwar weil es ihm an Geld gefehlt habe einen Zivilanzug zu beschaffen.

1851 äußert er:

»Ich bin nicht nur Sozialist sondern überhaupt Demokrat und Republikaner; mit einem Wort: Parteigänger jeder Revolution.«

Louis Napoléon bietet ihm, um ihn zu gewinnen, das Kreuz der Ehrenlegion. Courbet schickt es mit einem derben Brief zurück. Es ist die vage Geste, die dem Politiker Courbet entspricht.

Er jauchzt der dritten Republik zu. Am 16. April 1871 wird er zum Pariser Gemeinderat gewählt. Am Tag zuvor ist die *Fédération des artistes* begründet. Courbet bekleidet in ihr den Rang eines *Président des arts*. Ihm obliegt die Überwachung der Kunstschätze. Während des Tuilerieenbrandes sucht Courbet die Kunstschätze zu retten, die zu retten sind. Er überwacht den Louvre. Dabei helfen ihm Mitglieder einer engeren Kunstkommission der Commune: Manet, Daumier und andere. Am 12. Mai beschließt die Commune das Haus des Herrn Thiers demolieren zu lassen. Courbet interveniert und rettet an Kunstdingen, was zu retten ist.

Am 2. Mai verfügt die Kunstkommission die Aufhebung der *Ecole des beaux-arts*, der Kunstklasse des *Institut de France*, der *Ecole de Rome* und der *Ecole d'Athènes*: also aller der Institute, in denen sich die Macht des konservativen Akademikertums politisch organisiert hat. Im ganzen ist diese Tätigkeit das genaue historische Analogon zu der kunstpolitischen Tätigkeit des Conventionnels Jaques-Louis David, der den Akademiker (»cette espèce d' animal«) mit dem selben Recht gehaßt hat wie Courbet.

Zum Krieg von 1870 sagt Courbet die einfachen Worte:
»Ich habe nicht den Glauben an die Kriege, ans Gewehr und an die Kanone.«
Courbet war gewiß nicht sentimental. Die Gefahr des Körpers war ihm Genuß.
Als Elsaß-Lothringen deutsch werden sollte, rief Courbet den deutschen Malern zu:
»Elsaß und Lothringen müssen als neutrale Staaten selbständig konstituiert werden: gleichsam als Unterpfand einer deutsch-französischen Allianz. Alle, die den Chauvinismus hassen, werden sich dorthin flüchten; in diesen mißhandelten Provinzen werden wir der Wunden vergessen, die an unserer Seite bluten, und uns die Hände schütteln und auf das Wohl der Vereinigten Staaten von Europa trinken.«

Ich möchte noch einige Worte über die Säulenaffäre sagen. Auguste Comte forderte die Vernichtung der Napoléonssäule auf der Place Vendôme schon 1848. Allgemein verlangten die Septemberrepublikaner von 1870 die Beseitigung des Denkmals. So auch Courbet. Vom 17. September ist ein Gesuch an die Regierung datiert, in dem er schreibt:
»Weil die Säule fast jedes künstlerischen Werts entbehrt, weil die Säule den Zweck hat die Idee des Kriegs und der Eroberung zu verewigen, diese Idee, die der bonapartistischen Überlieferung, nicht aber dem Empfinden einer republikanischen Nation entspricht, weil die Säule also den Geist der modernen Zivilisation, der weltbürgerlichen Brüderlichkeit verhöhnt, der fürderhin die Völker vereinen soll: aus allen Gründen beantrage ich, daß man die Säule abmontiere [französisch steht *déboulonner*].«
Weiter fordert Courbet mit dem reinsten Takt, daß man die Fragmente, soweit sie künstlerisch wertvoll seien, im Invalidenhotel aufbewahre. Am 12. April 1871 beschließt die Commune: »La colonne de la place Vendôme sera démolie.« Am 12. April ist Courbet noch nicht Mitglied des Gemeinderats. Am 16. Mai wird die Säule umgestürzt. Es geschieht ohne faktische oder intellektuelle Urheberschaft Courbets. Paschal Grousset hat in den kriegsgerichtlichen Verhandlungen zu Versailles sich selber als den Verantwortlichen bezeichnet, der die Umstürzung der Säule ins Werk gesetzt hat. Er hat auf den Tisch des Gerichts die Urkunde des Werkvertrags niedergelegt, der zwischen ihm und einem Ingenieur abgeschlossen wurde. Für das Dekret der Commune, das die Umstürzung beschloß, hat der Communard Félix Pyat in einem Artikel der *Times* vom 24. Juni 1874 die ausdrücklichste Verantwortung übernommen. Das Kriegsgericht zu Versailles verurteilt am 2. September 1871 Courbet wegen Mißbrauchs öffentlicher Gewalt und Miturheberschaft in Sachen der Vendômesäule zu halbjährigem gemeinem Gefängnis. Eine Pariser Justizbehörde macht im Frühjahr 1873 Courbet für die Kosten der am 24. Mai 1873 vom Parlament beschlossenen Wiederaufrichtung der Napoléonssäule zivilrechtlich haftbar und verurteilt ihn zur Zahlung von 300 000 Francs. Courbet flieht in die Schweiz. Einen Teil der Summe schlägt das Gericht durch Sequestrierung von Gemälden Courbets heraus. Es ergibt sich, daß eine offenbar der politischen und ästhetischen Reaktion gefällige Justiz an Courbet niederträchtig gehandelt hat. Die Urteile dieser Justiz sind Urteile des Hasses gegen den Communarden und gegen den realistischen Künstler.

Wenn ich hingegen die politische Geschichte Courbets betrachte, so finde ich, daß sie reinlich und einfach ist.[2])

Sie ist nicht bedeutend. Sie ist nicht die Geschichte eines staatsmännisch Begabten. Aber sie ist zum mindesten die Bekundung einer politischen Erregbarkeit, die man bei den großen Professionellen der Malerei in der Regel ver-

[2]) Ich folge in dieser Auffassung der trefflichen Monographie Riats (*Gustave Courbet* / Paris 1906). Estignards Courbetbuch ist hier, wie überhaupt, reichlich einfältig.

geblich sucht. Corot war ganz unpolitisch. Als die Februarrevolution kam, fragte er seinen Concierge höchst verblüfft, ob am Ende die lieben Leute mit ihrer Regierung unzufrieden seien. Das ist der Geist des *petit maître* aus dem Rokoko. Dieser *petit maître* ist übrig geblieben und hat nichts von den politischen Veränderungen gemerkt. Er malt im dekorativ-lyrischen Sinn Watteaus und Fragonards fort: eigentlich für eine abgeschiedene oder vielleicht auch für eine zukünftige Gesellschaft; jedenfalls malt er einen dichterischen Dekorstil von einer blütenweißen Sinnlichkeit. Und Millet? Er sieht sich zunächst sehr politisch an; noch viel politischer als Courbet. Er weist den Titel eines Sozialisten nicht zurück. Er kann, wie er selber sagt, im Bauernleben nur das soziale Elend wahrnehmen.[3]) Aber in der Praxis weicht er dem Politischen geradezu empfindsam aus. Mit der Kunstkommission der Commune will er beileibe nichts zu tun haben. Seine Politik ist das sakrale Klagen seines Stils über das bäuerliche Elend. Er verbraucht das Politische in seiner Kunst.

Anders Courbet. Er ist als Künstler nur Künstler: so augenmäßig wie möglich. Das Politische wird in dem denkbar radikalsten Sinn zur reinen Gelegenheit der Bildentwickelung. Die Idee, der Stoff hat bei Courbet im fertigen Bild keine Funktion mehr. Das Politische ist da nur Sujet; und das Bild ist Bild in einer unerhört starken formalen Bedeutung. Millet wirkt neben Courbet immer literarisch: und Millet ist doch wahrlich kein geringer sondern ein kolossaler Former. Das Reinkünstlerische, den reinen Künstleranimalismus Courbets hat Millet nicht erreicht. Ein Teil der Bedeutung Millets wurzelt in seiner hochentwickelten Geistigkeit. Courbet ist zu sehr malender Animalist als daß er das Politische mit dem Malerischen zu einer Synthese in Millets Art zusammenzudichten vermöchte. So macht sich bei ihm das Politische neben dem Künstlerischen selbständig. Es ist nicht restlos in das Kunstwerk eingegangen; aber immerhin so weit, daß die Selbständigkeit des Politischen nicht mehr groß zu werden vermag und darauf angewiesen bleibt sich mit primitiven Formulierungen, primitiven Manifesten zu begnügen. Was gibt uns aber das Recht diese Manifestationen, die der Überschuß einer ungeheuer starken Menschennatur sind, unehrlich oder albern zu nennen?

## Der Maler

COURBET beginnt bei den Traditionen der großen Spanier: denen des Velasquez, des Ribera, des Zurbaran. Die Wahlverwandtschaft ist mehr als technisch und ästhetisch. Sie ist menschlich. Courbet erregt sich an einer Kunst, die jenes proletaroiden Tones des 17. Jahrhunderts bedarf: eines Jahrhunderts, das nicht nur das der Gegenreformation sondern auch das des Merkantilismus, eines bedeutenden Aufschwungs kapitalistischer Wirtschaft gewesen ist. Diese verwandte Kulturstimmung treibt den Künstler dorthin. Die Beziehung wird weniger seinem Intellekt als seinem Auge bewußt. Aber ist ein soziales Verhältnis zu Menschen minder echt und stark, weil es statt durch den politischen Intellekt durch die Iris geht? Ich glaube persönlich leidenschaftlich an das Gegenteil.

Wo sich das Soziale im Auge findet, da geht es Wege, die mit literarischer Tendenz, mit dem Geist des Allegorismus nichts mehr gemein haben und dennoch sozial bleiben. Ich finde diesen Zusammenhang auch in der betonten

[3]) Siehe Muther *Millet* / Berlin ohne Jahr /. pag. 35.

Sympathie, die Courbet für den aufgebahrten Bischof des Zurbaran empfindet: für jenes seltsam harte, zelotische, in jedem Sinn kantige und brutale Bild des Louvre, das irgendwie an primitive katholische Bauernmalerei erinnert und zugleich (zumal mit seiner raffinierten Koloristik) etwas ganz Sublimes ist. Weiter wendet sich Courbet an Hals und Rembrandt, an den Stiermaler Potter und an die extreme Sachlichkeit Jakob Ruysdaels. Von den Italienern kommt ihm Tintoretto näher als Tizian: Tintoretto, der so hart sein konnte und mitunter doch Dinge malte wie jene ausladende Formenüberfülle der Wiener Susanna.

Die eigene Zeit bietet zunächst den Konflikt zwischen Ingres und Delacroix. Courbet kommt subjektiv dem zweiten näher: der übrigens von dem Realisten sehr achtungsvoll gesprochen hat, obwohl er bei Courbet »Amphibiologie« fand. Der spezielle Ton Courbets ist durch Decamps und Géricault vorbereitet: Géricault, den Maler abgeschlagener Köpfe und des herrlichen Negerakts, Decamps, den Maler der Bulldoggen, der katalonischen Matrosen und anderer ganz realistischer Dinge, die sich im Louvre befinden.

Zuerst ist bei Courbet etwas Romantisierendes, ein fast sentimentaler Klang, der durch spanische Technik etwas Düsteres erhält. So ist das Porträt des *Mannes mit dem Ledergürtel*. So auch der *Homme blessé*. Aus dem schwermütigen Dunkel dieser Flächen, die von hellen Reflexen und ausdrucksvollen Linien der Komposition organisiert werden, strebt Courbet einer Verhärtung des Stimmungsmäßigen und der malerischen Form zu. Man sieht das Neue schon in dem Bild der Frau, die in einer Hängematte liegt. Das Dralle der festgeformten Wade (das übrigens dem Obszönen des Biedermeiertums einen geradezu gewaltigen künstlerischen Ausdruck gibt) bedeutet eine ganz andere Art zu empfinden und zu sehen: bedeutet ein robustes Herumgreifen um die Form im Sinn des Demos.

Nach und nach verschwindet so das im gröbern Sinn Spanische, das mit seinen asphaltenen Schwärzen und seinen ekstatischen Lichtern, seinem verbindenden Rauchton und seiner ausgesprochenen Flächigkeit in Bildern wie dem *Après-diner à Ornans* und noch manchem andern Bild bekundet ist. Und nun kommen nach einander die Dinge, in denen das Menschliche und das Malerische immer mehr dem rein Zeitgenössischen zustrebt, und in denen das Altmeisterliche nur noch die Bedeutung der Parabel hat. Es kommt die Periode einer nahezu unmalerischen Plastik. Die große Begräbnisszene und die *Steinklopfer* haben noch viel vom flächigen Stil der Spanier; anders die *Ringer* und die *Baigneuses*, die ganz vom Genie des Tastens, von einer unvergleichlichen Energie der rundplastischen, physiologischen Apperzeption beherrscht sind. Meier-Graefe weist darauf hin, daß die sozialen Bildmotive diese Darstellungsart bei Courbet emanzipieren. Das ist hochbedeutsam. Es zeigt, daß die spezifische Natur eines Bildmotivs auf die Form bestimmenden Einfluß ausüben kann. Und gerade dies ist es, worauf meine Analyse abzielt.

Ich glaube zu empfinden, daß die resolute Plastik der sozialen Bilder Courbets einer bestimmten sozialen Kulturstimmung entspricht. Es ist die Kulturstimmung, aus der der philosophische, der biologische und der ökonomische Materialismus jener Generation geboren wurde. Dieser Kulturstimmung eignet ein charakteristisches Verlangen sich mit der Materie zu identifizieren. Es ist zunächst die Kulturstimmung des bürgerlichen Positivismus und Materialis-

mus: und in diesem Sinn ist in Courbet Bürgerliches. So ist aber auch die Arbeiterbewegung in ihren Anfängen; und das mag entscheidend sein. Die soziale Bewegung, die sich von den vierziger Jahren her entwickelt, beschäftigt sich durchaus mit den Problemen des endlichen Lebens; ihnen beweist sie freilich eine Energie, die sich der ganzen Plastik der Dinge bemächtigt und jeden andern Monismus weit hinter sich läßt. Von dieser Bewegung wird auch Courbet vorangetragen. Sie macht ihn zum *faiseur de chair,* wie der Künstler von Zola genannt wurde. So umfaßt Courbet alle Dimensionen der Dinge; so wird der Flächenmaler, der mit den Neigungen des Dekorateurs einsetzt, ein Plastiker; und charakteristisch genug, daß er von der graphischen Pinseltechnik zu der fast bildhauerischen Spachteltechnik übergeht, die den pastosen Farbstoff wie ein Bossierholz zusammentreibt. Das ist der Weg, auf dem das Irreligiöse und Unmusikalische und ganz Rationalistische, das urkörperliche *L' homme machine* in der Malerei Courbets entsteht. So paßt sich Courbet der Formel an, die Lemonnier für ihn gefunden hat: er wird der »grand peintre bête«, das »tempérament dans un mécanisme«, der »Virtuose der Bestialität«. Auch Meier-Graefe gibt gelegentlich Zeichen, die in diese Richtung weisen: Er spricht von einem »Sichfestmalen« Courbets, und er spricht glänzend von Courbets »fast unwirtlicher Sachlichkeit«. Der plastische Stil Courbets ist der Verzicht auf das, was wir Poesie nennen und vielleicht auch Metaphysik nennen könnten, der Verzicht auf das Sichhinausschwingen der Seele über die Grenzen des Endlichen, der Verzicht auf die spirituelle Inbrunst eines Delacroix, auf das Supranaturalistische Millets. Courbet formt ähnlich wie Flaubert und Balzac. Man denkt daran, wie Flaubert das Physikalische herausmodelliert, und wie Balzac in den *Contes drôlatiques* den Menschen auf die unbezweifelbare Plastik seiner Unterleiblichkeit reduziert.

Das ist der objektive Hintersinn der Programmatik Courbets. Er schreibt (oder Castagnari schreibt für ihn):

»Ohne auf ein System zu schwören, ohne einer Kunstpartei beizutreten, habe ich die Kunst der Älteren und der Neuen studiert. Ich habe aber weder die einen nachahmen noch die anderen kopieren wollen. Ich glaubte auch niemals an das Feldgeschrei *Die Kunst für die Kunst,* denn ich hielt dies Ziel für etwas Müßiges. Was ich wollte, ist dies: aus einer vollkommenen Kenntnis der künstlerischen Überlieferungen das klare, unabhängige Bewußtsein meiner eigenen Individualität gewinnen. Wissen, um zu können: das war mein Leitgedanke. Imstande zu sein die Sitten, die Grundgedanken, die Physiognomie meiner eigenen Zeit in meinem Urteil zu spiegeln, nicht bloß der Malerei sondern auch der zeitgenössischen Menschheit zu gehören, mit einem Wort: lebendige Kunst hervorzubringen, das ist mein Ideal.«

Im übrigen lacht Courbet der Ideale: »Oh, oh, oh, ah, ah, ah!« Er haßt den normativen Stil Raffaels. Man glaubt es ihm in jeder Weise: seiner Kunst und seiner persönlichen Erscheinung. Er hat (wenn man etwa sein Selbstbildnis auf dem diesem Heft beigegebenen wundervollen Pleinairbild *Bonjour, M. Courbet* betrachtet) geradezu das Fleischliche eines assyrischen Fürsten, an den er schon in Einzelheiten, wie dem berühmten Vollbart, erinnert. Es ist etwas Unbändiges, sinnlich Verzehrendes, physisch Selbstbewußtes in diesem harten, plebejischen Wanderer, der die Erde mit festen Sohlen tritt und sich der liebenswürdigen bürgerlichen Gesittung des Mäzens wie ein Naturereignis gegenüberstellt.

Literarisch formuliert wirkt Courbets Sozialismus dürftig: ob er ihn nun selber formuliert oder ob andere das tun. Darum mag Meier-Graefe Courbets Sozialis-

mus als eine Journalistenphrase bezeichnen. Damit trifft er dennoch nichts als die intellektuelle Schwäche dieses Sozialismus, das, was an diesem Sozialismus Blague und Unkultur ist. Aber der Sozialismus Courbets ist ja viel mehr. Er liegt in spezifischen Einstellungen der Augen. Wir können keine Kommentare zu Courbets Bildern dichten. Sie sprechen nur zu einem Auge, das zu höchster Sachlichkeit erzogen ist. Courbet ist im Innersten seiner Vitalität von der bestehenden Wirklichkeit gepackt. Diese Wirklichkeit zwingt ihn zu einer sehr spezifischen Formensprache. Das hat der Sozialismus für Courbet zu bedeuten. Wird Millet durch den Sozialismus Monumentalillustrator, so wird Courbet Maler. Einfach Maler. Sollte der Sozialismus bei Courbet nicht da sein, weil sich die Relationen zwischen Stoff und Form bei ihm so wundervoll fein gestalten? Und sollte der Landschafter Courbet mit seiner unvergleichlichen künstlerischen Energetik dem Proletariermaler Courbet deshalb nichts mehr schulden, weil die Wellen keine Arbeiter sind und den Voraussetzungen einer Form, die der Künstler vom Demos mitbringt, neue Bedingungen hinzufügen?

Das Sozialistische und Demokratische in Courbet wurde von den gemeinen Leuten sehr gut empfunden. Wir sollten uns auf die Instinkte der Menschen verlassen, die am meisten von dieser Kunst berührt waren. Proudhon erzählt, es seien eines Tages Bauern zu Courbet gekommen, um das Steinklopferbild zu erwerben. Sie wollten das Bild über ihren Altar hängen. Es konnte im 19. Jahrhundert nur noch e i n e m Mann außer Courbet geschehen, daß Bauern ein profanes Bild von ihm religiös sahen: das wäre Leibl gewesen, Courbets größter Schüler und Genosse im Geiste. Sie hatten beide (gerade sie, die profanen Realisten) das Glück der Gotiker. Ich war ergriffen, als ich bei Meier-Graefe las, daß er Courbet mit den niederrheinischen Gotikern in einer und der selben Analyse vereinigt und dem *Atelier* Courbets religiöse Ehrfurcht widmet. Ist das Verhältnis der burgundischen Bauern zu dem Bilde, das den von Courbet so zart verehrten alten Steinklopfer, den père Gagey, darstellt, nicht ein vollgültiger Beweis für das Kollektivistische und Demokratische in Courbet? Das Volk wittert in entscheidenden Kunstdingen genauer als alle Kunstpädagogen mit ihrem lächerlichen Wohlwollen.

Hier beginnt das Absolute an Courbet, hier die letzte Größe seines Schaffens. Der bedingte Künstler, der er war, der Schöpfer mit den relativen Formmöglichkeiten, er, den wir vielleicht (mit geziemender Ehrfurcht vor allem geschichtlich Notwendigen) einen Naturalisten und einen Meister der Illusionsmalerei nennen dürfen: er ist dennoch ein Künstler, in dem irgendwo die ewige Identität alles Menschlichen beginnt, ob er nun Ingres oder Delacroix oder Courbet oder Manet heißen mag. Von hier geht der Genuß des Höchsten aus. Ich wollte in diesen Zeilen die konkreten Bedingungen zeigen, aus denen dies Höchste hervorkommt; und damit die Hindernisse und Befangenheiten forträumen helfen, die diesem Genuß des Höchsten und Allgemeinsten im Weg stehen.

Wir alle sind irgendwo in der Materie der Zeit verankert. Aber sind wir nicht zuletzt alle nur einer: ob wir nun um Jahrtausende und um Weltteile auseinanderwohnen?

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

**Politik / Max Schippel**

**Reichstag** Am 7. Februar trat der neugewählte Reichstag zusammen, und zwar (nach dem offiziellen Verzeichnis) unter folgender Stärke der Fraktionen: Sozialdemokraten 110, Zentrum 90, Nationalliberale 44, Konservative 43, Fortschrittler 42, Polen 18, Reichspartei 14, Wilde (darunter außer den Fraktionslosen auch die *Wirtschaftliche Vereinigung*, die *Deutsche Reformpartei*, die Elsaß-Lothringer, Welfen, Dänen sowie die *Deutschen* und *Bayrischen Bauernbündler*) 36.

Die Unsicherheit der Mehrheitsbildung tritt schon in diesen Ziffern zutage, und leider wurde sie etwas noch gesteigert durch die, parteigeschichtlich gewiß vollkommen erklärliche, aber realpolitisch ganz und gar unangebrachte Unentschlossenheit unserer linken Parteien wirklich auch alle Funktionen parlamentarischer Fraktionen zu übernehmen: in sie hineinzuwachsen, wie das die Änderung der parlamentarischen Lage ganz von selber bewirken sollte. Wertvolle Verbindungen und Bundesgenossenschaften kommen so entweder gar nicht zustande, oder sie gewinnen niemals die Kraft entgegenstehende Widerstände zu überwinden, die zudem recht häufig auf bloßen Vorurteilen beruhen. Und bedauerlicherweise haben die Ereignisse der vorigen Woche wieder einmal gezeigt, daß bei uns in Deutschland belanglosen Äußerlichkeiten noch immer eine mitentscheidende Rolle eingeräumt wird. Die Folge war zunächst der Verzicht der Sozialdemokratie auf das Amt des Präsidenten, das sie als stärkste Fraktion des Parlaments für sich zu beanspruchen hatte. Auch haben dann die ersten Reichstagssitzungen nicht den Eindruck hinterlassen, daß für das gewollte engere Zusammenwirken der Linksparteien mit klarer Umsicht alle Förderungsmittel in Bewegung gesetzt und alle vermeidbaren Hemmnisse ausgeschaltet wurden. Unbestreitbare Tatsache ist jedenfalls, daß die, am 12. Januar erstrebte und erkämpfte neue politische Konstellation nicht klipp und klar sofort in der Besetzung des Reichstagspräsidiums zum Ausdruck gelangte. Wir verfügen in Deutschland nicht über die Brücke, die in wirklich parlamentarisch regierten Staaten von der neuen Parlamentsmehrheit hinüber zur Bildung eines neuen Gesamtministeriums führt. Um so wichtiger wird der Zusammenhang zwischen einer neuen Mehrheit und wenigstens der innerparlamentarischen Geschäftsleitung. Jeder erwartete deshalb, daß die scharfe Wendung des Wählerwillens vom 12. Januar 1912 von vornherein dem neuen Präsidium und damit der ganzen neueröffneten parlamentarischen Kampagne das charakteristische Gepräge geben würde. Das ist nur insofern erreicht als in der Tat zum erstenmal ein Sozialdemokrat, Scheidemann, zum Vizepräsidenten gewählt wurde. Aber die Oberleitung fiel am 9. Februar dem Zentrum (Dr. Spahn) zu; die 2. Vizepräsidentenstelle erhielten dann die Nationalliberalen (Dr. Paasche). Das Präsidium wäre damit aus den 3 stärksten Fraktionen gebildet. Man kann sagen, daß dies der frühern Gepflogenheit in Deutschland entspricht. Aber man darf nicht vergessen, daß diese gerade vom Blockreichstag 1907 zugunsten der Politisierung des Präsidiums verlassen wurde. Und man kann ferner nicht übersehen, daß dies Ergebnis nicht auf Grund eines wohlüberlegten Plans zustande kam sondern (nach dem Scheitern der internen Verhandlungen) während des Abstimmungsaktes selber, als einziger Ausweg aus der Lage, die durch die erste Abstimmung geschaffen war. Es war daher ganz natürlich, daß diese Zufallszusammensetzung sofort wieder aufgehoben wurde: Herr Dr. Spahn ließ bereits am Tag nach der Wahl der Öffentlichkeit seine Demission ankündigen. Die Rechte und das Zentrum wollen begreiflicherweise der Linken die gesamte Verantwortung zuschieben; sie hoffen ihr dadurch Verlegenheiten zu bereiten, die divergierenden Tendenzen in ihr zu stärken und sie so parlamentarisch matt zu setzen. Dieser Druck kann aber auch umgekehrt dazu beitragen die Linke vorläufig fest zusammenzuschweißen. Man kann also, wenn schon nicht völlig in der politischen Zielklarheit aller beteiligten Parteien, so doch in dem Zwang der Verhältnisse ein dem Zusammenhalt der Linken nicht ungünstiges Moment erblicken.

× ×

**Bayern: Landtagswahlen 1912** Über die Bedeutung der jüngsten bayrischen Landtagswahlen sind die Leser durch den Artikel des in München X wiedergewählten Genossen Timm (in die-

sem Band, pag. 84 ff.) eingehend unterrichtet. Auf die Entscheidung am 5. Februar durfte man um so mehr gespannt sein, als es sich dabei auf unserer, der sozialdemokratischen Seite um den bisher kühnsten und folgerichtigsten Versuch handelte alle verfügbaren, gleichviel ob sozialistischen oder bürgerlichen Kräfte zum taktisch einheitlichen Vorstoß gegen das eine gemeinsame nächste Ziel: die Zertrümmerung der Zentrumsdiktatur, zusammenzufassen. Mit dieser Zertrümmerung eröffneten sich zugleich die günstigsten Aussichten auf die Gewinnung eines bessern Wahlrechts, einer gerechtern Wahlkreiseinteilung und damit auf die Erringung neuer Machtstellungen für spätere Auseinandersetzungen zwischen Arbeiterdemokratie und klerikal-konservativer Reaktion.

Vollständig ist nun dieser erste Anlauf nicht geglückt, teils wegen der Seltsamkeiten und Ungerechtigkeiten des bayrischen Systems teils wegen der Ungeschultheit und Unentschlossenheit der kleineren und jüngeren mitwirkenden politischen Organisationen, vor allem der vom Zentrum und den Konservativen sich unabhängig haltenden Bauernbünde: ganz zu schweigen von dem Einfluß der Geistlichkeit und dem Verhalten der Regierung, die vor allem die Staatsbeamten gegen die Sozialdemokratie scharf machte, und die in letzter Stunde noch durch ihre Demissionsankündigung dem Sieg der Ultramontanen den Weg freizulegen suchte. So ist es gekommen, daß in einem Land, in dem bei den Reichstagswahlen 62 % der Wahlmündigen, also die ganz überwiegende Mehrheit des Volkes, ihre Zentrumsgegnerschaft bekundeten, das Zentrum nochmals eine knappe Mehrheit behalten konnte. Von 163 Mandaten stehen noch immer 87 dem Zentrum zu Gebote. Aber das Ende der alten Herrlichkeit ist abermals näher, und zwar diesmal bereits greifbar nahe gerückt. Denn bei den Wahlen von 1905 erreichte das Zentrum 102 Mandate; diese Ziffer ging 1907 bereits auf 98 herab, und am 5. Februar nunmehr auf 87. Dagegen gewann die Sozialdemokratie zu ihren 21 Mandaten nicht weniger als 9 hinzu, und sie ist damit dem Liberalismus mit seinen 31 Sitzen auf die Fersen gerückt. »Ein immerhin guter und vielversprechender Anfang«, schreibt die *Münchener Post*, »ist damit gemacht, daß die Minderheitsparteien es verstanden haben trotz der Gegensätze bei den Reichstagswahlen eine gegenseitige Wahlbekämpfung zu vermeiden und einen konzentrierten Angriff nach rechts zu führen. Und so erklären wir, die wir die außerordentlichen Schwierigkeiten des Unternehmens keinen Augenblick verkannt haben, daß wir von dem Ausfall der Wahlen ganz befriedigt sind.«

× ×

**Landtagswahlrecht**

Für die augenblickliche Lage in Preußen ist es bezeichnend, daß sich die Thronrede, mit der der Landtag am 15. Januar wieder eröffnet wurde, über die Wahlrechtsfrage vollkommen ausschweigt, daß jedoch die Konservativen, mit dem Polizeiminister von Dallwitz und dem Abgeordneten von Hennigs-Techlin an der Spitze, sich in den heftigsten Ausfällen gegen die Sozialdemokratie ergingen, und zwar in erster Linie gegen den Einfluß der Sozialdemokratie auf Staatsarbeiter und Beamte.

Dagegen hat die braunschweigische Regierung die Wahlrechtsreform abermals in Angriff genommen, freilich mit so geringen Verbesserungen gegen früher, daß selbst sehr harmlos liberale Blätter zu spöttischer Kritik neigen. Die Grundzüge des Projekts sind etwa die folgenden. Statt wie bisher aus 48 soll die Landesversammlung aus 54 Abgeordneten bestehen; davon sollen zwei Drittel (36 statt bisher 30) aus allgemeinen, und zwar unmittelbaren und geheimen Wahlen hervorgehen, dagegen ein Drittel (18) aus berufsständischen Wahlen. Wahlberechtigt ist derjenige, der die braunschweigische Staatsangehörigkeit besitzt, das 25. Lebensjahr vollendet hat, mindestens 3 Jahre im Herzogtum ansässig und mit mindestens 4 Mark direkten Staatssteuern veranlagt ist. Zur Wählbarkeit wird das vollendete 30. Lebensjahr verlangt. Das sind Bestimmungen, die leidlich scheinen mögen. Der Schwerpunkt liegt jedoch, soweit diese allgemeinen Wahlen in Frage stehn, in der festzuhaltenden Klasseneinteilung der Wähler. Das ganze Land soll in 12 Bezirken wählen, jeder Bezirk mit 3 Abgeordneten ausgestattet sein. Die Wähler eines jeden Bezirks werden, ganz nach altpreußischem Vorbild, derart in 3 Abteilungen untergebracht, daß auf jede Abteilung ein Drittel des Gesamtsteuerbetrags aller Beteiligten entfällt. Immerhin wählt jede Abteilung, wie in den preußischen Kommunen, für sich ihren Abgeordneten, so daß die umfassendste 3. Klasse der kleinsten Steuerzahler wenigstens nicht glatt durch die relativ schwachen 2 Abteilungen Bessergestellter jederzeit überstimmt werden kann. Ist schon durch diese Klassenbildung eine parlamentarische Vertretungsmehrheit für

Arbeiter und kleine Leute ausgeschlossen, so verschieben die 18 berufsständischen Wahlen nochmals das Gleichgewicht zuungunsten der Massen. Es fallen hier nämlich den Grundbesitzern, abermals nach der Besitzgröße (dem Grundsteuerkapital) geschichtet, 6 Mandate zu, den Gewerbetreibenden, nach der Gewerbesteuer abgestuft, 4 Sitze, den Geistlichen 2 Sitze, den Wissenschaftsvertretern 6 Sitze. An Privilegien für die Besitzenden und ihren Anhang fehlt es demnach wahrhaftig nicht, für das Ständewahlrecht existieren die Arbeiter überhaupt nicht.

×

**Orient**

Der nahe wie der mittlere und ferne Osten, um diese in England üblichen Bezeichnungen zu gebrauchen, werden zusehends immer tiefer von den gärenden Umwandlungen erfaßt, die nach den engeren Berührungen mit den Wirtschaftsinteressen und der Geisteswelt des europäischen Westens unaufhaltsam eintreten mußten.

In der Türkei kam es zur Kammerauflösung, wesentlich infolge des dauernden Konflikts zwischen dem einst allmächtigen (jungtürkischen) *Komitee für Einheit und Fortschritt* und der neugebildeten *Partei für Einheit und Freiheit*: Konflikte, die durch die Expedition Italiens nach Tripolis noch in ihrer Gefährlichkeit verschärft wurden. Man sagt dem Komitee nach, daß es gerade durch die Neuwahlen seine Stellung wieder zu befestigen gedenke, da es augenblicklich noch über fast den gesamten Verwaltungsapparat verfügt; der Minister des Innern und die Beamtenschaft der Provinzen *machen* in der Türkei die Wahlen wie kaum anderwärts.

In Persien brachte der russische Widerstand den mit starken Unabhängigkeitsgelüsten ausgestatteten Finanzleiter, einen Amerikaner namens Shuster, zu Fall. Russische Truppen sind, um *Ruhe* und *Ordnung* zu stiften, vom Norden her weiter nach dem Innern vorgedrungen. Das Parlament wurde von der augenblicklichen Zentralregierung nach Hause geschickt, und der Belagerungszustand über die Hauptstadt Teheran verhängt. Da England bei seiner ganzen Weltstellung gegenwärtig nichts mehr fürchtet, denn als Bedrücker muselmännischer Völkerschaften in Verruf zu geraten, so kann es nicht so leicht zu entsprechendem Vordringen im Süden Persiens übergehen. Die Folge ist, daß das ganze, 1907 über Persien abgeschlossene russisch-englische Abkommen mehr und mehr auf unfreundliche Beurteilung und bittere Feindschaft in England selber stößt, und daß man sich hier überhaupt merkbarer als früher gegen die ganze politische Richtung im Auswärtigen Amt kehrt, die lediglich aus Abneigung gegen Deutschland wichtige englische Interessen durchaus nicht unbedenklichen Nebenbuhlern, vor allem Frankreich und Rußland, preisgab.

×

**China**

Am spätesten ist die Bevölkerungsmasse Chinas von den unwiderstehlichen Reformströmungen erfaßt worden. Hatte in den letzten Jahrzehnten nur der Fremdenhaß, die Abneigung gegen jegliche Modernisierung des Reichs der Mitte breitere Bevölkerungsschichten zu gelegentlichen und vorübergehenden rohen Kräfteäußerungen zu verbinden vermocht, so hielten sich die jüngsten Aufstände bisher von jedem Fremdenmassaker und sogar von jeder Verletzung fremder Interessen frei. Im Gegenteil, die Führer der Aufstandsbewegungen sind Schüler des westlichen Liberalismus, der europäischen Aufklärung, wie etwa die hervorragendsten Jungtürken oder wie die Häupter der indischen Bestrebungen nach größerer Selbstregierung. Ein nationalistischer Einschlag fehlt zwar unverkennbar dabei abermals nicht. Aber er geht zunächst nur so weit, daß die europäische Bevormundung bei den großen wirtschaftlichen Unternehmungen gemildert und durch eigene freiere Wirtschaftsinitiative des Chinesentums ersetzt werden soll, und daß man sich gegen die überlebte Mandschufremdherrschaft wendet. Die Regierungstruppen und -schiffe haben im Süden fühlbare Niederlagen erlitten, ein für die Zentralregierung zuverlässiges Heer, ein fester Armeezusammenhalt ist nirgends bemerkbar. Dagegen haben sich für die Reichsrepublik nicht nur die turbulenten Volksmassen des Südens und der Mitte ausgesprochen sondern auch 14 der seit 1909 geschaffenen (im ganzen 22) Provinzvertretungen; diese haben aus eigener Kraft den provisorischen Konvent in Nanking gebildet und den früher flüchtigen Dr. Sunyatsen zum Reichsoberhaupt gewählt. Ob der Vertrauensmann und Unterhändler der Pekinger Regierung, General Yuanschikai, ein ehrliches Spiel treibt, muß erst die Zukunft lehren. Vorläufig blieb auch dieser stärksten politischen und militärischen Kraft der Pekinger Zentralverwaltung weiter nichts übrig als die Abdankung der alten Dynastie und die umgehende Einberufung

einer letztentscheidenden, aus Volkswahlen hervorgehenden allgemeinen Nationalvertretung zuzusichern.

Die gefährlichsten Klippen für die ganze Bewegung liegen vielleicht weniger in diesen Auseinandersetzungen zwischen den entkräfteten Resten der alten Zentralregierung und den neuen politischen Zentren sondern in dem losen Zusammenhang des ganzen Reichs und in dem auf die Dauer kaum den Massenströmungen und Masseninteressen entsprechenden Doktrinarismus mancher der neuen Führer. Die meisten dieser *Intellektuellen* sind auf europäischen oder amerikanischen Hochschulen, in den theoretischen Anschauungen der Westwelt aufgewachsen. Auch leben die Provinzen meistens ein besonderes Dasein für sich; sie erfreuten sich, wie ihre Vizekönige, politisch und wirtschaftlich einer fast vollständigen tatsächlichen Unabhängigkeit; manche, wie die große Provinz Szetschwan, sind durch Naturschranken von der Umwelt wie abgeschnitten. Die einheitliche Mandarinensprache, die für vier Fünftel Chinas maßgebend sein soll, zerfällt in Wahrheit in eine Unzahl von Dialekten, die eine gegenseitige Verständigung fast ausschließen; die Küstenländer von Schantung bis Kwangtung haben ihr vollständig abgesondertes Sprachengebiet. Die geschichtlich überlieferte Dynastie und der bureaukratische Verwaltungsapparat stellten immerhin, bei aller Schwäche und Verrottung, noch eine einheitlich verbindende Kraft dar, deren Ersatz kaum so leicht zu finden und zu schaffen sein wird. Eine Auflösung des Reichs in seine einzelnen Bestandteile würde jedoch unfehlbar die Einmischung der Mächte wecken. Hat doch schon die Unabhängigkeitserklärung der Mongolei Rußland als Schutzherrn auf den Plan gerufen und damit andrerseits die nationalistischen Saiten der jungchinesischen Empfindungswelt in stärkere Schwingungen versetzt. Ein neuer weltpolitischer Wetterwinkel ist zweifellos so im äußersten Osten entstanden. Orient und Okzident sind in ihren Entwickelungsschicksalen immer weniger von einander loszulösen.

× ×

**Kurze Chronik** Der deutsch-französische Marokkovertrag hat in Frankreich noch zu unerwartet langen parlamentarischen Auseinandersetzungen geführt, in deren Verlauf das Ministerium Caillaux durch ein Ministerium Poincaré ersetzt wurde. In der Deputiertenkammer erklärten sich am 20. Dezember 393 Stimmen für und 36 Stimmen gegen den Vertrag; 140 Abgeordnete enthielten sich der Abstimmung. Von der sozialistischen Fraktion wurden 47 Stimmen für den Vertrag und 2 (Lagrosillière, der Kolonialvertreter, und Bouhey-Allex) dagegen abgegeben; unter den 24 Enthaltsamen befanden sich Guesde und die Guesdegruppe, Poulain, Groussier und Véber. Der Senat steht vor dem Abschluß seiner gleichfalls ziemlich erregten Beratungen. × In der Schweiz kam am 4. Februar in der Volksabstimmung das Kranken- und Unfallversicherungsgesetz mit 285 990 gegen 238 966 Stimmen zur Annahme.

× ×

**Literatur** Mit einer ungewöhnlichen Kenntnis der grundlegenden wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse (der Verfasser weilte wiederholt und lange im Orient) und mit einer vielfach bestechenden Dialektik tritt Davis Trietsch in seiner Studie *Deutschland und der Islam* /Berlin, *Orientverlag*/ für ein offenes deutsch-ottomanisches Bündnis ein. »Nicht nur bedeutet ein deutsch-türkisches Bündnis einen riesigen Streifen auf der Landkarte: Deutschland, Österreich-Ungarn, Balkan, Vorderasien: ein kolossales Gebiet von der Nordsee bis zum Persischen Golf, sondern auch eine starke Wirkung der Anziehung weit darüber hinaus. Die ganze islamitische Welt, die bei einer Losreißung des Kalifats vom türkischen Reich unter britischen Einfluß geriete, würde im Gegenteil, sogar in ihren schon unter britischer Herrschaft oder Einflußsphäre stehenden Teilen, sich mehr und mehr einer neuerstarkten und gegen die Wechselfälle der Politik mehr als je gesicherten türkischen Vormacht zuneigen. Zur gesamten, auch nichttürkischen, islamitischen Welt (von Marokko über Ägypten und Persien bis zum fernsten Indien) wäre damit für Deutschland und seine Alliierten eine neue Verbindung von unermeßlichen Chancen gewonnen, und die Türkei fände in dieser Kombination die wirksamste Garantie für die tatsächliche Unverletzlichkeit ihres Besitzstands. Ein deutsch-österreichisch-türkisches Bündnis wäre militärisch unangreifbar und darum in seiner Wirkung eminent friedlich.« Die zum mindesten mögliche, unter Umständen sogar wahrscheinliche Rolle des Islamismus in der Weltpolitik, vor allem für den Gegensatz zwischen Deutschland und England, ist selten so eindringlich hervorgehoben worden. Die ganze Rechnung hängt freilich wesentlich davon ab, wie man die Regenerationsfähigkeit der

Türkei beurteilt, und die jüngsten Ereignisse haben eher den skeptischen Zweifeln neue Nahrung zugeführt. Auf jeden Fall sollte die lehrreiche Schrift allseitige Beachtung finden. × Die *Politischen Schriften* Giuseppe Mazzinis werden jetzt von Siegfr. Flesch neu ins Deutsche übertragen /Leipzig, Reichenbach/. Eine längere einleitende Abhandlung des Herausgebers würdigt die geschichtliche Stellung des idealistischen Republikaners und Mitschöpfers des modernen Italien. Über diese Publikation wird noch in der geschichtlichen Rundschau einiges zu sagen sein.

## Genossenschaftsbewegung / Gertrud David

**1911**

Das Jahr 1911 war für die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung ein Jahr sehr erheblichen äußern und innern Wachstums. Das läßt sich heute bereits konstatieren, wenn auch die Ziffern, die diese Entwickelung markieren, erst in Monaten zur Kenntnis gelangen werden. Der *Zentralverband deutscher Konsumvereine* hat eine Zunahme von 19 Vereinen erfahren, so daß er jetzt deren 1170 umschließt. Die Zunahme wäre eine größere, wenn nicht zahlreiche Verschmelzungen kleiner Vereine zu Bezirkskonsumvereinen stattgefunden hätten, was natürlich eine Kräftigung der Bewegung bedeutet. Die Mitgliederzahl der angeschlossenen Vereine hat sich von 1,2 auf 1,5 Millionen vermehrt. Der Unterstützungskasse des Verbands sind gegenwärtig 210 Genossenschaften mit 6000 versicherten Personen angeschlossen. Das Vermögen der Kasse beläuft sich auf über 2 Millionen Mark. Im vergangenen Jahr wurden zum erstenmal Renten gewährt, und zwar kamen für 3864 Mark Invaliden- und Alters- und für 1181 Mark Witwen- und Waisenrenten zur Auszahlung. Die deutsche Großeinkaufsgesellschaft hat ihren Umsatz von 89 Millionen im Vorjahr auf 105 bis 107 Millionen Mark erhöht. Sie errichtete im Lauf des Jahres in Gröba und Nürnberg neue Lagerhäuser, ferner in Gröba ein neues Fabrikgebäude und ein Verwaltungsgebäude. Einen Umsatz von mehr als 2 Millionen Mark hatte die Verlagsanstalt des *Zentralverbands*. Die *Konsumgenossenschaftliche Rundschau* hat ihre Auflage auf 10 000, das *Konsumgenossenschaftliche Volksblatt* auf 360 000 Exemplare erhöht. Für den *Verband rheinisch-westfälischer* sowie den *Verband nordwestdeutscher Konsumvereine* erscheint das *Volksblatt* in Sonderausgaben.

× ×

**Bildungswesen**

Auch das genossenschaftliche Bildungswesen macht erfreuliche Fortschritte. Neben den Bezirkskonferenzen, die der Erörterung irgend eines bestimmten Themas gelten, wurde Ende Januar in Arnstadt in Thüringen der erste auf 6 Wochen berechnete Bildungskursus eröffnet. Die Unterrichtsgegenstände sind: Buchführung, Rechtskunde, Warenkunde, genossenschaftliche Propaganda, Genossenschaftsliteratur, Geschichte und Stand der Bewegung, Nationalökonomie und Sozialwissenschaft, Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften, genossenschaftliches Bank- und Versicherungswesen, Kunst und Technik des Vortrags. Als Teilnehmer können sich Vorstandsmitglieder und andere Beamte der Genossenschaften sowie Aufsichtsratsmitglieder melden. Die Teilnehmer erhalten Entschädigungen, deren Höhe sich nach den Unkosten respektive Verlust an Arbeitsverdienst richtet. Für den 1. Kursus hatten sich 52 Genossenschafter gemeldet, von denen jedoch 22 zurückgewiesen werden mußten, da nicht mehr als 30 auf einmal unterrichtet werden sollen. Als Lehrer sind von Elm, Hain, Kaufmann, Dr. August Müller, Rupprecht, Schlaikjer, Seifert, Professor Dr. Staudinger und Turnau gewonnen worden.

× ×

**Reichstagswahlen**

In Befolgung des Frankfurter Konferenzbeschlusses (siehe diese Rundschau, 1911, 3. Band, pag. 1614) haben die Konsumvereine in einer großen Anzahl von Bezirken Abwehrkommissionen gebildet, die den aufgestellten Reichstagskandidaten die bewußten drei Fragen vorzulegen hatten. Wie die *Konsumgenossenschaftliche Rundschau* berichtet, haben es die bürgerlichen Kandidaten in den allermeisten Fällen überhaupt verschmäht die Fragen zu beantworten. Soweit sie sich äußerten, geschah dies meist in verneinendem Sinn, wobei sich mehrere Kandidaten auf den § 29 der Reichsverfassung beriefen, der es den Abgeordneten verbietet ein »imperatives Mandat« anzunehmen: übrigens eine durchaus irrige Interpretation des betreffenden Paragraphen. Zum Teil waren die Antworten so gewunden und unklar, daß die Abwehrkommissionen auch von der Wahl dieser Herren abraten mußten. Unter den mit dem Prädikat *ungenügend* bezeichneten Kandidaten befand sich auch der freisinnige Genossenschaftsanwalt Dr. Crüger.

Soweit man die Antworten überschauen kann, haben mit einem unbedingten *Ja*

nur 1 Nationalliberaler, 9 Fortschrittler und 4 Mitglieder der sogenannten *Demokratischen Vereinigung* geantwortet. Von den Kandidaten des Zentrums, jener Partei, die überall da, wo sie auf den Fang von Arbeiterstimmen ausgeht, selbst Konsumvereine gegründet hat, hat bezeichnenderweise nicht ein einziger eine vollkommen genügende Antwort gegeben. Doch war die Antwort des Arbeitersekretärs Giesberts-Essen wenigstens eine solche, daß die Kommission seiner Wahl nicht widerraten zu müssen glaubte. In vollständig befriedigendem Sinn haben sämtliche Kandidaten der Sozialdemokratie zu den Fragen Stellung genommen, was ja auch nicht anders zu erwarten war. Ohne Zweifel wird sich ihnen im Lauf der nächsten 5 Jahre Gelegenheit bieten ihre Versprechungen einzulösen.

× ×

**Verein für Sozialpolitik** Nachdem sich der *Verein für Sozialpolitik* schon auf seiner im Jahr 1899 in Breslau abgehaltenen Tagung, wenn auch mehr nebenbei, mit der Konsumvereinsfrage befaßt hatte, steht nunmehr eine eingehende Erörterung in Aussicht. Der Tübinger Professor Robert Wilbrandt hat nämlich beantragt eine umfassende Untersuchung über die Konsumvereine anzustellen und die Frage auf die Tagesordnung der nächsten Generalversammlung zu setzen. In der Begründung des Antrags heißt es: »Dem Antrag liegt die Überzeugung zugrunde, daß es sich um einen Eckstein der Sozialpolitik handelt. Durchgeführt und ausgebreitet, wie es nach den vorliegenden Ansätzen und Möglichkeiten für die Zukunft denkbar ist, würde diese Organisation die heute nur eingeschränkt anwendbare Sozialpolitik auf ein sicheres Fundament stellen, ja deren Ziele großenteils selbst erreichen, namentlich im Zusammenwirken mit ihrer Ergänzung, den Berufsvereinen. Neben dieser allerdings nur allmählich realisierbaren sozialpolitischen Bedeutung der Sache steht ihre volkswirtschaftliche und internationale.« Der Ausschuß des Vereins steht der Angelegenheit sympathisch gegenüber, kann aber eine Entscheidung erst in einigen Monaten treffen, da gegenwärtig das Arbeitsbudget des Vereins überlastet ist.

× ×

**Kopenhagener Bäckerei** Die berühmte Schöpfung der Kopenhagener Arbeiter, die Genossenschaftsbäckerei, konnte am 11. November das Fest ihres 25jährigen Bestehens feiern. Die Genossenschaft wurde 1886 als Antwort auf eine durch die kartellierten Bäckermeister beschlossene Brotpreiserhöhung mit einem Kapital von 10 000 Kronen gegründet. 4000 Kronen davon hatte die Parteizeitung *Social-Demokraten* hergegeben, der Rest war durch Anteilscheine à 10 Kronen aufgebracht worden. Nachdem man im ersten Jahr in gemieteten Räumen gewirtschaftet hatte, wurde bereits im zweiten ein Grundstück erworben und darauf eine eigene Bäckerei errichtet. 6 Jahre später folgte ihr eine Dampfmühle. Heute nehmen die Bauten der Genossenschaft eine Grundfläche von ½ Hektar ein. Die Genossenschaft beschäftigt gegenwärtig 59 Personen, für den Transport besitzt sie 30 Pferde und 19 Wagen. Im letzten Jahr verarbeitete sie 31 000 Tonnen Roggen und 9000 Tonnen Weizen zu 2 680 000 Broten. Ihr Einfluß auf die Arbeitsbedingungen der Bäckergesellen ist ein ganz enormer gewesen. Während bei ihrer Gründung die Arbeitszeit für diese Arbeiter allgemein 14 Stunden betrug, führte die Genossenschaftsbäckerei sofort den Zehnstundentag ein, und heute läßt sie in 3 Schichten zu 7½ Stunden arbeiten. Die Löhne sind um 2 bis 3 Kronen wöchentlich höher als in den privaten Brotfabriken.

Ein Tochterunternehmen der Kopenhagener Genossenschaftsbäckerei ist die Arbeiterfleischversorgung. Auch an der Arbeiterbrauerei Stjernen ist die Genossenschaft mit 100 000 Kronen beteiligt.

× ×

**Kurze Chronik** Nach den neuesten Ergebnissen der allerdings recht mangelhaften amtlichen Genossenschaftsstatistik gab es zu Anfang des Jahres 1910 in Deutschland 30 555 Genossenschaften (also 1058 mehr als im Vorjahr) mit 4½ Millionen Mitgliedern. Nimmt man an, daß die Genossenschaftsmitglieder meist Familienoberhäupter sind, und rechnet man die Familie zu 4,7 Köpfen, so wäre also heute bereits mehr als der 3. Teil des deutschen Volkes genossenschaftlich interessiert. Die vorhandenen Genossenschaften gliederten sich in 17 493 Kredit-, 3754 landwirtschaftliche Produktiv-, 2311 Konsum-, 2064 landwirtschaftliche Rohstoff-, 766 Werk-, 415 gewerbliche Produktiv-, 394 gewerbliche Rohstoff- und 128 Magazingenossenschaften. Der Gesamtumsatz aller Vereine betrug 22¾ Milliarden Mark bei einem eigenen Vermögen von 640 Millionen und fremden Geldern in Höhe von 4172 Millionen Mark. × Die Hamburger *Produktion* hat am 23. Dezember eine zweite große Bäckerei eröffnet. Der am rechten Alsterufer in der Hege-

straße gelegene 5stöckige Neubau ist ganz aus Eisen und Beton ausgeführt und mit den allermodernsten Maschinen und Vorrichtungen, die das gesamte Backgeschäft auf mechanischem Weg besorgen, ausgestattet. Die Bäckerei ist für eine Jahresproduktion von 5 Millionen Mark eingerichtet. × In Mannheim wurde eine genossenschaftliche Milchzentrale gegründet, der die Stadt, der Konsumverein und einige Beamten- und Arbeitervereine angehören. Die Zentrale wird auf dem Gelände des städtischen Schlachthofs einen Neubau mit den nötigen maschinellen Anlagen errichten; ihre Milchwagen werden die ganze Stadt befahren. × Der Landtag von Reuß älterer Linie hat eine Umsatzsteuer für Warenhäuser und Filialgeschäfte beschlossen, von der auch die Konsumvereine betroffen werden, wobei sich für die letzteren noch eine Ausnahmebesteuerung durch die Bestimmung ergibt, daß die erfaßten Unternehmungen ohne Rücksicht auf ihren tatsächlichen Reingewinn 7 % des Jahresumsatzes als Einkommen aus dem Detailgeschäft versteuern müssen. × Die *gemeinnützigen* Berliner Rabattsparvereine haben sich zu einem Verband zusammengeschlossen, dessen Zweck eine freundliche Verständigung über die räumlichen Interessenkreise der Vereine sein soll. Die größten Rabattsparvereine Berlins gehören der Organisation übrigens noch nicht an. × Die in dieser Rundschau (1911, 3. Band, pag. 1615) angekündigte Absicht der französischen Regierung der Kammer einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Gemeinden zur Errichtung kommunaler oder Unterstützung selbständiger Bezugsgenossenschaften ermächtigt werden sollten, ist an dem lebhaften Protest gescheitert, den sämtliche Parteien, mit Ausnahme der sozialistischen, aus Rücksicht auf ihre kleinbürgerlichen Wähler dem Projekt entgegenbrachten. × Am 11. Oktober hat der englische Genossenschaftsverband sein eigenes Heim in der Balloon Street in Manchester eröffnet, das zur Erinnerung an den größten englischen Genossenschafter den Namen *Holyoakehaus* tragen wird. × Der ungarischen Großeinkaufsgesellschaft *Hangya* waren am Ende des Jahres 1910 1074 Konsumgenossenschaften (gegenüber 992 im Vorjahr) mit 156 563 Mitgliedern angeschlossen. Der Umsatz dieser Vereine belief sich auf 38 216 954 Kronen, wovon für 19 016 418 Kronen = 55 % durch die Gesellschaft vermittelt wurden. × Die italienische Regierung hat die *Unione Cooperativa* in Mailand gebeten, in Tripolis eine Filiale zu errichten, um den Preistreibereien der dortigen Krämer ein Ende zu machen. × Der Kaiser von Japan hat durch einen Erlaß vom 11. Juli 1911 dem Zentralverband der japanischen Genossenschaften einen Betrag von 20 000 Yens (zirka 40 000 Mark) gestiftet. × Die Öl- und Talgfabrik der englischen Großeinkaufsgesellschaft in Sydney (Australien) hat im Jahr 1910 für 2¼ Millionen Mark Rohprodukte an die Seifenfabriken des Mutterunternehmens in Irlam, Dunston und Silvertown geliefert.

×

**Literatur** × In der *Sammlung wirtschaftspolitischer Schriften des Mittelstandes* /Gumbinnen, *Ostpreußische Handwerkszeitung*/ sucht Dr. Richard Pape *Bedeutung und Einfluß der Genossenschaften auf das wirtschaftliche Leben* zu ergründen. Die Darstellung möchte sich objektiv geben, kann sich aber doch nicht von der kleinbürgerlichen Ideologie befreien. Folgende Stelle aus seiner Schrift möge dies beweisen: »Die Genossenschaften mit ihren Zentral-, Ein- und Verkaufsverbänden, Geldausgleichstellen und Verbandsorganisationen werden sich noch im Lauf des Jahrhunderts mit den industriellen Ringen, Kartellen und Preiskonventionen vereinigen und alsdann unter Staatskontrolle gestellt werden müssen. Der Staatssozialismus, der heute schon von zahlreichen Gelehrten zugegeben wird, und die Konzentration des Kapitals werden dann Hand in Hand gehen, und die Verstaatlichung des Genossenschaftswesens wird schließlich zur Tatsache werden. . . . Eine derartige Entwickelung wäre nur zu bedauern. Sie würde uns zu Zuständen führen, wie sie im alten Rom zuletzt herrschten, als der reichen Kaste das Heer der 400 000 Sklaven gegenüberstand.« Daß das Buch auch von statistischen Irrtümern wimmelt (so taxiert der Verfasser den Wert der von den landwirtschaftlichen und gewerblichen Produktivgenossenschaften erzeugten Produkte auf 8½ Milliarden, den Umsatz der Konsumvereine auf 2½ Milliarden Mark), sei nur nebenbei bemerkt. × Eine im Grunde auch nicht viel wertvollere Arbeit ist die Doktordissertation *Der Sozialismus und die Genossenschaftsbewegung* von Sima Lazar. Der junge Autor hat eine Anzahl Erzeugnisse der Genossenschafsliteratur mit großem Fleiß studiert (seine zahlreichen Zitate beweisen dies) und

sich daraus ein teilweise sehr detailliertes, teilweise durchaus lückenhaftes, auf alle Fälle aber jeder selbstgewonnenen Erkenntnis entbehrendes Wissen von den Genossenschaften angeeignet. So ergibt sich ein Sammelsurium von Tatsachen und Zitaten, das demjenigen, der die Bewegung kennt, vielleicht hin und wieder eine neue interessante Einzelheit, dem Laien aber nur ein ganz schiefes, unvollständiges Bild der Sache bieten kann. Vor allem die Statistik ist mehr als mangelhaft. So bringt der Verfasser keine einzige Zahl über den Umfang und die Geschäftsergebnisse der deutschen Genossenschaftsbewegung; für die englischen Konsumvereine führt er als letzte Zahlen die von Eduard Bernstein in seinen *Voraussetzungen* für das Jahr 1903 gegebenen an. Trotzdem glaubt der Verfasser auf Grund dieser heute schon längst überholten Zahlen die Behauptung aufstellen zu können, daß die »Träume einer sozialen Umwandlung mit Hilfe der Konsumvereine durch die Erfahrung zerstört« seien. Auch von einer theoretischen Vertiefung des schwierigen Problems ist keine Rede. Obgleich der Verfasser Beatrice Webbs *Geschichte der englischen Genossenschaftsbewegung* gelesen hat, ist ihm zum Beispiel der prinzipielle Unterschied zwischen einer Produktivgenossenschaft und einer Produktivabteilung eines Konsumvereins eine dunkle Sache geblieben. Alles in allem keine talentlose, aber eine recht oberflächliche Arbeit.

## Staatssozialismus / Wilhelm Schröder

**Lohnämter** Die Haltung der preußischen Regierung zu Angelegenheiten, die das Gebiet des Staatssozialismus berühren, war neuerdings besonders nach zwei Richtungen hin beachtenswert.

Wesentlich auf sozialdemokratischen Ansporn hin sind bekanntlich in das Kaligesetz vom Jahr 1910 Bestimmungen aufgenommen worden, die einer Verschlechterung der bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Kaliindustrie vorbeugen. Selbstverständlich suchten die sozialdemokratischen Abgeordneten auf dem einmal beschrittenen Weg bei passender Gelegenheit eine weitere Etappe zu erreichen, und so beantragten sie bei der Beratung des Hausarbeitsgesetzes im Reichstag die Schaffung von Lohnämtern mit der Befugnis die Löhne obligatorisch festzusetzen. Der Redner der Partei, Abgeordneter Göhre, wies bei der Begründung des Antrags am 28. November 1911 darauf hin, daß es sich hier keineswegs um eine Angelegenheit handle, in der das Deutsche Reich den ersten Schritt tun würde. Der Gedanke des Lohnamts hat gerade in den letzten Jahren angefangen seinen Siegeszug durch die ganze zivilisierte Welt zu nehmen. Nicht mehr bloß die fernen australischen Staaten Neuseeland und Victoria haben heute Lohnämter, auch England hat diese Einrichtung seit 2 Jahren. Ebenso hat die französische Regierung der Kammer einen noch nicht verabschiedeten Gesetzentwurf mit dieser Neuerung vorgelegt, und die österreichische Regierung hat ebenfalls einen Entwurf eingebracht, der in seinen einzelnen Forderungen noch weiter geht als der französische. Auch in den Vereinigten Staaten stehen 2 Bundesstaaten, Wisconsin und Minnesota, im Begriff Lohnämter ganz nach dem australischen Muster einzuführen.

Bei der 1. Beratung des Hausarbeitsgesetzes im Februar 1910 hatte Staatssekretär Dr. Delbrück gegen die Lohnämter nichts anderes vorzubringen als den Einwand, daß man erst einmal abwarten müsse, wie in England die Dinge gehen würden. Jetzt aber, wo durchaus günstige Nachrichten über diesen sozialpolitischen Fortschritt vorliegen, hielt der erste sozialpolitische Beamte des Reichs es für geraten sich grundsätzlich gegen die staatspolitische Neuerung auszusprechen. Deutschland würde, so meinte er, mit solchen Versuchen auf einen Weg gelangen, den er grundsätzlich für bedenklich halte, und der ihm unter den Verhältnissen wie sie bei uns bestehen, überhaupt nicht beschreitbar erscheine. Was der Staatssekretär weiter sachlich gegen die von den Sozialdemokraten erhobene Forderung vorbrachte, zeugte von recht beträchtlicher Verlegenheit. Ein Staat wie England, so führte Herr Delbrück an, der eigentlich keine staatliche Verwaltung habe, der auf Selbstverwaltung beruhe, in dem die Exekutive unabhängig sei und auch nicht durch Parlamente beeinflußt werde, könne viel eher solche Bestimmungen treffen und durchführen als wir. Und das treffe noch viel mehr zu, wenn die Sozialdemokraten sich auf Australien und die Vereinigten Staaten beriefen, deren ganze soziale, wirtschaftliche und staatsrechtliche Struktur eine andere sei als Deutschlands.

Sollen diese Ausführungen überhaupt einen Sinn haben, so kann es nur der sein, daß eine sogenannte *starke* Regie-

rung, wie sie ja wohl in Preußen und den anderen deutschen Bundesstaaten besteht, zu staatlichen Hilfsmaßnahmen für die gedrücktesten und hilflosesten aller Arbeiter überhaupt nicht fähig ist, und daß nur Länder mit freier Verwaltung sich Eingriffe der geforderten Art leisten können.

×

**Staatsarbeiterrechte**

Die selbe Regierung, die mit so scharfen Worten ihrer Abneigung gegen bestimmte Maßnahmen zugunsten der Arbeiter Ausdruck geben ließ, trat wenige Tage später, am 8. Dezember, mit einem Erlaß an die Beamten heran, der die Erwartung ausgesprochen enthielt, daß sie die patriotische Pflicht aller staatstreuen Bürger erfüllen und von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen würden. War dieser Wink mit dem Zaunpfahl schon nicht mißzuverstehen, so noch viel weniger ein vom Eisenbahnminister von Breitenbach an die ihm unterstellten Arbeiter gerichteter Erlaß, der diesen Armen in einem Atemzug einschärfte, daß sie sich auch außerhalb des Dienstes achtbar und ehrenhaft zu führen und sich von der Teilnahme an sozialdemokratischen und ordnungsfeindlichen Bestrebungen, Vereinen und Versammlungen fernzuhalten hätten. Staatstreue Beamtenvereine wurden dann zu einem antisozialdemokratischen Wahlaufruf veranlaßt; und zum Überfluß mußte die *Norddeutsche Allgemeine Zeitung* der Öffentlichkeit noch bedeuten, daß der Treueid den Beamten verbiete der »verwerflichen Zumutung« sozialdemokratisch zu stimmen Folge zu leisten.

Derartige behördliche Übergriffe werden nun zum Glück durch die Tatsachen selbst korrigiert. Mit einigem Schmerz wiesen nach den Wahlen regierungstreue Blätter darauf hin, daß in dem zum guten Teil von Beamten bewohnten Westen Groß Berlins massenhaft sozialdemokratische Stimmzettel abgegeben worden seien.

Sollte der Verstaatlichungsgedanke weiter Raum in Deutschland gewinnen, so werden mittlerweile hoffentlich auch die Gewerkschaften den staatlichen Eingriffen gewachsen sein und schon dahin wirken, daß der Staat sich in die privaten Angelegenheiten der von ihm beschäftigten Personen nicht weiter hineinmischt als das Gesetz es zuläßt. Die Privatunternehmer sind ja, wenigstens in größeren Orten, nach dieser Richtung hin bereits von den Arbeiterorganisationen erzogen worden.

×

**Reichswohnungsgesetz**

Der Ruf nach einem Reichswohnungsgesetz wurde im Juni 1911 auch in liberalen Blättern laut, nachdem das preußische Herrenhaus in den Zweckverbandsvorlagen die Aufgabe des Verbands für die Beschaffung von Kleinwohnungen Sorge zu tragen gestrichen hatte. Sehr beachtenswert ist, was der frühere Staatssekretär und jetzige Abgeordnete Graf Posadowsky vor einiger Zeit in der *Deutschen Revue* schrieb. Die ganze Arbeit in der Wohnungsfrage, so führte er aus, würde eine Danaidenarbeit bleiben, wenn sie nicht durch ein Wohnungsgesetz unterstützt würde, das außer gewissen Mindestforderungen für die Herstellung von Wohngebäuden auch den Verwaltungs- oder Polizeibehörden das Recht gewährte Art und Umfang der Benutzung der Wohnräume entsprechend den Forderungen der Sittlichkeit und Gesundheit zu regeln und die Möglichkeit einer ausreichenden Aufsicht seiner Durchführung gäbe. Die offenen und stillen Gegner der Sozialpolitik würden für diese Arbeit nicht zu gewinnen sein. Aber es gäbe auch sozialpolitisch freundlich gesinnte Kreise, deren guter und edler Wille gegenüber den vielfachen Anforderungen staatlicher und privater Fürsorge sozialer Art zu erlahmen drohte. So hörte man denn wohl das Wort, nun möchte man einmal mit der Sozialpolitik aufhören. Dies käme ihm aber so vor, als ob man dem Handel, der Industrie oder der Landwirtschaft zumuten wollte, man sollte einmal mit der Handels- und Wirtschaftspolitik aufhören. Allen denen, die das große Ziel der Wohnungsreform grundsätzlich billigen, ruft Graf Posadowsky am Schluß das schöne Bibelwort zu: »Lasset uns Gutes tun und nicht müde werden.«

×

**Preußen: Wassergesetz**

Dem preußischen Landtag ist am 15. Januar der Entwurf eines Wassergesetzes zugegangen. Heute wird das Wasserrecht in Preußen durch 78 verschiedene Gesetze geregelt, von denen das älteste, die Mühlenordnung für die schwarze Elster, vom Jahr 1561 datiert. Ein beträchtlicher Teil der Gesetze stammt aus dem 18. oder dem Beginn des vorigen Jahrhunderts; und eine Neuregelung hält die Begründung des Entwurfs um so mehr für notwendig als die Ent- und Bewässerung für die intensivere Landwirtschaft, das Talsperrenwesen, die Trinkwasserversorgung, die Ausnutzung der Wasserkraft zu Triebwerkszwecken und die Einleitung von Ab-

wässern der Fabriken und Bergwerke in die Wasserläufe eine immer größere Bedeutung erlangt haben.

Seit 1894 sind 3 Entwürfe über das Wasserrecht von der preußischen Regierung veröffentlicht, jedoch nicht dem Landtag vorgelegt worden. In den Jahren 1899 bis 1905 hat der Staat dann 5 Gesetze zur Verbesserung der Vorflut und Verhütung von Hochwassergefahren für die Flußgebiete der Oder, der Spree und der Havel erlassen; weiter sind als allgemeine Landesgesetze zu nennen: das Gesetz vom 16. August 1905, das die Freihaltung der Überschwemmungsgebiete regelt, das Quellenschutzgesetz vom 14. Mai 1908 und das Gesetz über die Herstellung und den Ausbau von Wasserstraßen vom 1. April 1905. Alle diese Gesetze haben den Fortgang der allgemeinen Reform verzögert.

Aus dem neuen Gesetzentwurf möge hier die Frage hervorgehoben werden, ob ein privatrechtliches Eigentum an den Wasserläufen zu konstruieren ist. Eine vom Oberverwaltungsgericht vertretene Auffassung hält den Wasserlauf als solchen des Eigentums nicht für fähig. Eine entgegengesetzte Auffassung vertritt das Reichsgericht, und ihr hat sich auch der Entwurf angeschlossen. Es wird als Erfordernis der Rechtssicherheit und als der modernen Entwickelung des Immobilienrechts entsprechend bezeichnet, daß die Eigentumsfrage nicht ungeregelt bleibe. Es kommt weiterhin in Betracht, daß in zahlreichen Fällen auch grundbuchmäßig das Eigentum an Wasserläufen eingetragen ist; und es wird behauptet, daß die Gesetzgebung dies eingetragene Recht doch unter allen Umständen respektieren müsse. Weiter heißt es, daß dem Gesichtspunkt, der Wasserschatz sei ein nationales Gut und seine wirtschaftliche Ausnutzung dürfe nicht an einem starren Eigentumsbegriff scheitern, durch die nähere Ausgestaltung der Rechte und Pflichten des Eigentümers sehr wohl Rechnung getragen werden könne. Die Frage, wer als Eigentümer gesetzlich anzuerkennen sei, beantwortet der Entwurf dahin, daß im allgemeinen die schiffbaren Flüsse dem Staat, die nichtschiffbaren, die als Wasserläufe zweiter und dritter Ordnung bezeichnet werden, dem Anlieger zu Eigentum übertragen werden. Die auf besonderm Titel beruhenden Eigentumsrechte bleiben aufrechterhalten; in einzelnen Bezirken, namentlich in der Provinz Hessen-Nassau, verbleibt das Eigentum an natürlichen, nichtschiffbaren Wasserläufen den Gemeinden oder Gutsbezirken. Eine Abweichung von dem Entwurf des Jahres 1894 liegt darin, daß dieser das Eigentum am Wasserlauf untrennbar mit dem Ufergrundstück verbinden wollte, während der neue Entwurf den Anteil des Anliegers am Wasserlauf als Bestandteil des Ufergrundstücks bezeichnet und seine selbständige Veräußerung zuläßt. Die Unterhaltungspflicht liegt bei den Strömen dem Staat ob. Nach dem bisherigen Recht war der Staat nur zu Maßnahmen für die Erhaltung der Schiffbarkeit verpflichtet.

Alles in allem scheint es, als ob in dem neuen Entwurf dem Privateigentum in hohem Maß Rechnung getragen worden ist.

× ×

**Kurze Chronik** Vor einigen Wochen unterbreitete der Postminister der Vereinigten Staaten, Hitchcock, der Öffentlichkeit einen Plan, wonach sämtliche Telegraphenlinien der Union verstaatlicht werden sollen. Die Umstände, unter denen dies geschah, sind etwas seltsamer Art. Es wird nämlich mitgeteilt, daß der Minister weder dem Präsidenten Taft noch dem Kabinett über seine Absichten irgendwelche Mitteilungen gemacht habe, und zwar, weil es ihm nicht möglich gewesen sei die bereits vor Jahresfrist geplante Maßregel in einer Kabinettssitzung zur Sprache zu bringen. Die Demokraten sollen dem Plan des Postministers geneigt sein, während die Republikaner mit dem Präsidenten an der Spitze von einer Unterbindung der individuellen Betätigung des Amerikaners nichts wissen wollen.

× ×

**Literatur** In der bekannten Schriftensammlung *Kultur und Fortschritt* /Leipzig, Dietrich/ hat der Rassenpolitiker Heinrich Driesmans eine *Menschenreform und Bodenreform* betitelte Broschüre erscheinen lassen. Geistige Geschlossenheit ist nicht der Vorzug der Abhandlung. Sie beginnt in der Vorrede mit einer heftigen Polemik gegen Wilhelm Ostwald, der dem Helden des Verfassers, dem englischen Propheten für Rassenveredelung, Francis Galton, angeblich nicht genügend Gerechtigkeit hat widerfahren lassen. Dann kommt eine Lobpreisung der Bodenreform und ihres Propagandisten Damaschke sowie ein Klagesang darüber, daß schon das Mittelalter die nicht minder notwendige Menschenreform verabsäumte. Später kommt der Autor auf Nietzsche zu sprechen, der bereits darauf hingewiesen habe, daß der chinesische Kuli dazu be-

stimmt erscheine das europäische Arbeiterproletariat abzulösen. Über das Schicksal dieses Proletariats erfahren wir nichts Näheres. Man könnte ja annehmen, daß es sich gemeinsam mit den Kapitalisten zum Herrenmenschentum entwickelte; aber gegen diese schöne Zukunft spricht Herrn Driesmans Befürchtung, daß Rassenkreuzungen der Mongolen mit den unteren Ständen nirgends ausbleiben würden. In dieser Not öffnet sich ein Ausweg. Der Verfasser läßt eine Stadt, Roda mit Namen, erstehen, deren Bewohner auf den Gedanken kommen zuerst ihre gröberen, dann ihre feineren Lebensbedürfnisse sich auf genossenschaftlichem Weg zu beschaffen. Zuletzt ist ganz Deutschland eine einzige Genossenschaft, und wenn wir so weit sind, ist ja wohl auch die Rassenveredelung zur Vollendung gediehen. Der Verfasser hat die Eigentümlichkeit anderer Projektenmacher, für die diejenigen, die sich praktisch ein wenig früher mit den von ihnen erörterten Fragen befaßt haben, gar nicht vorhanden sind. Mich will bedünken, daß die heutigen Gewerkschaften durch Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung bereits mehr zur Rassenveredelung beigetragen haben als alle Bodenreformer und Deutschtümler zusammengenommen, und daß die Proletarier auch nicht erst auf Herrn Driesmans warteten, um, allen staatlichen Hindernissen zum Trotz, das Genossenschaftsproblem anzupacken. Es bliebe für den Verfasser das Verdienst übrig die nichtproletarischen Schichten auf die Bedeutung der Konsumgenossenschaften aufmerksam gemacht zu haben. Dazu bedurfte es aber kaum der Weitläufigkeiten über Menschenauslese.

## WISSENSCHAFT

### Rechtswissenschaft / Otto Lang

**Strafprozeßreform** Der Reichstag ist aufgelöst worden, bevor die Strafprozeßreform zum Abschluß kam. Die Situation ist nun die, daß die Reform des Strafprozesses bis zum Erlaß des neuen Strafgesetzbuchs zurückgestellt bleibt; dieses wird aber noch eine Reihe von Jahren auf sich warten lassen. Die Regierung leitete die Begründung zum Strafprozeßentwurf mit den Worten ein: »Unter den Reichsjustizgesetzen des Jahres 1877 hat von Anfang an die Strafprozeßordnung am wenigsten befriedigt.« Am häufigsten ist gerügt worden, daß sie gegen die Urteile der Strafkammer die Berufung nicht zuläßt. Dieser Mangel hätte sich aber nicht so fühlbar gemacht, wenn die Strafprozeßordnung nicht mit anderen, ebenso schweren Gebrechen behaftet gewesen wäre. Beanstandet wurde vor allem die Rechtlosigkeit des Angeklagten im Vorverfahren, der Mangel an Garantieen gegen grundlose Verhaftung, die Art der Wahl der Schöffen und Geschwornen und der geringe Anteil, der dem Laienelement in der Strafrechtspflege jetzt eingeräumt ist.

Nachdem der Reichstag sich im Jahr 1902 neuerdings für die Berufung gegen Strafkammerurteile ausgesprochen hatte, beauftragte die Reichsverwaltung eine Kommission mit der Ausarbeitung von Grundsätzen für die Umarbeitung des Prozeßverfahrens. Protokolle und Beschlüsse dieser Kommission sind im Jahr 1905 in einem fast 1200 Seiten starken Band veröffentlicht worden. Im Jahr 1909 legte die Reichsregierung dem Reichstag den neuen Entwurf vor, der namentlich durch die sozialdemokratische Partei starke Anfechtung erfuhr. Zu den am meisten bestrittenen Punkten gehörte die Art der Besetzung der Berufungssenate, also der Instanz, an die die Urteile der Strafkammer sollten weitergezogen werden können. Der Entwurf sah eine Besetzung mit 5 Berufungsrichtern (Landgerichts- oder Oberlandesgerichtsräten) vor. Diese Lösung befriedigte auch in bürgerlichen Kreisen nicht: zahlreiche Stimmen forderten auch für die Berufsinstanz den Zuzug von Laien. Die Reichstagskommission stellte sich in der 1. Lesung auf den gleichen Standpunkt und nahm einen Antrag an, demzufolge die Berufungsgerichte aus 2 Richtern und 3 Schöffen gebildet werden sollten. In der 2. Lesung ergab sich jedoch eine Mehrheit für den Vorschlag der Regierung. Der Reichstag dagegen hielt auch in der 2. Lesung daran fest, daß in der Berufungsinstanz Laien mitzuwirken haben. Nun erklärte der Justizminister, daß der Zuzug von Laien zu den Berufungssenaten die Vorlage für die Regierungen unannehmbar mache. Darob geriet die Arbeit ins Stocken.

Zwei Vorschläge sind gemacht worden. Der eine geht dahin, daß durch eine Novelle, die die Grundlagen des Strafprozesses im übrigen unberührt lasse, wenigstens die Berufung gegen Strafkammerurteile eingeführt und damit eine seit dreißig Jahren immer wieder erhobene Forderung erfüllt werde. Der andere Vorschlag, für den sich wohl leichter eine Mehrheit wird finden lassen, bezeichnet als das Dringendste eine Reform des Strafverfahrens gegen Jugendliche (Personen bis zum zurückgelegten 18. Jahr).

Diese Reform könnte durchgeführt werden, ohne daß zu den anderen bestrittenen Punkten Stellung genommen werden muß. Auch besteht kein Grund damit bis zum Erlaß des neuen Strafgesetzbuchs zu warten; denn das erste Postulat besteht hier gerade darin jugendliche Personen dem Strafrichter zu entziehen und an die Stelle der Strafe Besserungs- und Erziehungsmaßregeln treten zu lassen. Es wäre erfreulich, wenn der neugewählte Reichstag die Lösung dieser brennendsten Frage in sein Arbeitsprogramm aufnehmen wollte.

× ×

**Internationales Eherecht**

Die modernen, durch die kapitalistische Entwickelung bedingten Völkerwanderungen machen an den Landesgrenzen nicht halt. Jede neue Volkszählung ergibt eine Vermehrung der Zahl der Ausländer, unter ihnen eine Zunahme derjenigen, die sich nicht nur zum Zweck der Berufsausbildung oder der Erlernung einer fremden Sprache ins Ausland begeben haben sondern um sich dort eine Existenz zu gründen. Diese Bevölkerungsvermischung führt auf rechtlichem Gebiet zu Kollisionen und Härten verschiedenster Art. Sie hängen damit zusammen, daß der Ausgewanderte in gewissen Beziehungen unter der Herrschaft seines heimatlichen Rechts bleibt. Besonders drückend sind die sich daraus ergebenden Konflikte auf dem Gebiet des Eherechts, wo es sich um Verhältnisse handelt, die für die ganze Gestaltung des Lebens von tiefster Bedeutung sind. Man denke an folgenden Fall: Die im Ausland geschlossene Ehe wird im Heimatstaat nicht anerkannt; dann erwerben die aus dieser Ehe hervorgegangenen Kinder nicht das Bürgerrecht des Vaters, und im Heimatstaat der Mutter werden sie als unehelich behandelt. Und das Gegenstück: Der Heimatstaat versagt dem Scheidungsurteil des ausländischen Gerichts die Vollstreckung; dann gewärtigen die geschiedenen Ehegatten Bestrafung wegen Bigamie, falls sie sich wieder verehelichen. Nun gab es für die Behörden einen sehr einfachen Ausweg aus diesem Dilemma: Sie weigerten sich, wo solche Konflikte drohten, Ausländer zu trauen oder zu scheiden. Damit war aber diesen wieder wenig geholfen.

Das Bedürfnis nach einer rationelleren Lösung führte zum Abschluß der Haager Konventionen über die Eheschließung, die Ehescheidung und die Trennung von Tisch und Bett. Durch besondere Weitherzigkeit zeichnen sich nun allerdings diese Übereinkünfte, denen bis jetzt Deutschland, Belgien, Frankreich, Luxemburg, Italien, die Niederlande, Rumänien, Schweden, Portugal und die Schweiz beigetreten sind, nicht aus. Ihr Wert liegt in der Hauptsache darin, daß überhaupt eine Ordnung getroffen und eine gewisse Rechtssicherheit in dem Sinn geschaffen wurde, daß die Konventionen die Bedingungen festsetzen, unter denen die im Ausland vollzogene Eheschließung oder Ehescheidung in den Vertragsstaaten anerkannt werden muß. Damit ist wenigstens der Weg betreten, auf dem man zu einem befriedigenden Zustand gelangen kann.

Die Konvention über die Eheschließung stellt den Grundsatz an die Spitze: das Recht zur Eingehung einer Ehe richtet sich bezüglich eines jeden der beiden Verlobten nach dem Gesetz des Staats, dem sie angehören. So kann sich beispielsweise ein Deutscher in Frankreich mit einer Italienerin verheiraten, wenn der Bräutigam nach deutschem und die Braut nach italienischem Recht *ehefähig* ist. Der Grundsatz erfährt aber in der Konvention sowohl eine Verschärfung als auch eine Milderung. Die Verschärfung besteht darin, daß jeder Vertragsstaat berechtigt ist, gewisse für den Einheimischen geltende Eheverbote auf Ausländer anzuwenden, auch wenn das heimatliche Recht des Ausländers dieses Eheverbot nicht kennt. Ein Beispiel: Das deutsche Bürgerliche Gesetzbuch verbietet Personen, die mit einander Ehebruch begangen, die Eingehung einer Ehe; dem schweizerischen Recht ist eine solche Bestimmung fremd. Dennoch wird sie auch auf den Schweizer, der in Deutschland die Ehe eingehen will, angewandt. Andrerseits (und darin liegt die Milderung) ist kein Staat verpflichtet solche Eheverbote des ausländischen Rechts zu respektieren, die auf Gründen religiöser Natur beruhen. So ist es beispielsweise der Schweiz nicht verwehrt die Trauung eines ausländischen Priesters, dem in seinem Heimatstaat die Eingehung der Ehe untersagt wäre, zu gestatten; freilich sind die anderen Vertragsstaaten berechtigt dieser Ehe die Anerkennung zu versagen.

Die Konvention über die Ehescheidung geht von folgendem Grundsatz aus: Wenn ein Staat die Ehescheidung zuläßt, so müssen auch Scheidungsklagen von Ausländern gutgeheißen werden, falls sowohl nach dem heimatlichen Recht der Ehegatten als nach dem Recht des Orts, wo auf Scheidung geklagt wird, Scheidungsgründe vorhanden sind. Der Deutsche, der in der Schweiz einen Ehescheidungsprozeß anstrengt, hat also dar-

zutun, daß er sowohl nach schweizerischem wie nach deutschem Recht die Scheidung seiner Ehe verlangen kann. Das Scheidungsurteil des ausländischen Gerichts muß in allen Vertragsstaaten anerkannt werden, wenn die Bestimmungen der Konvention beobachtet worden sind. Es ist begreiflich, daß Auslegung und Anwendung dieser Übereinkünfte zu manchen Zweifeln Anlaß gegeben haben. Einen guten Führer auf diesem kontroversen Gebiet hat man indes in dem Werk *Das internationale Privat- und Zivilprozeßrecht auf Grund der Haager Konventionen*, das Professor F. Meili und Dr. A. Mamelok /Zürich, Orell-Füßli/ herausgegeben haben.

×

**Schweiz: Zivilrecht** Das schweizerische Zivilgesetzbuch, das am 1. Januar dieses Jahres in Kraft getreten ist und der Mannigfaltigkeit von 24 kantonalen Gesetzbüchern ein Ende bereitet hat, hat auch in Deutschland lebhaftes Interesse erweckt. In mehr als einer Hinsicht bildet es nämlich einen Gegensatz zum deutschen Bürgerlichen Gesetzbuch. Dieses ist ein ausgesprochenes Juristenrecht und deshalb dem Laien nur schwer verständlich. Alle Fäden sind ins feinste ausgesponnen und zu einem kunstvollen, komplizierten Gewebe verarbeitet. Die einzelnen Bestimmungen werden durch ein Netz von Beziehungen unter sich verbunden, die man alle kennen und überblicken muß, um Sinn und Tragweite der Vorschriften richtig zu deuten. Das alles konnte aber nur durch eine reiche Kasuistik, eine ganz abstrakte Sprache und zahlreiche Verweisungen auf voraufgegangene Paragraphen erreicht werden. Das schweizerische Zivilgesetzbuch befleißigt sich dagegen einer einfachen und anschaulichen Ausdrucksweise, die sich nach Möglichkeit der Sprache des täglichen Lebens nähert. Jeder Artikel ist für sich verständlich. Die Verfasser haben das Kunstwerk zustande gebracht das Gesetz so zu redigieren, daß nirgends eine Verweisung auf frühere Vorschriften erforderlich wurde. Es vermeidet die weitgehende Kasuistik und begnügt sich mit der Aufstellung der grundsätzlichen Regeln. Das drückt sich auch im Umfang des Gesetzes aus: Es bewältigt in 1500 Artikeln den Stoff, den das deutsche Gesetzbuch in 2300 Paragraphen abwandelt. Eine Folge dieser Kürze besteht darin, daß es bei dem schweizerischen Recht viel häufiger als beim deutschen Gesetzbuch auf das richterliche Ermessen ankommt. Es muß mit der Möglichkeit rechnen, daß der Richter auf eine Lücke im Recht stößt oder doch keine Bestimmung findet, die sich ungezwungen auf den zu beurteilenden Tatbestand anwenden läßt. Der Richter wird deshalb im 1. Artikel angewiesen in einem derartigen Fall »nach Gewohnheitsrecht und, wo auch ein solches fehlt, nach der Regel zu entscheiden, die er als Gesetzgeber aufstellen würde«. Dadurch, daß jedem Artikel als Marginale ein Stichwort beigefügt ist, das auf seinen Inhalt hinweist, wird nicht nur die rasche Orientierung erleichtert; diese Marginalien erweisen sich auch einerseits als ein treffliches Mittel für die Gesetzesauslegung wie sie andrerseits den Gesetzgeber zu einer straffen und klaren Systematik zwangen. Zu einer volkstümlichen Fassung und Ausgestaltung des Gesetzes nötigte schon der Umstand, daß in der Schweiz die erstinstanzlichen Gerichte zum größten Teil mit Laien besetzt sind. Wie so oft im Leben dürfte sich, was die Not gebot, als Tugend bewähren.

×

**Motuproprio** Der Zeitungsleser ist ein geplagter Mann; nie wird er mit Lernen fertig: gestern mußte er sich mit der Geographie Nordafrikas befassen, heute bei Brockhaus über die Geheimnisse des Methylalkohols Aufschluß holen, morgen sich die Namen der chinesischen Republikaner einprägen, die nächstens ins Ministerium des Reichs der Mitte einziehen. Seit kurzem weiß er auch ganz genau, was er sich unter einem *Motuproprio* vorzustellen hat. Der päpstliche Erlaß, der die Öffentlichkeit während einiger Wochen beschäftigte (er wird nach den Eingangsworten *Quantavis diligentia* zitiert und trägt das Datum des 9. Oktober 1911), bedroht alle diejenigen mit Exkommunikation, die ohne Erlaubnis der kirchlichen Behörden geistliche Personen vor dem weltlichen Richter belangen oder zwingen vor dem weltlichen Gericht zu erscheinen (siehe darüber Kampffmeyer *Der Klerikalismus als Staatsretter* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1911, 3. Band, pag. 1599 ff.). Daß dieses Verbot mit der staatlichen Ordnung unverträglich ist und den Gläubigen einem schweren Konflikt aussetzt, bedarf keiner weitern Darlegung. Von katholischer Seite ist die öffentliche Meinung durch den Hinweis darauf beschwichtigt worden, daß für Deutschland das Motuproprio keine Geltung habe, weil hier ein gegenteiliges partikulares Gewohnheitsrecht gelte, das durch jenen päpstlichen Erlaß nicht berührt werde.

Aus dem *Reichsanzeiger* vom 15. Dezember 1911 erfuhr man, daß der Kardinalstaatssekretär dem preußischen Gesandten beim päpstlichen Stuhl die Richtigkeit dieser Auffassung bestätigt und ausdrücklich anerkannt hat, daß das Motuproprio Deutschland nicht berührt. Damit ist der Anstand formell erledigt. Ob aber der päpstliche Erlaß nicht dennoch das Verhalten gläubiger Katholiken beeinflußt und sie beispielsweise von Strafanzeigen gegen Geistliche abhält, wird schwer zu konstatieren sein.

× ×

**Kurze Chronik** Am 3. Januar starb der Breslauer Rechtslehrer Felix Dahn (siehe die Rubrik *Geschichte*, in diesem Band, pag. 129). × Dem Vernehmen nach wird im Reichsjustizamt die Frage geprüft, ob für richterliche Beamte eine obere Altersgrenze (wie zum Beispiel in Frankreich das 70. Lebensjahr) anzusetzen sei. × Auch für das Jahr 1911 ist eine starke Zunahme der Assessoren und Referendare festgestellt. In Preußen beläuft sich die Zahl der Assessoren auf 3377, die Zahl der Referendare gar auf 7602.

× ×

**Literatur** Es sei hier auf einige Bücher hingewiesen, die sich nicht nur an Juristen sondern an ein weiteres Publikum wenden. Den Vorrang verdienen die *Bunten Betrachtungen und Bemerkungen*, die der hochbetagte österreichische Reichsgerichtspräsident Dr. Joseph Unger in 3. Auflage unter dem Titel *Mosaik* /Leipzig, *Akademische Verlagsgesellschaft*/ herausgegeben hat. Aphorismen, kurze Betrachtungen und Urteile über Menschen und Dinge, Bekenntnisse, kleine Erlebnisse und Anekdoten, in buntem Wechsel; zugleich das Spiegelbild eines reichen Lebens und eines Mannes, der zwar mit Genugtuung feststellt, er sei weder Höfling noch Sozialdemokrat, aber doch darüber froh ist, daß ihm der »das Leben erträglich machende Sinn für den Unsinn« nicht fehlt. × Von dem Gerichtsberichterstatter Hugo Friedländer liegt der 4. und 5. Band seiner *Interessanten Kriminalprozesse von kulturhistorischer Bedeutung* /Berlin, Barsdorf/ vor. Der 4. Band gibt unter anderm die Gerichtsverhandlung gegen den Pastor Breithaupt, den Leiter der Fürsorgeanstalt Mieltschin, wieder; der 5. Band den Spielerprozeß des Ministers Ruhstrat. × In der spannenden Erzählung *Das keimende Leben* /Leipzig, Rowohlt/ macht der Dichter Herbert Eulenberg Propaganda für die Straflosigkeit der Abtreibung. Sind seine Argumente auch nicht neu, so steigert er doch durch die künstlerische Einkleidung ihre Wirkung und Überzeugungskraft.

# KUNST

## Bildende Kunst / Lisbeth Stern

**Berlin: *Sezession* 1912** Herrlich ist dies Jahr die Schwarzweißausstellung, konzentriert kräftig und lebendig. Man kann wirklich froh sein alle diese ganzen Entwickelungen und alle diese neuen Kräfte in ihrem Auftrieb bunt durcheinanderschwirren zu sehen und sie nicht erst durch die Geschichte geklärt und gesichtet vorgesetzt zu bekommen. Überall steht man vor dem Zweifel, ob diese neuen Regungen nur Resonanzen sensibler Naturen sind, durch das allgemeine Wachstum mit in Bewegung versetzt, oder Äußerungen von selbständigen Kräften, die da ihren Raum suchen. Inmitten dieser Ungewißheiten fühlt man sich selbst neu und fühlt Entdeckerwonnen.

Es ist schwer in dem Andrang der Eindrücke eine, wenn auch noch so äußerliche, Gruppierung vorzunehmen. Unter den Zeichnungen fällt in ganz äußerer Beziehung am meisten Baluschek in die Augen, dessen zyklische Zeichnungen eine ganze Wand einnehmen. Sie umfassen jene Welt, die sich um die Eisenbahn gruppiert und von ihr lebt. Die Linien, die die Eisenbahnen zwischen fernen Ländern ziehen, um deren Leben zu übermitteln, und neben diesen geheimnishaften Linien das kleine Volk der Menschen, das dem Riesenwesen seine Nahrung gibt und es versorgt, ohne Einsehen und Ahnung ihrer eigenen Funktionen in dem Riesenkomplex von Kräften: das ist alles zum Teil sehr gut in Baluscheks Kohlezeichnungen zum Ausdruck gekommen, zum Beispiel in dem Zug der Arbeiter zum Bahndamm oder in dem Winterbild (die kleine Station im Schnee): der trübe Himmel ganz überzogen von Telegraphendrähten. Und doch kommt bei Baluscheks Zeichnungen immer wieder eine unkünstlerische Gebundenheit ans Objekt zum Vorschein, die entfernt an dozierende Anschauungsbilder erinnert; wenn auch Baluscheks literarische Begabung in Zeichnungszyklen dieser Art viel besser zum Ausdruck kommt als in seinen Einzelbildern. Wie ganz anders faßt der Amerikaner Pennel die Großstadt. Ihm hat sich die Stadt mit ihren Bauten, den

enormen Schloten und Maschinen in einen Riesenleib verschmolzen. Alles ist in ihren Dunst getaucht und führt ein phantastisch übersponnenes Leben. Diese Radierungen erinnern in ihrer Auffassung der Großstadtlandschaft vielleicht an die Phantastik Turners. Neben ihnen fallen die sonst guten Straßenbilder des Londoners Bone fast als nüchtern ab. Käte Kollwitz hat unter ihren Zeichnungen ein sehr gutes Selbstporträt und 3 große Kopfzeichnungen, in einem Rahmen vereinigt. Es sind wohl Varianten des immer ähnlichen Themas: eine Mutter, die versucht ihr Kind an sich zu halten, das irgend eine Gewalt ihr unter den Händen schon genommen hat. Diese Blätter, besonders aber der mittelste Frauenkopf, sind für mich von so unerhörter Schönheit wie weniges sonst. Der schwere Fluch des Lebens ist mit konzentriertester Kraft dort gegeben und lastet auf jedem Strich. Werke, die einen derart geschlossenen Seelengehalt haben, kann es nicht viele geben. Das sind Früchte, wie sie dann und wann wohl von einem reifen Leben abfallen mögen.

Unter den vielen, die keine größere Kollektion ausgestellt haben, und die man gern erwähnen möchte, wären einmal die zu nennen, die sich an Liebermanns Aquarellart angeschlossen haben. Oppler, vor allem Rhein haben sehr lebendige Bilder ausgestellt. Dann Klemm, der aus seinem engen Rahmen heraustritt, aber noch nicht so geschlossen wirkt wie in seinen abendlichen Schnee- und Eisbildchen; Feldmanns seltsam innerlich vergeistigte Aquarellzeichnungen; 3 größere Blätter Hubers mit ihrem feierlich bewegten Rhythmus; ferner Meseck, Merenskjold und Beckmann, der überall ernsthaft und kräftig wirkt. Von Israels sind eine Reihe Radierungen und Zeichnungen, aus denen wieder die schlichte Güte seiner Seele in vollem Maß spricht. Ein sehr reizendes Blatt von Th. Th. Heine: eine feine Prinzessinfrau im Walde, von deren tierhaften Brüsten Gazellen trinken. Überhaupt spuken diese grazilen Tierchen mit ihrem gefleckten, hellen Fell und dünnen Beinchen (offenbar vom Islam übernommen) mehrfach herum. Eine große Kollektion Pastellzeichnungen stellt Ludwig von Hofmann aus, dessen Bild in den letzten Jahren nach meinem Empfinden etwas verblaßt war. Jetzt wirkt wieder, vielleicht durch das Nebeneinander, in dem eins das andre ergänzt, die volle Schönheit seiner Natur, die man ganz uneingeschränkt und frei genießen kann, und entschädigt für zeitweilige Leeren in seinen Bildern. Meist ist der Horizont so hoch abgeschlossen, daß er die Menschen wie Gewächse der Erde umfaßt. Sehr schön ist ein Aufblick auf blaues Wasser mit vielen schwimmenden weißen Pferden, auf denen Jungen sitzen. Dann und wann geht Hofmann über so ruhige Motive heraus, macht einen Anlauf zu einem größern Bewegungsrhythmus; ich denke an ein Bild, auf dem drei Frauen schräg einander überschneidend eine gleichzeitige Tanzbewegung machen. Der Schwung der mittelsten Bewegung ist riesig kühn, nur wird die Bewegung von den beiden anderen nicht im entsprechenden Maß weitergeführt, so daß das Problem in seiner vollen Größe nicht gelöst ist. Nach meiner Meinung könnte die Bewegung der Drei viel paralleler sein. Die Farben haben durchweg die volle, etwas süße Schwere, die Pastell geben kann.

Mehrere Räume füllt die große Gruppe der Illustratoren, als Repräsentanten einer neu erwachten Kunstrichtung. Vor allem sind da Walsers Illustrationen zu französischen Rokokoromanen zu nennen, die das Eigene und Reizvolle Walsers viel mehr zum Ausdruck bringen als seine Bilder. Was man von Illustrationen irgend verlangen kann, hat Walser gegeben: dekorativ sind sie rundweg entzückend, niemals behaupten sie einen selbständigen Bildwert, sondern sie weisen in ihrer entfernten, etwas spielerigen Art stets auf den Text hinüber, den zu lesen sie alleräußerste Lust und Neugier erwecken. Hierin wie in den zur Zeichnung gewählten Momenten, die vor und zurück nur halb zu lösende Rätsel aufgeben, ist Walser unübertreffbar. Sehr ausgezeichnet, besonders im dekorativen Sinn, sind auch die Klemmschen Schnitte zu Charles de Costers *Tyll Eulenspiegel*. Sie haben aus der mittelalterlichen Art der Illustration das ganz Gedrängte übernommen, bei der die Fläche bis ins Letzte gefüllt ist. Zu den Lithographieen Corinths zum *Hohen Lied* verhalte ich mich im Grunde ganz ablehnend. Nie würde ich zum *Hohen Lied* irgend etwas von Illustrationen verlangen: So einzig gesteigerte Poesie im höchsten Sinn kann durch eine solche Mengung von Künsten nur leiden. Eine Ineinanderwirkung scheint mir in jedem Sinn nur fruchtbar bei nicht ganz reinen Gattungsexemplaren, die an sich schon zu noch anderen Wirkungen herüber-

spielen. Davon aber abgesehen, daß ich das *Hohe Lied* nicht illustriert sehen mag, sind viele von den Lithographieen herrlich, zum Beispiel das Titelblatt und jenes, auf dem der Geliebte an die Türe der Kammer klopft, und draußen der Sternenhimmel ist; sie haben Leidenschaft und oft eine hohe, ungehemmte Erotik. Sehr gut sind Meids Bilder zum *Othello* und Slevogts Zyklus; beide sind frei bewegt und etwas abenteuerlich aufgebauscht.

In einem Raum hängen Handzeichnungen von Künstlern des 19. Jahrhunderts, unter denen Feuerbach wieder wie ein Riese dasteht. Es sind nicht viele Blätter und zum großen Teil von der Jahrhundertausstellung her bekannte; einige von ihnen sind von ganz wunderbarer Vollkommenheit. Sie sind von dem schwer quellenden Lebensgefühl Feuerbachs gehalten und getragen. Es ist, als wenn ihm die Seele mit sehnsüchtiger Liebe übergefüllt ist zu den Menschen, die er da malt, zu ihren festgefügten Knochen und ihren sehnigen Gliedern, und wenn auch dann und wann ein Schimmer von kalter Klassik befremdet, so scheint er kaum mehr als ein verhüllendes Kleid zu sein. In diesem historischen Raum ist für mich am auffälligsten die Heiligkeit, mit der die Linie behandelt wird, die wir nicht als irgend ein Symbol sondern als einfach organisches Gewächs recht verlernt haben zu sehen. Wie sie sich aufbaut, Glied um Glied, und wie all ihren Wendungen mit Verehrung nachgegangen wird, das hat etwas von idealistisch vergeistigter Sinnlichkeit: Ich denke dabei an eine Aktzeichnung Feuerbachs, vor allem aber an Genelli und Schnorr; von letzterm ist eine sehr reizende Landschaft mit ländlichen Bläsern voll kräftiger Erzählungsart. Die wenigen Zeichnungen Schwinds haben nur kompositorischen Reiz. Spitzweg erscheint neben diesen klein und genrehaft.

Die Plastik füllt den großen Mittelraum. Unter allen ihren Werken wirkt unbedingt mächtig nur die alte Frau von Rodin, deren Körper in hockender Stellung wie zu einem Knäuel zusammengezogen ist; die Stabilität ihrer Stellung ist von fabelhaft überzeugender Kraft. Das ist ein Bildwerk, das einzig und allein aus dem Körpergefühl entstanden ist, und das mit einer Stärke, die sich unmittelbar auf den Beschauer überträgt. Daneben hat Rodin eine kleine Gruppe von zwei sich umfassenden Körpern, aus dem Block halb herausgehauen, die aber auf mich durchaus indifferent wirken. Von Kolbe, Oppler, Haller und Gaul sind überaus interessante Arbeiten ausgestellt. Ich habe aber der Plastik gegenüber immer die Empfindung, daß zu ihrer Würdigung und zu ihrem Verständnis noch ein ganz spezielles Organ da sein müsse, und daß eine Welt sie von der Malkunst trenne.

× ×

**Oppenheimer** Vor allem ist auf einen Künstler Max Oppenheimer hinzuweisen, dessen Sachen bei Cassirer in Berlin ausgestellt sind, von dem man nichts wußte, und der jetzt mit einer fabelhaft starken, willkürlichen Individualität vortritt. Er erinnert auffallend an Greco, aber wenn die Beeinflussung auch bewußt sein sollte, so ist in der Anlehnung eine so starke Empfindung und so subjektive Intensität, daß sie in keiner Weise als Nachahmung aufgefaßt werden kann. Aus seinen Bildern spricht das leidenschaftlichste Gebaren: Formen sieht man in diagonaler Richtung verzogen, ob durch Untersicht verkürzt oder wodurch sonst, ist nicht zu ersehen. Die Hände sind wie in leidenschaftlichem Krampf gekrümmt und verzerrt. Hände und Mienen, wie man sie sich nur in der dunkelsten katholischen Zeit denken kann, vielleicht in einer Jesuitenschule, in der jeder die Finsternis der eigenen Seele wie einen Fluch brennen fühlt und mit Ekstase das erlösende Heil erhofft. Oppenheimers Porträtköpfe, auch im modernsten Kragen und Pelz, haben Gesichter wie spanische Märtyrer, gefoltert und gequält, aus einem müden Geschlecht stammend, die zermergelten Hände fast seelisch brennender als das müde Gesicht, in dem oft nichts ist als Abspannung. Seine Farben sind dunkel, oft schwer und schmutzig; die Hintergründe der Porträts sind nebelhaft, helle, unwillkürliche Tupfen auf dunklem Untergrund, und aus diesem mystisch unbestimmten Dunst sind mit langgezogenem Pinsel die Formen wie in fanatischer Hingabe hineingeschrieben. Seine Körper haben etwas Übertriebenes in der Formgebung, ohne wirkliche Körperkraft. Eine Himmelfahrt: die Glorie um den blutrünstigen Leib, dicht ringsherum die verzerrten Engel. Eine Kreuzabnahme, auf der Maria, dicht an Christus gedrängt, das Blut aus der Wunde auffängt; über Christi Haupt halten im hellen Schein zwei Hände die Dornenkrone, zitternd vor der Wonne der Hingabe. Dann die Por-

träts: das Frauenbild, wieder mit Händen, die etwas aufzufangen scheinen; Heinrich Mann, wie ein spanischer Grande, den die Welt nur ekelt, mit dem schräg nach oben gerichteten schwimmenden Blick. Mit den Dingen selbst, den Farben, dem Licht ist in barockster Willkür umgegangen. Oft ist um die Köpfe ein helles Licht gezogen, das wohl nur aus der Brunst der Auffassung entstanden ist. Sehr schön ist das mehrfach wiederholte Problem der Doppelporträts (ein Vater oder eine Mutter mit einem Kind), beide so dicht hinter einander und sich überschneidend, daß sie wie ein Körper wirken, wie ein Zweig und Ast. Und dieses alles ist nicht wie wirklich wahrhaftige Natur sondern eine Mystik, die zum Teil auf heiligem, zum andern Teil auf krankem, dunklem Boden gewachsen ist. Es gibt ein kleines Buch von W. Michel über Oppenheimer /München, G. Müller/, in das etwas Kaffeehausrenommage hineinspielt, die blutdurstige Mystik, Sünde und Fluch als notwendigen Lebenssaft zu brauchen behauptet. Oppenheimer selbst gibt in einem Anhang Rembrandt als seinen Lehrer an, mit dessen etwas bäurischer Intimität und dessen Frömmigkeit er aber, nach meinem Ermessen, keinerlei Gemeinschaft hat.

×

**Kurze Chronik** Die preußische Akademie der Künste veranstaltete zum 200. Geburtstag Friedrichs II. eine Ausstellung von Bildnissen des Königs. × Für das Jahr 1913 wird eine allgemeine deutsche Kunstausstellung in Berlin anläßlich des 25jährigen Regierungsjubiläums des Kaisers geplant. Hierfür soll ein neuer Monumentalbau geschaffen werden. × Bei Piper in München ist eine Reproduktion von 120 Bildern der Pariser Sammlung Cheramy erschienen, die allein 32 Werke von Constable und 53 von Delacroix enthält. J. Meier-Graefe und E. Klossowski haben kritische Studien beigegeben. × Das Wallraf-Richards-Museum in Köln verhandelt wegen des Ankaufs der Seegerschen Sammlung Leiblscher Bilder, 15 Zeichnungen und 27 Ölbilder. Leibl stammt aus Köln. × In Boston ist eine Ausstellung von Monetschen Bildern veranstaltet, die dort im Privatbesitz sind. Es sind 45 Monets zusammengekommen. Der Besitz an guten französischen Bildern in den Vereinigten Staaten ist bedeutend.

×

**Literatur** Eine Geschichte des Impressionismus gibt Werner Weisbach in seinem 2bändigen illustrierten Werk *Impressionismus: Ein Problem der Malerei in der Antike und Neuzeit* /Berlin, Grote/. Er nennt darin *Impressionismus* alle Kunst, die auf Grund des persönlichen Eindrucks der schaffenden Individualität zur Darstellung gebracht wird. Er sieht im Impressionismus, was nicht genug zu betonen ist, nicht etwa ein Grundprinzip der Kunst sondern eine Darstellungsmöglichkeit unter anderen und enthält sich jedweder Rangstellung, die an und für sich schon eine falsche Problemstellung bedeutet. Es ist an dem Buch überhaupt nicht genug die Bescheidenheit und Vorsicht zu rühmen, mit der Weisbach an alle Theorieen herangeht. Er lehnt auch die Hypothesen, die den Impressionismus als ein allgemeines Kultursymptom auffassen (Hamann setzt ihn an das Ende einer Kulturentwickelung, Scheffler zu Anfang), an der Hand der Kunstgeschichte rundweg ab und definiert ihn ausschließlich als ein rein künstlerisches Prinzip, das in erster Reihe von der Persönlichkeit der Künstler, aber auch von der Entwickelung der Sehtechnik abhängig ist. So allgemein als eine rein subjektive Kunstanschauung gefaßt, sind innerhalb des Impressionismus natürlich eine unendliche Reihe von Varianten zu unterscheiden (einmal in technischer Beziehung die lineare und optische Richtung, je nach der Betonung des Form- und Bewegungs- oder des Farbeneindrucks), vor allem aber die wesensunterschiedenen Gruppen: der naturalistische und der psychologische Impressionismus, wie Weisbach sie nennt. Der erste sucht das rein visuelle Bild mit allen seinen Zufälligkeiten zu geben; der andere gibt es in der Umgestaltung, die seine Psyche damit vorgenommen; in welcher Richtung die Umgestaltung vorgeht, ist ihm unwesentlich. Als inhärent mit dem Impressionismus verbunden sieht Weisbach eine illusionistische Tendenz, die natürlich ebenso mit Phantastik wie mit Naturalismus verbunden sein kann. Die Technik, die er anwendet, besteht fast durchweg in einer Zerlegung der Form und der Farbe in ihre wichtigsten Momente, die zu einem Ganzen zu verschmelzen dem Beschauer mehr oder weniger überlassen bleibt. Ein Motiv übrigens, dem nur die fluktuierende Technik des Impressionismus gerecht werden kann, sind alle Bewegungseindrücke. Weisbach verfolgt nun in der

Geschichte das immer neue Auftreten der impressionistischen Auffassung und verfährt hierbei außerordentlich klug und besonnen, und nie sieht man ihn irgend welchen Erscheinungen um der Theorie willen Gewalt antun. Je weniger doktrinär eine solche Darstellung ist, um so undankbarer ist ihre schematische Wiederholung. Weisbach beginnt mit der Antike. Er zeigt, wie in der hellenistischen Zeit, offenbar durch Alexandria nach Rom überliefert, eine Reihe Symptome für erwachenden Impressionismus sich zeigen: Es treten genrehafte und bewegte Motive auf (Mosaik des Dioskurides), Versuche in Landschaften mit menschlicher Staffage (Odysseelandschaft), ferner die Darstellung von Menschenmassen und später eine Vorliebe für Karikaturen; außerdem sehen wir zum Beispiel in den ägyptischen Mumienporträts eine Technik angewandt, die die Zerlegung der Farbe schon bewußt als ein Mittel für lebendige Wirkung zu benutzen scheint. In der Katakombenmalerei sehen wir die selbe Tendenz in so oberflächlich routinierter Weise, die kaum imstande ist die Form zusammenzuhalten. In der Buchillustration wird der impressionistische Stil bald von der byzantinischen Kunst verdrängt, deren linear dekorative Art und deren Polychromie Europa bis zur Renaissance beherrschen. Die impressionistische Auffassung wird erst wieder durch Leonardos bewußt skizzierende Zeichenmethode lebendig, zur vollen Weiterentwickelung kommt sie dann in Venedig durch den alten Tizian und vor allem durch Tintoretto. Auf dunklem Untergrund ist die Form wie durch zufällig auffallende Lichter gezeichnet und mehr zu ahnen als kenntlich zu verfolgen. Die Technik ist frei und sucht im Pinselstrich das Bewegliche des Lichtspiels zu wiederholen. Neue Erweiterungen treten dann in Spanien hinzu. Weisbach sieht auch in Greco wegen seiner subjektiven und visionären Art einen Impressionisten. Velasquez findet vor allem den einheitlich hellen Luftton, der alles auf wenige Grundvaleurs abstimmt. Frans Hals bringt die improvisierende Technik zu einer bravourhaften Vollendung, auch hat er wohl zum ersten Mal das Porträt von einem bestimmten Sehfokus aus, dem sich die Nebendinge unterordnen, behandelt. In seinen Gruppenbildern ist allerdings für jede Person eine neue Einstellung zu verfolgen. Die holländische Landschaft gibt der Entwickelung den weitesten Raum, und der holländische feuchte Luftton schafft Lokalfarben in neuem Sinn neu. Rembrandts Impressionismus ist sehr zusammengefaßter Art. Licht und Raum und Bewegung werden durchaus in seiner Tendenz gesehen, während der Mensch in seiner Charakteristik und Gestalt in durchaus anderm Sinn gesehen ist. Das Rokoko, vor allem Fragonard, löst die Form in Luftgebilde auf, dem alle Konsistenz fehlt. Die Landschaftsdarstellung gibt oft die Menschenmasse wie ein Ameisengewimmel. Goya schafft die lebhaftesten Bewegungsskizzen, aufgefaßt mit der ganzen Verve seines Temperaments. Seine *Füsilierung der Aufständischen* zeigt zum erstenmal ein Historienbild, das nur auf einer seelischen Sensation beruht. Der 2. Band setzt mit einer Charakteristik der ostasiatischen Kunst ein, deren Impressionismus sich insofern von dem europäischen unterscheidet als alle Naturbeobachtung nur das Material für das Erinnerungsbild einer Stimmungs- und Bewegungsimpression abgibt, worin eine Parallelität mit der Antike liegt. Eine eigentlich impressionistische Technik haben die Asiaten nur in ihren monochromen Arbeiten angewandt. Für England hat Hogarth die Richtung geschaffen, die Constable, der, wie alle Romantiker, an dem dunklen Ton festhielt, und Turner weiterführten. Bomington führt zu den Franzosen hinüber, die dann als Führer das Feld behaupteten. Die Schilderung der Übergangszeit von der romantischen Malerei zur naturalistischen ist wohl der Kernpunkt des Buches. Durch einige Zitate der zeitgenössischen Journalistik wird das Bild jener Zeit mit ihrer gewaltig schnellen und geistvollen Entwickelung sehr lebendig. Von der Verehrung der üppigsten Farben in der romantischen Kunst geht es in stürzender Eile über einen rabiaten Naturalismus zum Kultus der einfachsten Sinnesvorgänge, zum hellsten Sonnenlicht und seinen Reflexen. 1846 schrieb Baudelaire: »Der Romantismus ist der jüngste, der aktuellste Ausdruck des Schönen.« Dann später: »Es gibt in dem trivialen Leben, in den täglichen Metamorphosen der äußeren Dinge eine Raschheit der Bewegung, die dem Künstler eine gleiche Schnelligkeit der Ausführung befiehlt.« Balzacs theoretische Schriften sind auch zitiert. Überhaupt ist das Bild jener Jahre so überreich, daß ein so kurzes Resumee ihm nicht gerecht werden kann. Weisbach berichtet noch über den Übergang zu den Neoimpressionisten, die ein

wenig physikalisch zu Werke gehen, und gibt dann einen Überblick über die deutsche Kunst von den vierziger Jahren an. Fraglich ist es mir, ob es fruchtbar ist die Definition vom Impressionismus so weit und so formalistisch zu fassen, daß nicht nur die naturalistische sondern auch die rein subjektive Kunst darunter fällt. Gewiß haben sie unter dem Gesichtspunkt dieser Definition Gemeinsames, aber ihr eigentlicher Schwerpunkt liegt doch durchaus an anderer Stelle, und die Wege ihrer Konzeption sind so verschiedene, daß mir ihre Zusammenfassung nicht ergiebig zu sein scheint. So würde ich Greco nie als Impressionisten bezeichnen; die Absicht einen illusionistischen Eindruck hervorzurufen ist für ihn nicht weiter wesentlich. Auch das Kriterium einer zerlegenden Technik, die erst der Beschauer zu einem Ganzen verschmelzen muß, ist auf die sogenannte *psychologische Gruppe* nicht allemal anwendbar. Wir haben in dem Weisbachschen Buch insgesamt jedenfalls ein Standardwerk vor uns, das nicht nur ein schönes informatives Material vermittelt sondern auch von großem Wert für das Überdenken der Probleme ist, die das theoretische Erfassen der Malerei (soweit ein solches als möglich angenommen werden kann) uns stellt.

# KULTUR

## Technik / Heinrich Lux

**Dieselmotor als Schiffsmaschine** Die Verbrennungskraftmaschine, insbesondere der Dieselmotor, hat vor der Dampfmaschine eine ganze Reihe von Vorzügen. Vor allem ist die Ausnutzung des Brennstoffs bei der Verbrennungskraftmaschine ganz erheblich größer; die Maschine ist stets betriebsbereit; die Verbrennung des Brennstoffs ist vollständig oder so gut wie vollständig, so daß keine Rauchentwickelung stattfindet. Diese Vorzüge machen die Verbrennungskraftmaschine zu einem ganz hervorragenden Schiffsmotor. Bei ihrer Verwendung wird der Aktionsradius des Schiffes bedeutend vergrößert; die Einnahme des flüssigen Brennstoffs, des Petroleums, Paraffinöls, Teeröls oder dergleichen macht nicht die geringsten Schwierigkeiten; die schwere und gefährliche Arbeit des Kohleziehens und Heizens fällt ganz weg. Für Kriegsschiffe kommt noch in Betracht, daß infolge der Abwesenheit von Rauch die Schiffe dem Feind lange verborgen bleiben.

Trotzdem bürgert sich die Verbrennungskraftmaschine auf Seeschiffen nur sehr schwer ein. Der Grund hierfür liegt darin, daß die Manövrierfähigkeit einer Verbrennungskraftmaschine ungleich schlechter als die einer Kolbendampfmaschine ist, denn sie läßt sich nur schwierig umsteuern. Bei kleineren Benzin- oder Petroleummotoren hilft man sich damit, daß die Schiffsschraube unter Zwischenschaltung eines Differentialgetriebes mittelbar von der Motorwelle betätigt wird. Für Vorwärts- oder Rückwärtsgang wird dann das Differentialgetriebe während des Motorgangs umgesteuert. Bei größeren Maschinen ist dieses Aushilfsmittel aber zu unzuverlässig. Bei der Seeschiffahrt wird die Verbrennungskraftmaschine erst dann ein gefährlicher Konkurrent der Dampfmaschine werden, wenn das Problem der Umsteuerung einwandfrei gelöst sein wird.

Auf diesem Gebiet ist in den letzten Jahren sehr intensiv gearbeitet worden, und das Problem der direkten Umsteuerung scheint jetzt im Prinzip gelöst zu sein. Die Umsteuerung geschieht in der Weise, daß der Motor mit der gleichen Druckluft angelassen wird, die sonst zum Einspritzen des Brennstoffs in die Zylinder und zur Zylinderspülung benutzt wird. Ehe in den Zylindern Zündungen und Explosionen erfolgen, werden die Kolben durch aufgespeicherte Druckluft angetrieben. Der Motor kann also sofort in Gang gesetzt werden. Ist er aber erst angelassen, so kann der reguläre Explosionsbetrieb sogleich einsetzen. Das gilt sowohl für den Vorwärts- als auch für den Rückwärtsgang. Soll von der einen Bewegungsrichtung in die andere übergegangen werden, so wird zunächst die Zündung abgeschaltet, der Motor also gestoppt, hierauf werden die Steuerscheiben für die Ventilbetätigung bei kleineren Maschinen von Hand, bei größeren durch Druckluft umgestellt. Wird dann Druckluft in die Arbeitszylinder hingelassen, so läuft der Motor sofort in der umgekehrten Drehrichtung wieder an, und die Zündungen können ohne Zeitverlust wieder einsetzen. Diese Art der Umsteuerung erfordert bei kleineren Motoren 7 bis 10 Sekunden bis zur vollen Kraftentfaltung, so daß in der Manövrierfähigkeit die Dampfmaschine dem Schiffsmotor kaum noch überlegen ist. Der Dieselmotor hat sich deshalb, besonders bei der russischen Binnenschiffahrt, ein recht beträchtliches Terrain erobert. Schon im 3. Jahr der Ent-

wickelung sind Schiffsdieselmotoren russischer Herkunft mit einer Gesamtleistung von mehr als 34 000 Pferdestärken im Betrieb, darunter 6 Passagierschiffe auf der Wolga mit Dieselmotoren von je 1200 Pferdestärken Leistung, Unterseeboote mit 200pferdigen Motoren und ein Kreuzer mit 750 Pferdestärken Gesamtleistung. Bedenkt man, daß das erste Dampfschiff, das den Ozean durchkreuzte, die *Savannah*, mit einer Dampfmaschine von etwa 60 Pferdestärken ausgerüstet war, so kann man der Entwickelungsmöglichkeit des Dieselmotors als Schiffsmaschine das günstigste Horoskop stellen. Einige Schiffe mit Dieselmotoren haben auch schon große Fahrt zurückgelegt, so die *Fram*, die unter Amundsens Führung die Antarktik erreichte, wobei der Schiffsdieselmotor der *Rheinischen Automobil- und Motorenfabrik* Benz & Kompanie 2800 Stunden ohne Störung gearbeitet hatte. Ferner hat vor kurzem das Doppelschraubenfrachtschiff *Toiler* von zirka 3000 Tonnen Tragfähigkeit mit 2 Dieselmotoren von 200 Pferdestärken der gleichen Firma mit eigener Kraft auf seiner Fahrt nach Kanada den Ozean glücklich durchquert.

× ×

**Fernthermometer** In vielen Fällen ist es von Wichtigkeit die Temperaturänderungen in abgeschlossenen oder sonst nicht zugänglichen Räumen dauernd verfolgen zu können. So müssen die Temperaturverhältnisse in Munitionskammern, Malzdarren, Trockenräumen, Kühlräumen usw. ständig kontrolliert werden, ohne daß es zugleich auch erforderlich wird die Räume selbst zu betreten. Diesem Zweck dienen die sogenannten *Fernthermometer*, die meist auf der Messung elektrischer Widerstände oder auf der Messung auftretender Thermoströme basiert sind. Auf einem wesentlich anderen Prinzip beruht das Fernthermometer von Fournier in Paris, das von der Firma Gebrüder Schmidt-Reutlingen in Deutschland eingeführt wird. Dieses Thermometer beruht auf der Messung des Drucks von gesättigten Dämpfen, die in einem der Erwärmung ausgesetzten Behälter erzeugt werden. Solange die Dämpfe in dem Behälter gesättigt sind, ist ihr Druck lediglich von der Temperatur abhängig. Dieser Druck wird mit Hilfe einer schwer verdampfenden Flüssigkeit, zum Beispiel Glycerin, in einer beliebig langen Röhre auf eine Bourdonsche Röhre übertragen und von ihr in der von den Federmanometern her bekannten Weise angezeigt. In der Regel wird der Meßbehälter als biegsame Rohrschlange ausgebildet, die an dem einen Ende verlötet, an dem andern mit der Druckleitung verbunden ist. Bei der Messung sehr hoher Temperaturen, wie zum Beispiel in Öfen usw., setzt man nicht das Meßgefäß selbst in den Ofen ein sondern einen besonderen Körper, der ständig von Wasser durchflossen wird. Bringt man dann in der Zulauf- und der Ablaufleitung je ein Fernthermometer der beschriebenen Art an, so kann aus dem Unterschied der Angaben leicht auf die Ofentemperatur geschlossen werden.

× ×

**Explosionsbegriff** In Laienkreisen und in Tageszeitungen wird mit dem Begriff *Explosion* fast ebenso großer Unfug getrieben wie mit dem Begriff *Kurzschluß*. Wir lesen alle Augenblicke von *Explosionen* von Petroleumlampen; wenn ein Gasbehälter oder Benzinbehälter in Brand gerät, so kann man ganz sicher in dem Zeitungsbericht lesen, daß eine gewaltige Gas- oder Benzinexplosion stattgefunden habe; sogar von *Schwungradexplosionen* liest man, wenn beim Durchgehen einer Dampfmaschine das Schwungrad auseinander geflogen ist. Diese Unbestimmtheit des Begriffs *Explosion* hat zu Streitigkeiten mannigfacher Art geführt, wenn ein Industrieller sein Eigentum gegen *Explosionen aller Art* versichert hatte. Um diese Unklarheiten zu beseitigen, sind zwischen dem *Verein deutscher Ingenieure* und der *Vereinigung der in Deutschland arbeitenden Feuerversicherungen* folgende Vereinbarungen getroffen worden: »Unter *Explosion* im Sinn der Versicherung wird eine auf dem Ausdehnungsbestreben von Gasen und Dämpfen beruhende, plötzlich verlaufende Kraftäußerung verstanden, gleichgültig ob die Gase oder Dämpfe bereits vor der Explosion vorhanden waren oder erst bei dieser gebildet worden sind.« Unter die Definition fallen die Explosionen durch Sprengstoffe, durch Gasgemische, die Staubexplosionen, die Explosionen durch Verdampfung von Flüssigkeiten, die Explosionen, die durch die Spannkraft von Gasen und Dämpfen verursacht werden. Nicht getroffen werden die Zerstörungen, die durch die Zentrifugalkraft rotierender Körper oder infolge von Materialspannungen herbeigeführt werden.

× ×

**Bohrloch** In Czuchow in Schlesien ist ein Bohrloch bis auf 2240 Meter Tiefe niedergebracht worden. Die Arbeit hat im ganzen 982 Tage gedauert, wovon 168 Sonn- und Festtage waren. 77 Tage entfallen auf das Bohren eines Lochs, das aufgegeben werden mußte, weil die Bohrung von der Senkrechten abgewichen war. Der Hauptteil wurde mit Diamantkronen von 176 bis herunter auf 91 Millimeter Breite gebohrt. Hierbei sind 704 Karat Diamanten verbraucht worden. Insgesamt sind für die Bohrung mehr als 300 000 Mark ausgegeben worden. Der Zweck des Bohrens war die Lageverhältnisse des Steinkohlengebirges der staatlichen Berginspektion Kunrow zu untersuchen, insbesondere die Sohle des Kohlesattels zu ermitteln. Das Steinkohlengebirge wurde bereits bei 126 Meter Tiefe angetroffen. Insgesamt sind Steinkohlen in einer Gesamtmächtigkeit von 118 Meter in 161 Flötzen und Schmitzen aufgeschlossen worden. Als Gestänge wurden anfangs schwere Mannesmannrohre von 60 bis 74, später leichtere von 35 bis 49 Millimeter Durchmesser verwandt, Das Gestänge war bei 2200 Meter Länge 14 200 Kilo schwer. Die Verlängerung durch das Eigengewicht betrug 60 Zentimeter. Bei den Temperaturmessungen sind in 2221 Meter Tiefe 83,4° festgestellt worden.

×

**Goldenes Vlies** Die Sage von Jasons goldenem Vlies hat durch Geheimrat Wichelhaus, dem Direktor des chemisch-technologischen Instituts der Universität Berlin, eine sehr simple technische Erklärung gefunden. Sie greift auf die uralte Goldgewinnung aus goldführenden Flüssen und Bächen zurück. So heißt es bei Strabo: »Es wird erzählt, daß die Bergwässer auch Gold talabwärts bringen, und daß es die Barbaren in Trögen auffangen, die mit Löchern versehen sind, und in langhaarigen Fellen, woher auch die Fabel vom goldtragenden Vlies erzählt worden ist.« Und bei Appian lesen wir: »Gold führen aus dem Kaukasus heraus viele Quellen, in unsichtbaren Körnern, und die Bewohner legen Schaffelle in die Strömung hinein, und zwar dichthaarige. Das Körnchen nun, das darin festgehalten wird, sammeln sie aus jenen heraus. Ein solches Fell war vielleicht auch das goldene Vlies des Ajetes.« Bei dem Vlies, das die Argonautensage als etwas ganz Besonderes hinstellt, bleibt dann nur noch anzunehmen, daß es ungewöhnlich lange im goldreichen Wasser liegen geblieben und demzufolge schwer von Goldkörnern geworden war.

×

**Kurze Chronik** In Schweden sind vor einiger Zeit Versuche mit der Verfeuerung pulverförmigen Torfs angestellt worden. Es ergab sich, daß 1 Tonne Kohle dem Heizwert nach 1,4 Tonne Torf von geringerer und 1,2 Tonne Torf von höherer Güte entsprechen würde. Die Torffeuerung ermöglicht eine Ersparnis von etwa 17 %.

## Verkehr / Felix Linke

**Rhein-Leine-Kanal** Der durch das Wasserstraßengesetz vom 1. April 1905 bewilligte Schiffahrtskanal vom Dortmund-Ems-Kanal bis Hannover-Linden und zur Leine zweigt in der Gegend von Bevergern vom Dortmund-Ems-Kanal ab, berührt zunächst den Kreis Tecklenburg im Regierungsbezirk Münster, führt von der Gravenhorster Schlucht im Teutoburger Wald südlich von Recke vorbei, durchquert das Vinter Moor und erreicht bei der Eisenbahnstation Achmer das Hasetal. Von hier aus wird ein Zweigkanal das Hasetal aufwärts nach Osnabrück gebaut. Der Hauptkanal geht im Kreise Bersenbrück an der Stadt Bramsche vorbei und läuft auf der Nordseite parallel dem Wiehengebirge nach Minden, wobei die Ortschaften Bad Essen, Lübbecke und Hille berührt werden. Auf dem linken Weserufer bei Minden wird eine Abstiegschleuse zur Weser erbaut. Der Hauptkanal überschreitet die Weser und tritt in der Nähe des Schaumburger Waldes in das Fürstentum Schaumburg-Lippe ein. Er wird nördlich von den Städten Bückeburg und Stadthagen in der Richtung auf Sachsenhagen im Kreis Grafschaft Schaumburg geführt, durchquert den Haster königlichen Forst und nähert sich dem Ort Wunstorf. Bei Seelze im Landkreis Linden teilt sich der Kanal. Der eine Zweig geht nordwärts von Hannover über die Leine, der andere nach Linden, wo er zur Leine absteigt.

Der Rhein-Leine-Kanal ist damit in allen Teilen im vollen Bau begriffen. Er erfordert 188 Straßenbrücken, 15 Eisenbahnbrücken, 3 Brückenkanäle über die Hase, die Weser und die Leine und 153 Düker für die übrigen zu kreuzenden Wasserläufe. Der Hauptkanal erhält von Bevergern bis Hannover keine Schleusen. Dagegen sind im Zweigkanal nach Osnabrück 2 Schleusen, beim Abstieg zur

Weser und zum Mindener Hafen, beim Aufstieg nach Linden und beim Abstieg zur Leine bei Linden je 1 Schleuse geplant.

× ×

**Deutsche Eisenbahnen** Die Vereinheitlichung der deutschen Bahnen schreitet nicht nur theoretisch weiter fort sondern auch in Wirklichkeit. Einen solchen Fortschritt bedeutet die Gepäckeinnahmegemeinschaft. Die preußisch-hessischen Staatsbahnen haben mit den bayrischen, badischen, württembergischen, sächsischen, oldenburgischen, mecklenburgischen Staatseisenbahnen, den Reichsbahnen und der Lübeck-Büchener Gesellschaft die Vereinbarung getroffen die Einnahmen aus dem Gepäckverkehr nicht mehr einzeln nach Verkehrsverbindungen abzurechnen sondern nach besonders ermittelten Verhältniszahlen summarisch zu verteilen. Nur für den Staatsbahn- und für den internationalen Verkehr sowie für den Verkehr, an dem sich Bahnen beteiligen, die nicht zur neuen Gemeinschaft gehören, wie die Lokalbahnen, die Harzbahnen, die Eutin-Lübecker Bahn usw., werden besondere Monatsrechnungen noch aufgestellt.

× ×

**Groß Berlin** Der Chefingenieur der *Berliner Schwebebahngesellschaft*, Petersen, ist unermüdlich tätig und propagiert in Wort und Schrift seine Pläne, die bekanntlich bezwecken Berlin mit Schwebebahnen zu versehen. Petersen weist in seinen zahlreichen Schriften nach, daß die Schwebebahn das billigste Verkehrsmittel ist, mit dem keine Hoch- und keine Untergrundbahn konkurrieren kann. Trotz des Protestes der Bewohner gibt Petersen die Hoffnung nicht auf seine Pläne durchsetzen zu können. In einem Vortrag, den er im März 1911 gehalten hat, und der jetzt im Druck erschienen ist, behandelt er die *Verkehrsaufgaben des Verbands Groß Berlin* /Berlin, Heymann/. An eine Stelle seiner Schrift hat sich nun eine bemerkenswerte Kontroverse geknüpft. Petersen bespricht die bauliche Gestaltung Groß Berlins und zeigt, daß diese durch das staatliche Eisenbahnnetz der Stadt- und Ringbahn und der verschiedenen Vorortlinien vollkommen beherrscht wird. »Dieses Eisenbahnnetz, auf dem täglich annähernd 1 Million Menschen befördert werden, steht einzig da. Es gibt keine Weltstadt, die auf ihren Stadt- und Vorortbahnen auch nur annähernd so niedrige Fahrpreise aufweisen könnte. Für die preußische Staatsbahnverwaltung ist das ein schlechtes Geschäft. Die Einnahmen reichen nicht entfernt, um nach Deckung der Betriebsausgaben eine angemessene Verzinsung des Anlagekapitals zu geben. . . . Jedenfalls ergibt sich aus der Niedrigkeit der Tarife die Tatsache, daß dieses Bahnnetz konkurrenzlos ist. Es ist unmöglich, daß ein Privat- oder Gemeindeunternehmen, das sein Anlagekapital verzinsen muß, damit in Wettbewerb treten könnte.«

Diese Äußerung griff Richard Nordhausen auf, um daraus die Existenz einer *Verkehrsliebesgabe* zu destillieren. Er veröffentlichte im *Tag* einen Artikel, in dem er versucht die Berliner der Unbescheidenheit zu verdächtigen, diese Berliner, für deren »beweglichen Sinn« und deren noch »beweglichere Ansprüche die hauptstädtischen Verkehrsmittel seit langem völlig unzureichend sind . . . Die Einwohnerschaft der Reichshauptstadt beansprucht nämlich unterm Selbstkostenpreis befördert zu werden; sie verlangt vom Staat wie von der eigenen städtischen Verwaltung Verkehrsliebesgaben.« Nordhausen setzt dann des weitern auseinander, daß die Staatseisenbahn am Stadt- und Vorortverkehr, kaufmännisch gerechnet, Geld zusetzt, und daß jede Privatgesellschaft, die diese Bahn betriebe, mit Unterbilanz arbeiten müßte. Dabei verschweigt er nicht, daß die Stadtbahn eigentlich strategischen Zwecken dient, und daß die Vorort- und Ferngeleise über die Stadtbahn führen. So sei es gekommen, daß die Provinzen draußen den Berlinern eine Verkehrsliebesgabe bezahlten, die nicht mehr lange bestehen bleiben könne, sondern bald durch eine nicht ganz unerhebliche Tariferhöhung abgelöst werden müsse. Diese Tatsache sei den Berlinern sehr gut bekannt, und wenn Kirschner und Steiniger zögern die beschlossenen Bahnen zu bauen, so handelten sie da nur im Interesse der städtischen Finanzen, die durch die Bahnen in Unordnung gebracht würden, oder wenigstens ein nicht unbeträchtliches Defizit auf sich nähmen, womit sich weiter ergäbe, daß ein großer Teil des Anlagekapitals verloren ginge. Die Staatsbahnverwaltung selbst hätte sich um wohlverdiente Gewinnaussichten gebracht; sie hätte einen Kranz blühender Vorortgemeinden geschaffen (in denen die Bodenspekulanten den Rahm abgeschöpft hätten), wovon sie selbst aber gar nichts gehabt hätte als Defizit. Die Zeit sei vorbei, in der Liebesgaben vom Fiskus gezahlt worden wären, jetzt müsse die Tariferhöhung eintreten.

Indes, an der selben Stelle, wo Nordhausen

seine Stimme für den Fiskus ertönen läßt, wird er durch einen andern Autor widerlegt. B. Esmarch nämlich stellt Nordhausens Ausführungen die Dividenden entgegen, die die *Große Berliner Straßenbahn* zahlt, trotz des nach Nordhausen »unwahrscheinlich billigen Zehnpfennigtarifs«. Er erinnert ferner an die amtliche Denkschrift, die als Verzinsung der Berliner Stadt- und Ringbahn eine Zahl angab, die zwischen 2 und 3 % lag. Er ruft außerdem die Äußerungen von Verkehrstechnikern ins Gedächtnis zurück, die diese Verzinsung unter Berücksichtigung des Fern- und Vorortverkehrs noch erheblich günstiger berechnen. Esmarch vertritt weiter den volkswirtschaftlich im wesentlichen anerkannten Standpunkt, daß Verkehrsinstitute, wie überhaupt öffentliche Betriebe, nicht dazu da sind Renten abzuwerfen. Auch das stärkste Argument erwähnt er: daß nämlich die Weltstadt in ganz anderer Weise wieder die Kosten hereinbringt; der Fremdenstrom, die Betriebsamkeit der Bevölkerung verschaffen so viele öffentliche Einnahmen, daß der Staat damit ganz zufrieden sein kann. Eine Stadt wie Berlin ist doch auch in ganz anderem Maß Sitz der Hochkultur als das Land ringsum, einer Kultur, von der das ganze Reich und ein ganzes Stück Welt profitiert. Und nicht zu vergessen: Wieviel Anteil bezahlt denn Berlin von den direkten Staatseinkommensteuern? Es ist ja auch nur zu bekannt, daß sich viele Bahnstrecken draußen auf dem Land gar nicht lohnen; sie leben nur von den erhöhten Einnahmen auf den großen Strecken und dem Verkehr von und nach Berlin. Hat aber daraus jemals einer dem Land den Vorwurf gemacht, es empfange Liebesgaben auf diese Weise?

Nach meiner, hier öfter ausgedrückten Ansicht müssen dem Publikum, das den Verkehr schafft, für das er da ist, auch die Vorteile zufließen, die aus der Verkehrssteigerung selbst sich ergeben.

×

**Kurze Chronik** Das Programm der Stromverbesserungen, zu dessen Ausführung die neuen Schiffahrtsabgaben dienen sollen, sieht vor, daß das Fahrwasser des Rheins vertieft werden soll, unter anderm zwischen Mannheim und Sankt Goar auf 2,50 Meter. Zwischen Konstanz und Straßburg soll die Schiffahrtstraße hergestellt, der Main soll zwischen Aschaffenburg und Offenbach auf 2,50 Meter Fahrwassertiefe kanalisiert werden. Ferner ist die Kanalisierung des Neckars bis Heilbronn vorgesehen. Auch zur Verbesserung der Weser und Aller sollen die Schiffahrtsabgaben dienen, und schließlich plant man eine Vertiefung der Elbe und Kanalisation der Saale. × Zwischen Saßnitz und Trelleborg ist am 15. Januar die funkentelegraphische Verbindung eröffnet worden. Sowohl Saßnitz wie Trelleborg haben funkentelegraphische Stationen erhalten. Aber auch die Dampffähren haben solche Stationen, so daß man mit ihnen immer in Verbindung bleibt. Namentlich bei Nebel und Eisschwierigkeiten ist das von großer Wichtigkeit, da es die Sicherheit des Verkehrs bedeutend erhöht. × Der Kanal von der Schelde nach Gent ist vor kurzem vollendet worden. Der Aus- und Umbau des Kanals von Gent nach Terneuzen an der Niederschelde hat 12 Jahre Bauzeit erfordert. Der nunmehr fertiggestellte Ausbau ermöglicht auch größeren Schiffen aus der Nordsee nach Gent zu gelangen. Der ganze Kanal ist 32 Kilometer lang, wovon 17 Kilometer in Belgien, der übrige Teil in Holland liegt. × Der regierende Ausschuß der kretischen Kammer hat den Bau und Betrieb einer Schmalspurbahn ausgeschrieben, die sich von Kandia durch das fruchtbare Hinterland bis fast zur Südküste erstrecken soll. Die Spurweite soll 1 Meter betragen, die Länge 118 Kilometer.

×

**Literatur** Eine für weitere Kreise berechnete Studie des Postrats Johannes Bruns *Das Postwesen, seine Entwickelung und Bedeutung* ist in der bekannten wohlfeilen Teubnerschen Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt* erschienen. Nach einer kurzen geschichtlichen Einleitung wird die Post als Staatsverkehrsanstalt behandelt, dann das Postregal und seine verschiedene Ausdehnung in den einzelnen Ländern, das Poststrafrecht, die Postgesetzgebung und das Briefgeheimnis besprochen. Ein Abschnitt legt die Organisation der Post dar, ein anderer ihren Wirkungskreis; dieser erstreckt sich auf die Briefpost, die Paketpost, den Geldverkehr, den Postreiseverkehr, das Landpostwesen und die Feldpost. Sodann kommt das Tarif- und Gebührenwesen, die Mittel zur Postbeförderung und der Weltpostverein zur Besprechung. Schließlich sind noch einige Kapitel der deutschen Post, dem Postbetriebsdienst, der deutschen Post im Ausland und in den deutschen Kolonieen gewidmet. Das letzte Kapitel berichtet kurz über die Poststatistik. Hier sollte gesagt werden, daß sie sehr wenig zuverlässig ist. Die Eile des Postdienstes läßt

den Briefträgern gar keine Zeit die Sendungen zu zählen, ja nicht einmal einigermaßen abzuschätzen. So werden einfach bis zu 5 % höhere Zahlen angegeben als im Vorjahr, und damit ist die Sache erledigt. Davon berichtet aber die deutsche Poststatistik nichts, sie gibt die Zahl der beförderten Briefe bis auf die Einer genau an, während jeder Eingeweihte weiß, daß nicht einmal die Millionen stimmen.

## Kolonisation / Gerhard Hildebrand

**Neger: Kaufkraft** Nach dem Bericht der Zollverwaltung von Britisch Ostafrika ist der Wert der eingeführten Baumwollwaren im letzten Berichtsjahr um 1 Million Mark auf über 5,2 Millionen gestiegen. Binnen 8 Jahren hat sich die Einfuhr mehr als verdoppelt. Wie schnell unter Umständen durch die Kolonisation die Lage der Neger von Grund auf geändert werden kann, zeigt das Beispiel der Goldküste. Dort hat sich binnen 10 Jahren allein die Kakaokultur zu einem Umfang entwickelt, daß zurzeit nach einem Berichterstatter des *Tropenpflanzers* die eingeborenen Kakaopflanzer für ihre Jahresernte 13,8 Millionen Mark erhalten. Hierzu kommen noch einige Millionen Trägerlöhne, so daß die Gesamteinnahme der an der Kakaokultur beteiligten Eingeborenen auf 16 Millionen zu berechnen ist. Dazu schreibt der letzte Jahresbericht der Baseler Mission unter anderm: »Die Rückwirkung dieses Vorgangs auf die Bevölkerung macht sich in mannigfacher Weise geltend, im Guten wie im Bösen. Die Aussicht auf Gewinn macht die Leute regsam und fleißig. Mit Eifer bestellen sie ihre Plantagen und lernen es mit der Zeit auch durch sorgfältige Behandlung der Kakaobäumchen, durch Anlagen zum Trocknen der gepflückten Früchte, bessere Erträge zu erzielen. ... Mit der Kaufkraft wachsen die Bedürfnisse; das ist an sich ein erfreuliches Zeichen; in der ganzen äußeren Lebenshaltung vollzieht sich bei vielen ein Umschwung; sie lernen moderne Kulturgüter schätzen und gebrauchen. Auf der andern Seite aber bringt jeder Tag neue Beispiele dafür, daß die Kultur an und für sich noch kein Segen für unsere Neger ist; der aufs Äußerliche gerichtete Sinn erhält durch den wirtschaftlichen Aufschwung eine mächtige Verstärkung; Erwerben und Genießen ist die Parole Ungezählter geworden. Und im Genießen legt man sich keine Schranken auf.«

× ×

**Brasilien** Der Deutschbrasilianer Heinrich Schüler veröffentlicht unter dem Titel *Brasilien, ein Land der Zukunft* /Stuttgart, *Deutsche Verlagsanstalt*/ ein 480 Seiten starkes, mit 115 Abbildungen, 16 Tafeln und einer Karte ausgestattetes Buch, das in gleichem Maß Liebe zum und Kenntnis vom neuen Vaterland verrät. Allerdings trägt es daneben auch den Einschlag einer offiziellen Werbeschrift, und es ist deshalb auch dieser Publikation gegenüber angebracht daran zu erinnern, daß die Behandlung deutscher Einwanderer in Brasilien keineswegs immer einwandfrei gewesen ist, und daß sich deshalb immer noch Vorsicht bei der Übersiedelung, beim Landerwerb und beim Eingehen von Arbeitsverträgen empfiehlt. Aber im Grundsatz kann man dem Verfasser nur zustimmen, wenn er schreibt, eine stetige Auswanderung Deutscher nach Brasilien innerhalb gewisser Grenzen sei zur Erhaltung des Deutschtums in Brasilien unerläßlich, und es liege im Interesse Deutschlands die Verbindung mit den 400 000 Deutschbrasilianern nicht zu verlieren. Materiell beschäftigt sich Schüler in 5 Kapiteln mit der Geschichte Brasiliens, Bevölkerung, Verfassung, Finanzen und internationalem Handel. Dann folgen 12 Kapitel über die agrarische Produktion, nämlich Kaffee, Tabak, Kautschuk, Baumwolle usw., endlich noch 6 Kapitel über Viehzucht, Jagd und Fischerei, Bergbau, Industrie, Schiffahrt und Eisenbahnen. Schüler nimmt für sein Adoptivvaterland in Anspruch, daß es den besten Kaffee und Tabak der Welt produziert und die beste Baumwolle der Welt produzieren könnte. Darf man seinen Angaben in dieser Hinsicht Glauben schenken, so wird heute brasilianischer Kaffee nach Arabien geschafft, von wo er in Bastsäcken als echter arabischer Kaffee zu einem vielfach höheren Preis wieder nach anderen Ländern gesandt wird. Ebenso sei der Tabak aus Bahia dem von Sumatra und Kuba gleichwertig, nur bedürfe er besserer Sortierung und rationellerer Kultur als er heute vielfach erfährt. Was endlich die Baumwolle betrifft, so hält Schüler Brasilien für das einzige Land der Welt, das alle Möglichkeiten besitze, um den Vereinigten Staaten erfolgreich Konkurrenz zu machen.

Verhältnismäßig am wenigsten bekannt sind heute die brasilianischen Industrieaussichten, und ich möchte deshalb nicht verfehlen an dieser Stelle einige Urteile Schülers darüber mitzuteilen. Mit be-

wunderungswürdiger Konsequenz, schreibt er, arbeite man in Brasilien daraufhin eine eigne Schwerindustrie zu gründen, fähig den Bedarf an Eisenbahnmaterial sowie an Kanonen usw. im eignen Land zu decken. Kein Kenner Brasiliens könne daran zweifeln, daß dies Ziel mit der Zeit erreicht werde, weil die gesamte Nation bereit sei dafür Opfer zu bringen. Überhaupt basiere die heutige Zollgesetzgebung auf dem Schutz der nationalen Industrie, die sich zu einem der wichtigsten Zweige nationaler Betätigung ausgewachsen habe. »Merkwürdig ist ihre enge Verbindung mit dem Handel. Zahlreiche, ja vielleicht alle großen in Brasilien etablierten ausländischen Firmen sind Gründer, Inhaber oder Teilhaber nationaler Fabriken. Das in Fabriken angelegte Kapital dürfte heute bei vorsichtiger Schätzung 1 Milliarde Mark erreichen und ist in stetiger Zunahme begriffen.« Eine Schätzung für die 30 wichtigsten Artikel der Eigenfabrikation beweist, daß einem Import von 133,2 Millionen Dollar eine nationale Produktion im Wert von 477¾ Millionen Dollar gegenübersteht. Baumwollwaren mit 67,5 Millionen Einfuhrwert und 135 Millionen Eigenproduktion stehen an der Spitze. Bemerkenswert ist, daß nicht nur die meisten Maschinen sondern auch die meisten Vorarbeiter englisch sind. Doch sind nach Schüler mindestens die Hälfte der südbrasilianischen Betriebe aller Art in deutschen Händen. Zum Schluß tritt Schüler dafür ein, daß sich die deutschen Kapitalisten mehr als bisher am brasilianischen Bahnbau beteiligen, der heute fast ganz in französisch-belgischen und englisch-amerikanischen Händen sei.

×

**Turkestan: Baumwollbau** Das russische Baumwollkomitee beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung am 11. Januar in Petersburg mit dem Baumwollbau in Turkestan. Die Absicht ist nichts mehr und nichts weniger als Rußland von der ausländischen Baumwolle vollständig unabhängig zu machen. Man gewinnt in Turkestan durchschnittlich 20 Pud auf der Deßjatine und gebraucht zur Deckung des eignen Bedarfs noch einige 500 000 Deßjatinen. Zur Verfügung steht an bewässerungsfähigem Baumwollland etwa das 4fache. Bei 200 Rubel Unkosten gehören demnach 400 Millionen Rubel dazu, um das ganze Land mittelst Bewässerung unter Kultur zu bringen. Das Projekt ist an Großartigkeit mit dem beim Nil verwirklichten und dem in Mesopotamien begonnenen zu vergleichen, und angesichts der Verbesserung der russischen Staatsfinanzen und der gewachsenen wirtschaftspolitischen Energie gehört seine Verwirklichung immerhin in den Bereich des binnen absehbarer Zeit Möglichen.

×

**Kurze Chronik** Die untere Kongoeisenbahn Matadi-Leopoldville brachte im vergangenen Jahr bei 12,64 Millionen Francs Roheinnahme 6,48 Millionen Francs Reingewinn. Angesichts der übelberüchtigten Höhe ihrer Tarife ist es begreiflich, daß manche Kolonialpolitiker auf den neuen Kameruner Wasserweg nach dem Kongo hinunter nicht allzu hohe Erwartungen setzen. × Nachdem die Goldausbeute Transvaals im Juli des vorigen Jahres zum erstenmal den Monatswert von 60 Millionen Mark überschritten hat, sind im ganzen Kalenderjahr zum erstenmal 700 Millionen erreicht worden. Es ist erst 3 Jahre her, daß 600 Millionen überschritten wurden. × Deutschlands Baumwolleinfuhr aus den deutschen Kolonieen betrug im letzten Kalenderjahr 11 339 Doppelzentner gegen 8608 im Vorjahr. Davon kamen 7982 respektive 5394 Doppelzentner aus Deutschostafrika. × Die Zahl der russischen Auswanderer nach Sibirien betrug in den 5 Jahren 1906 bis 1910 nach Abzug der Rückwanderer rund 1,9 Millionen Personen. Man hofft von Sibirien aus vor allem das Baumwollgebiet in Turkestan mit Nahrungsmitteln versorgen zu können. Entsprechende Bahnbauten sind in Vorbereitung. × Infolge der Anstrengungen der *British Cotton Growing Association* ist die Baumwollausfuhr aus Britisch Zentralafrika (früher Njassalandprotektorat) binnen 6 Jahren von 120 000 auf 1,12 Millionen Mark gestiegen. Ebenso ist die Tabakausfuhr gewaltig gewachsen. Die Kolonie soll deshalb endlich einen Ausbau ihres Bahnnetzes erhalten, wobei auch eine Bahnverbindung zwischen Njassa- und Tanganjikasee ins Auge gefaßt wird. × Die letzten Bevölkerungszählungen in den großen britischen Selbstverwaltungskolonieen haben ergeben: Kanada 7,17 Millionen Personen, Südafrikanische Union 5,94 Millionen, darunter 1,28 Millionen Weiße, und Australien 4,43 Millionen. Die Einwanderung nach Australien ist in den letzten Jahren langsam etwas in die Höhe gegangen.

VERANTWORTLICH FÜR DIE REDAKTION HERMANN REHLÄNDER IN NEUBABELSBERG · VERLAG DER SOZIALISTISCHEN MONATSHEFTE G. M. B. H. IN BERLIN · DRUCK VON HANS DOHRN IN BERLIN-SCHÖNEBERG

P. Hademan